

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Weißgardisten in Orange

Als die vom Westen inszenierte und orchestrierte „ukrainische Krise“ auf dem Siedepunkt war, moderierte Steffen Seibert – das schönste Gesicht des deutschen Imperialismus – seine „heute“-Sendung beim CDU-nahen ZDF mit einer orangenen Krawatte. Das war eine symbolische Geste der „Solidarität“ mit den in dieser Farbe belieferten und ausgestatteten westukrainischen Weißgardisten. Ihre Unterstützer waren von überall her angereist. Der abgewrackte „Solidarnosc“-Mogul Lech Walesa wurde wieder von der politischen Müllkippe geholt und spielte in Kiew als „Vermittler“ auf. Die Urnen waren noch nicht versiegelt, da zeigte sich schon Bushs Sondergesandter Richard Lugar, Vorsitzender des Außenpolitischen Senatsausschusses, in der Metropole am Dnepr. Und natürlich durfte der bei Umstürzen anderswo bewährte „Runde Tisch“ nicht fehlen. An ihm nahm für die westlichen Freiheitsapostel niemand anderes als der Mörder der serbischen Frauen und Kinder Javier Solana, Ex-Generalsekretär der NATO und heute oberster Außenpolitiker der EU, Platz. Er wurde vom ehemaligen Minister Volkspolens und jetzigen Präsidenten Aleksander Kwasniewski – einem Warschauer Schabowski – und Litauens Staatschef Adamkus flankiert. Auch Schröders Außenminister fischte im trüben. Der Papst – einst Hauptregisseur der polnischen Konterrevolution – betete Tag und Nacht für eine „freie Ukraine“.

Wie Wolfsrudel fielen die Interventen aus Westeuropa und Nordamerika – vorerst unbewaffnet – über einen souveränen, der UNO zugehörigen Staat her, in dem gerade eine Wahl stattgefunden hatte, von der „Beobachter“ schon vor Abgabe der ersten Stimme genau gewußt hatten, daß die Resultate im Falle einer Niederlage ihres Favoriten Juschtschenko gezinkt sein würden. Um was geht es in der Ukraine? Der imperialistische Eifer hat kaum etwas mit den in die Stichwahl gelangten Kandidaten zu tun. Denn Viktor Janukowitsch und Viktor Juschtschenko sind keine edelmütigen Ritter. Beide entstammen der früheren Nomenklatura und gehören heute zur mafiösen „Elite“. Bei ihnen geht es nicht um „rechts“ oder „links“. Dennoch gibt es bemerkenswerte Unterschiede. Die mit Janukowitsch verbundenen Kreise setzen auf gute Beziehungen zu Putins Rußland. Die Wählerschaft dieses Kandidaten lebt in den östlichen Industriezentren um die Millionenstadt Donezk, im Charkower Gebiet und auf der Krim, wo die Bevölkerung mehrheitlich aus Russen besteht. Juschtschenko, der sich auf die von fanatischen Antikommunisten terrorisierte Westukraine stützt, ist der Mann jener Kreise, die das Land auf dem schnellsten Weg in

NATO und EU führen wollen. Für die BRD geht es um die nachträgliche Erreichung der faschistischen Kriegsziele, um die abermalige Plünderung der ukrainischen Reichtümer. Ziel der USA-Regierung ist die Schließung des imperialistischen Rings um Rußland, das vom Süden her vollends eingekreist ist, wenn Kiew fällt. Denn die Ukraine stellt das entscheidende Anschlußstück zum bereits von der NATO gleichgeschalteten Georgien und den ehemaligen Sowjetrepubliken Mittelasiens dar, die mit Pentagon-Stützpunkten übersät sind.

Doch es geht nicht nur um die Einkreisung Rußlands. Auch Belarus mit seinem standhaften Präsidenten Aleksandr Lukaschenko befindet sich im Visier der Eroberer. Sie ziehen alle Register, um die Ukraine sturmreif zu schießen oder die Tore der Burgmauer von innen zu öffnen. Nachdem der Oberste Gerichtshof Grünes Licht für eine zweite Stichwahl gegeben hat, dürfte das Ergebnis so gut wie feststehen. Die Vergiftungsstory tut ein übriges. Ganze Schwärme imperialistischer „Wahlhelfer“ – jene, die Juschtschenkos Anhänger unter Nutzung der „Erfahrungen“ aus Leipzig, Belgrad und Tbilissi wie der Verhüllungskünstler Christo über Nacht in Orange gekleidet haben – werden im Verein mit den Medien für das entsprechende Klima sorgen. Und in der Westukraine, wo die Nachfolger der faschistisch-nationalistischen Banden Stefan Banderas wüten, wird man notfalls mit Kugel und Strick um ein „unverfälschtes“ Wahlresultat bemüht sein. Als ich 1997 an einem Parteitag der ukrainischen Kommunisten in Kiw Kulturpalast teilnahm – wir wurden anschließend vom 1. Sekretär der KPU Petr Simonenko empfangen – war vom blanken Terror zwischen Lwiw und Iwanowo-Frankiwsk die Rede.

Die Superdemokraten treten das Völkerrecht, das zu Zeiten des sozialistischen Weltsystems eine mächtige Waffe im Kampf für nationale Souveränität, territoriale Integrität und Nichteinmischung war, mit Füßen. Sie wollen den Karsais und Allawis einen weiteren Statthalter aus ihrer Agenten-Retorte hinzufügen. Tragisch ist, daß die für Juschtschenko aufgetriebenen Massen den weißgardistischen Rummel ebensowenig durchschauen wie andere vor 15 Jahren die vom Westen erfundene Parole „Wir sind ein Volk“. Hoffentlich werden die Menschen in der Ukraine, die im Osten über industrielle und proletarische Zentren mit großer Kampftradition verfügt, genügend Kraft finden, der drohenden Gefahr zu begegnen, damit die Opfer des Bürgerkrieges nach der Oktoberrevolution und des Großen Vaterländischen Krieges nicht umsonst waren.

Klaus Steiniger



INHALT

Erinnerungsschlacht	S. 2
Befreiung durch die Rote Armee	S. 3
Bruno Leuschner – einer aus der ersten Reihe der frühen DDR	S. 4
Fest des politischen Liedes	S. 5
Ist die BRD ein Rechtsstaat?	S. 6
Gedichte aus unseren Reihen	S. 7
Der springende Punkt: die Gesellschaftsordnung	S. 8
Wie Genscher die Katze aus dem Sack ließ	S. 9
Ist die Modernisierungstheorie inzwischen überholt?	S. 10
Wer waren die „Revolutionäre“ des Herbstes 1989?	S. 11
Was ist die MLPD?	S. 11
Eine „Agitatorin“ in der Lüneburger Heide	S. 12
Herr Austermann phantasiert	S. 12
Bülowplatz-Prozeß	S. 13
Ein „Zuwanderungsgesetz“ gegen Zuwanderer	S. 14
Wie sie das Recht auf Nichteinmischung leugnen	S. 15
China: Rasantes Entwicklungstempo	S. 16
Nach Arafat	S. 17
Wie ich Afghanistan wiederfand	S. 18
Das große Schweigen über Falludscha	S. 19
Ist in der GUS der Kapitalismus schon restauriert worden?	S. 20
Das Weiße Haus im Griff religiöser Fanatiker	S. 21
Warum spricht niemand von Südkoreas Atomwaffen?	S. 22
Portugal: Veränderungen an der Spitze der PCP	S. 23
Uruguay: Sieg ohne dramatische Konsequenzen	S. 23
Was treiben die Franzosen an der Elfenbeinküste?	S. 24
Ein Schuß, der nach hinten losging	S. 24
Der Maler Walter Lauche	S. 25
Zum 100. Martin Hellbergs	S. 26
Der Philosoph Hermann Scheler	S. 27
Ein Diplomat erinnert sich: Kampfplatz Berlin	S. 27
Spukhaus am Franz-Mehring-Platz	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Erinnerungsschlacht um den 8. Mai

„Die Erinnerungsschlacht um den 60. Jahrestag des Kriegsendes hat begonnen.“ Das ist der Titel eines ganzseitigen Artikels Norbert Freis, den „Die Zeit“ am 21. Oktober 2004 druckte. Die ersten Sätze lauten: „So viel Hitler war nie. Die mediale Gegenwart des ‚Führers‘, die wir momentan erleben, ist seit sechzig Jahren ohne Beispiel ... Die Gedenkmaschine läuft, wie wenig anderes in Deutschland, auf vollen Touren, und bis zum 8. Mai wird das so weitergehen.“ Norbert Frei, der bemerkenswerte Arbeiten veröffentlichte, ist der Überbringer der Nachricht, nicht der Produzent.

Wenn, wie wir alle prüfen können, Frei Recht hat, ist zu fragen: Wer oder was betreibt die „Gedenkmaschine“ und aus welchen Gründen?

Erinnern wir uns zunächst an einige Fakten:

Das Fernsehen „dokumentierte“ Hitlers „Untergang“, seine Paladine wie Goebbels und Speer, „seine“ Frauen und Kinder, sogar seine Sekretärin (wie sie sich heute sehen möchte).

Die „Events“ der Erinnerung überschlugen sich: Die USA inszenierten den „D-day“, die Landung in der Normandie 1944, als Folie für die Rechtfertigung der „Befreiung“ Iraks. Erstmals durfte ein deutscher Kanzler bei der „Befreiung“ dabei sein. Die Feiern zum 20. Juli benutzte Struck, um den „militärischen Widerstand“ zur moralischen Begründung von Bundeswehreinräumungen am „Hindukusch“ zu mißbrauchen. Der „Warschauer Aufstand“ am 1. August 1944 wurde von manchen in ein „europäisches“ – antisowjetisches – Klischee gepreßt. Flicks Kunstausstellung in Berlin wurde von Gerhard Schröder in den Rang eines Staatsaktes erhoben. Der Kanzler fand 2004 – endlich – das Grab seines Vaters, der in Rumänien gefallen war, und die Medien begleiteten seine private Trauer diskret.

Beenden wir die (unvollständige) Aufzählung. Lassen sich aus der Fülle der „Events“ einige Leitlinien herausfiltern, und Gründe für die „Wende im Umgang mit der Vergangenheit“ (Norbert Frei)?

Zunächst: Der Streit um die „Deutung“ des 8. Mai ist nicht neu. „Ihr werdet die Deutschen immer wieder daran erkennen können, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder der Befreiung bezeichnen.“ (Heinrich Böll). Richard von Weizsäcker hat als Bundespräsident in seiner berühmten Rede am 8. Mai 1985 eine Wertung des 8. Mai 1985 versucht, die auch heute anerkennens- und beachtenswert ist. Von „nationaler Katastrophe“ – für wen? – bis zur Chance für einen völligen Neuanfang reicht der Bogen der Wertungen, die alle vom Standort der Wertenden abhängen.

Was zeichnet sich jetzt als „Wende“ – nach rechts – ab?

Als erstes fällt auf, daß die Deutschen aus einem „Volk der Täter“ zu einem „Volk der Opfer“ mutieren. Eine zweite bemerkenswerte Linie, die für DDR-Bürger neu ist, besteht darin, den Marsch der Sowjetarmee nach Berlin mit Greueln zu pflastern und die Besatzungspolitik zu verteuflern. Prüfen wir auch hier exemplarisch einige Fakten.

Die Literatur über die Opfer des alliierten Bombenkrieges, der Opfer der „Vertreibung“, der alliierten Besatzungspolitik ist kaum noch überschaubar. Die Tendenz ist offensichtlich eine Art „Saldierung der Opfer“. Summanden der „Rechnung“ sind dann 600000 Tote und 5 Millionen Obdachlose als Folgen der Bombardements der Städte, 18 Millionen Aussiedler, wobei die meisten aus Schlesien und Ostpreußen von den Nazis auf „Treck“ geschickt wurden, als sich die Rote Armee näherte, 9 Millionen Deutsche in Kriegsgefangenschaft, 450000 Nazis in Internierungs- und Speziallagern der Sieger.

Hinter diesem Berg von Leiden und Opfern, für die es eindrucksvolle Schilderungen von Zeitzeugen gibt, verschwindet nahezu völlig, was der Faschismus im Namen Deutschlands in ganz Europa angerichtet hat, daß das Wort Deutscher 1945 mit Haß und Verachtung ausgesprochen wurde. Verborgener wird auch, wo die Ursachen und Urheber des Grauens zu suchen sind. Der Krieg ging von deutschem Boden aus und kehrte auf deutschen Boden zurück. „Wer das Schwert zieht, wird durch das Schwert umkommen“, heißt das in biblischer Erfahrung. Roman Herzog mahnte Historiker und historische Laien am 13. Februar 1995 nicht zufällig in der Dresdener Kathedrale: „Leben kann man nicht gegen Leben aufrechnen, Schmerz nicht gegen den Schmerz, Todesangst nicht gegen Todesangst, Vertreibung nicht gegen Vertreibung, Grauen nicht gegen Grauen, Entwürdigung nicht gegen Entwürdigung. Menschliches Leid kann nicht saldiert werden. Es muß überwunden werden durch Mitleid, Besinnen und Lernen.“ Wer oder was zwingt die Betreiber der „Gedenkmaschine“ die „Ziffernsprache des Ungeheuerlichen“ erbarmungslos fortzusetzen? Die zweite auffällige Linie des nach rechts „gewendeten“ Geschichtsbildes besteht darin, die Befreierrolle der Sowjetunion und den nichtmilitärischen Widerstand gegen Hitler, der schon vor 1933 begann, in der Erinnerung zu schwärzen. Auch hierfür zunächst einige kennzeichnende Exempel.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat am 16. Juni 2004 den ganzseitigen Artikel des polnischen Historikers Bogdan Musiol „Verbrechen der Partisanen“ abgedruckt, der den nationalen Widerstand der Völker Europas – auch der Polen – verleumdete und de facto die Kriegsverbrechen der USA in Irak rechtfertigte.

Das XV. „Bautzen-Forum“ am 13./14. Mai 2004 wählte als Thema „Verfolgung unter Sowjetstern. Stalins Lager in der DDR“. In der Wanderausstellung in der Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden, die ursprünglich zu DDR-Zeiten den Opfern des Faschismus gewidmet war, ist seit dem 18. Oktober 2004 die Ausstellung „Verurteilt am Demmlerplatz. Sowjetische Militärtribunale in Mecklenburg-Vorpommern“ zu besichtigen. Heiner Schütz veröffentlichte in den Dresdner Neuesten Nachrichten und der Leipziger Volkszeitung am 21. Oktober 2004 einen identischen Artikel zu dem Thema „Der Fall Nemmersdorf – Sowjet-Massaker oder NS-Lüge“? Nemmersdorf, an der Grenze Ostpreußens zu Litauen gelegen, wurde am 21. Oktober 1944 von Einheiten der Sowjetarmee erobert und zwei Tage später für kurze Zeit von der Wehrmacht „befreit“. Bei den Kämpfen um den Ort kamen 26 Zivilisten ums Leben. Mit diesen Leichen inszenierte Goebbels nach seinen eigenen Worten eine erfolgreiche „Greuelkampagne“, um den „Widerstand“ der Deutschen anzuheizen. Bernhard Fisch hat über die Ereignisse und ihre Verfälschung eine Recherche angestellt. Heiner Schütz übernahm trotzdem die Goebbelssche Greuelstory unverändert in seinen Text.

Um nicht mißverstanden zu werden: Es gab Übergriffe und verbrecherische Raueakte von Rotarmisten. Aber in den genannten Arbeiten ging es nicht um sie, sondern um die Verfälschung der Befreiermission der Sowjetunion als Teil der Antihitlerkoalition. Gültig bleibt, was Ralph Giordano im Nachwort zur Recherche von Fisch schrieb: „Auch für das, was dann beim Einmarsch über die deutschen Ostgrenzen geschah, hat selbstverständlich der deutsche Aggressor, haben Hitler und seine Anhänger, die großen wie die kleinen, die Primärverantwortung.“

Kein Soldat der Antihitlerkoalition hätte deutschen Boden betreten, keine Besatzungsmacht hätte deutsche Kriegsverbrecher verurteilen müssen, wenn es vorher keinen Faschismus und keinen Eroberungskrieg gegeben hätte. Eben deshalb heißt das Vermächtnis des 8. Mai 1945 allen Soldschreibern zum Trotz unverändert: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Prof. Dr. Horst Schneider

Der „RotFuchs“ ruft alle Leser, Freunde und Sympathisanten zur Teilnahme an der

**Ehrung von
Karl Liebknecht und
Rosa Luxemburg
am 9. Januar 2005 auf.**

Wir demonstrieren zu den Gräbern der Helden des deutschen Proletariats, die im Klassenkampf gefallen sind.

Vereint gegen das Kapital und seine staatlichen Stützen, gegen NATO-Imperialisten und Neofaschisten!

Besucht unseren Stand vor dem Eingang der Gedenkstätte!

Am 12. Januar 1945 brachen die sowjetischen Angriffsdivisionen nach einem massierten Feuerschlag aus ihrem Weichsel-Brückenkopf Baranow zum Sturm auf die Stellungen der faschistischen Wehrmacht in Polen hervor. Wenig später zerschlugen sowjetische Truppen südlich Warschaus auch die Sperriegel vor den Brückenköpfen bei Warka und Pulawy und gingen zum Angriff über. Die riesige Winterschlacht begann. Tausende von Schlachtfliegern und Jägern verdunkelten den Himmel; nach wenigen Stunden errangen sie die absolute Luftherrschaft. Fächerförmig stießen die Panzerformationen der Sowjetarmeen nach Süden auf Krakau, beiderseits Kielce und der Lysa Gora nach Westen und Südwesten auf Czenstochau, Lodz und Posen, nördlich in Richtung Elbing-Danzig und auf Ostpreußen vor. In zwei Tagen zermalmten sie die tief gestaffelten Widerstandssysteme und



und Lebus einen breiten Brückenkopf für ihre weiteren Angriffsoperationen auf Berlin. Die westliche Spitze befand sich bei Alt-Tucheband. Die ganze Ostfront von den Karpaten bis zum Baltikum war in Bewegung geraten. Hitlers „Ostwall“ wurde überrannt. Die verbrecherische Führung des Tausendjährigen Reiches

Befreiung durch die Rote Armee (1)

Befestigungen der faschistischen Wehrmacht auf der ganzen Frontlinie. Die sich hinter den sowjetischen Panzerriegeln auflösenden Truppeneinheiten Hitlers wurden von der schnell nachrückenden motorisierten Infanterie und von Marschverbänden vernichtet. Die Panzerkeile der sowjetischen Spitzenkorps überflügelten jede Absetzbewegung und machten jeden Versuch einer neuen Frontbildung zunichte. Warschau, Radom, Lodz, Czenstochau, Kalisch. Hunderte polnische Städte wurden befreit: Soldau, Allenstein, Insterburg gingen verloren. Hilflös suchten die Hitlergenerale mit den Resten ihrer Truppen in den Festungen Thorn, Bromberg, in offenen Städten und an den Flußläufen der Pilica, der Obra, Netze und Warthe Widerstand zu leisten. Sie wurden zusammengeschlagen und völlig zersplittert. Panikartig suchten die in den sinnlosen, verbrecherischen Krieg getriebenen Soldaten in wilder Flucht einzeln zu entkommen. In kaum acht Tagen gelang den Sowjettruppen der Sprung von der Weichsel zur Oder. Fast unbeschädigt fiel das oberschlesische Industriegebiet in ihre Hände. Die Reichsgrenze wurde an vielen Stellen überschritten. Breslau wurde eingeschlossen. Die Oder wurde überquert: Oppeln, Brieg, Oels, das nördliche und westliche Niederschlesien überrollt und große Gebiete der Provinz Brandenburg besetzt. Am 31. Januar erreichten die Spitzen der sowjetischen Angriffsverbände die Oder auch nördlich der Warthe bei Küstrin. Südlich davon setzten sie über den vereisten Fluß und schufen aus forciertem Vorstoß heraus im Oderbruch bei Reitwein zwischen Kietz

gab den Befehl, das Tannenbergdenkmal zu sprengen, Städte und Dörfer in Polen und in den Reichsgebieten zu zerstören und den Krieg der verbrannten Erde nun auch hier weiterzuführen. Die ganze Zivilbevölkerung wurde evakuiert. Im Dröhnen der gewaltigen Winterschlacht zogen Millionen Menschen auf den vereisten Straßen westwärts. Hunderttausende Greise, Frauen und Kinder gingen in klirrendem Frost zugrunde. Die Überlegenheit der Sowjetarmeen bestand nicht allein in ihrer besseren Führung und in der besseren militärischen Ausrüstung, die das Sowjetvolk unter gewaltigen Anstrengungen während des Großen Vaterländischen Krieges neu schuf, obwohl weite Teile des Landes mit ausschlaggebenden Industriegebieten zeitweilig von den Faschisten besetzt waren. Sie bestand auch nicht in ihrer zahlenmäßigen Stärke. Die Sowjetsoldaten besaßen die höhere, sozialistische Moral. Sie gingen nicht auf Eroberungen aus. Sie kämpften für die Befreiung ihres sozialistischen Vaterlandes und schlugen den schlimmsten Feind der ganzen Menschheit, den Faschismus, der das Sowjetland überfiel und mordend und brandschatzend vernichtete, was Millionen Sowjetmenschen in jahrzehntelanger Arbeit unter großen Entbehrungen errichtet hatten. Sie kämpften für die großen Ideen des Humanismus und Sozialismus, sie trugen das Banner des Fortschritts, der Zukunft. Der Riesenoffensive der Sowjettruppen war ein diplomatisches Vorspiel vorausgegangen. Churchill, Premierminister Großbritanniens, der Mann, der jahrelang das Zustandekommen der

zweiten Front verhindert hatte, richtete, als den englisch-amerikanischen Armeen in den Ardennen im Dezember 1944 eine vernichtende Niederlage drohte, einen verzweifelten Hilferuf an die Sowjetregierung. Ohne daß die Führung der Sowjetarmeen ihre Vorbereitungen für den letzten Vernichtungsschlag gegen das in mordgierigem Aufbäumen noch wild um sich schlagende Naziregime vollständig beenden konnte, gingen die sowjetischen Truppen, nach fast pausenlosen Kämpfen während des Herbstes, über die Weichsel vor. Sie entlasteten damit die fluchtartig nach Frankreich zurücklaufenden Armeen Eisenhowers und Montgomerys und verhinderten, daß sie wieder in den Ozean getrieben wurden.

Die Hitler, Himmler und Göring versuchten, das deutsche Volk mit in den Untergang ihrer zu Ende gehenden Herrschaft zu reißen. Noch in den ersten Januartagen 1945 wurde die Bevölkerung der zerbombten Städte, wurden Flüchtlinge, Arbeiter, Bauern und Soldaten zu einem „Volksopfer“ gezwungen, das ihnen auch noch den letzten Besitz rauben sollte. Pelze, Kleidungsstücke, Wäsche aller Art wurden gefordert. Jedem Deutschen wurde durch Kriegsverordnung und Nazi-Partei-befehl vorgeschrieben, pro Person zwei Kilo Textilien abzuliefern. Amtswalter-, Feuerwehr-, Schützenvereins-, Postler- und Eisenbahneruniformen wurden für den Volkssturm eingesammelt, Spaten und Picken beschlagnahmt. Die Lebensmittelrationen wurden rigoros gekürzt. Der gesamte private Reiseverkehr wurde unterbunden. Standgerichte wurden im ganzen Reichsgebiet eingesetzt. Die Waffen der Krieger- und Militärvereine wurden eingesammelt, Kinder und Greise in den Volkssturm gepreßt. Damit wurde der Untergang jedoch nicht mehr aufgehalten. Nach Heranführung des Nachschubs überschritten die unaufhörlich angreifenden Sowjettruppen die Neiße und Oder auf der ganzen Frontlänge. Stettin, Sagan und Görlitz fielen in ihre Hände. Die Führung der Naziwehrmacht entblökte die Westfront und warf alle verfügbaren Kräfte nach dem Osten. Zwischen Frankfurt und Küstrin wurde der Versuch unternommen, die auf dem Westufer der Oder gelegenen Seelower Höhen zu stark befestigten Riegelstellungen auszubauen. Sie sollten dem Schutz Berlins dienen, dessen Stadtzentrum nur noch siebzehn Kilometer hinter der vordersten Feuerlinie lag. Sie wurden als unbezwinglich in die Welt hinausposaunt. Alle Versuche, den von den Sowjettruppen im Oderbruch geschaffenen Brückenkopf zwischen Lebus und Küstrin einzudrücken und die sowjetischen Kräfte auf das Ostufer des Flusses zurückzuwerfen, scheiterten. Die kleine, offene Landstadt Seelow wurde von den wahnwitzigen Verderbern Deutschlands zur Verteidigung vorbereitet. 70jährige Männer und 15jährige Schüler sollten den bevorstehenden Angriff der sowjetischen Gardedivisionen aufhalten.

**(Aus Otto Gotsche:
Auf Straßen, die wir selber bauten,
1961
Fortsetzung folgt)**

Im Sommer 1937 registriert der Zuchthauschreiber in Brandenburg-Görden einen Zugang: Bruno Leuschner, geboren am 12. August 1910 in Rixdorf bei Berlin, wohnhaft in Berlin, von Beruf Handelskaufmann, seit 1931 Mitglied der verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands, verurteilt zu sechs Jahren Zuchthaus wegen Hochverrats.

In diesem Zuchthaus befinden sich zum gleichen Zeitpunkt über 2000 politische Häftlinge, darunter viele Genossen der KPD. So existiert selbst in der faschistischen Zwingburg eine illegale Parteioorganisation, der sich der „Zugang“ sofort anschließt. Erich Honecker, in jener Zeit ebenfalls in Brandenburg-Görden hinter Gittern, erinnert sich: „Während der Einzelhaft wie auch in den folgenden Zuchthausjahren las ich viel, um mein

nähernden Amerikaner, der vorbereitete militärische Aufstand. Drei Tage später sind die Faschisten endgültig geschlagen. Am 1. Juli 1945 landet gegen 18.00 Uhr eine aus Moskau kommende Maschine mit Wilhelm Pieck, dem Vorsitzenden der KPD, an Bord auf dem Flugplatz Berlin-Johannisthal. Schon am nächsten Tag findet die erste Sitzung des Sekretariats des ZK der Partei statt, die den engsten Mitarbeiterkreis des Vorsitzenden benennt. Dazu gehören Fred Oelßner als Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda, Elli Schmidt als Frauensekretärin, Erich Honecker als Jugendsekretär und Bruno Leuschner als Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik. Der 35jährige muß nun schnell regieren lernen. Zwar war es dem Sohn eines Schuhmachers im kapitalistischen Deutschland gelungen, eine Mittel-

Ausarbeitung der Richtlinien für die Wirtschaftspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone beteiligt, die Vorschläge für die Enteignung der kapitalistischen Kriegsverbrecher, für die Demokratisierung der ökonomischen Besitzverhältnisse, für den Wiederaufbau der zerstörten Betriebe enthalten. Auch nach der Vereinigung beider Arbeiterparteien zur SED leitet er das Ressort Wirtschaft im Parteivorstand, dessen Bedeutung Fritz Selbmann so charakterisierte: „Alle großen Aktionen zur Veränderung der ökonomischen Machtverhältnisse wurden im wesentlichen in dieser zentralen Stelle konzipiert, durchdacht und ins Leben umgesetzt.“

Zugleich wird Leuschner beauftragt, in der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) für die SBZ an führender Stelle mitzuarbeiten und verantwortlich für die Planung zu sein; der Halbjahrplan und der Zweijahrplan 1949/50 tragen seine Unterschrift. Als am 12. Oktober 1949 Ministerpräsident Otto Grotewohl den Genossen Heinrich Rau als Minister für Planung in die erste DDR-Regierung beruft, erhält dieser zwei Tage später in Bruno Leuschner einen qualifizierten und schon erfahrenen Staatssekretär.

Das Jahr 1952 bringt für den Wirtschaftsfunktionär Leuschner viel Wichtiges. Die Regierung ernennt ihn zum Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und zum Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) der sozialistischen Länder. Auch Aufgaben in der Parteiführung der SED kommen hinzu. Seit 1950 Mitglied des Zentralkomitees, wird er 1953 zum Kandidaten und schließlich 1958 zum Mitglied des Politbüros gewählt. Trotz der Vielzahl staatlicher und parteilicher Verpflichtungen läßt es sich Bruno Leuschner nicht nehmen, sich in der Praxis von der Wirksamkeit der Wirtschaftspolitik zu überzeugen. So fährt er zur Großbaustelle des Kombinars „Schwarze Pumpe“, besucht in Eisenach Automobilwerker und in Karl-Marx-Stadt Textilarbeiter, informiert sich über Produktion und Arbeitsbedingungen in den Chemiebetrieben Bitterfeld und Wolfen sowie im Braunkohlewerk Deutzen, spricht mit den Bäuerinnen und Bauern der LPG Wespen im Kreis Schönebeck.

In allen seinen Funktionen bewährt sich Bruno Leuschner als hervorragender Wirtschaftsfachmann, so daß sich sein Aufgaben- und Kompetenzbereich immer mehr ausweitete. 1955 wird der 45jährige zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, 1961 dann zum Minister für die Koordinierung der volkswirtschaftlichen Grundaufgaben und 1962 zum Ständigen Bevollmächtigten im RGW gewählt.

Wie an vielen Abenden sitzt Bruno Leuschner auch am 10. Februar 1965 nach Dienstschuß zu Hause noch am Schreibtisch. Als seine Frau spät von ihrer Arbeit kommt, findet sie ihn dort zusammengesunken vor. Das Leben dieses beispielhaften Kämpfers hat früh seinen Abschluß gefunden.

Günter Freyer

Bruno Leuschner – einer aus der ersten Reihe der frühen DDR

Allgemeinwissen zu erweitern ... Bruno Leuschner, damals Kalfaktor in der Bücherei, versorgte uns politische Gefangene mit den besten und für uns interessantesten Titeln.“

Es werden sechs schwere Jahre für den jungen Kommunisten Bruno Leuschner. Doch die Nazis lassen ihn nach Verbüßung der Strafe nicht frei. Sie behalten ihn wie viele seiner Genossen weiter in Gewahrsam. Er wird in das Konzentrationslager Sachsenhausen „überstellt“. Dort nehmen ihn Kampfgefährten wie Ernst Schneller, Mathias Thesen, Max Reimann, Fritz Selbmann und Hans Seigewasser, die die illegale Parteiorganisation leiten, in ihre Mitte auf. Sie übertragen dem „klugen und konspirativ zuverlässigen wie entschlossenen Kämpfer“, so Fritz Selbmann, verantwortungsvolle Aufgaben bei der Schaffung von Verbindungen zwischen den Kommunisten im Lager und der operativen Leitung der KPD in Deutschland. Im Oktober 1944 schlägt die Gestapo hart zu, nachdem Spitzel angesetzt worden waren. Ernst Schneller, Mathias Thesen und 25 weitere Genossen werden sofort ermordet, 103 Häftlinge, unter ihnen Bruno Leuschner, in das wegen seines Steinbruchs berühmte Nebenlager Gusen des KZ Mauthausen gebracht. Die Begleitpapiere aller tragen den Vermerk „R. u.“ – Rückkehr unerwünscht! Doch selbst im Angesicht des Todes organisieren die Kommunisten den Widerstand: Heinrich Rau, Franz Dahlem, Fritz Große, Bruno Leuschner gemeinsam mit weiteren deutschen, sowjetischen, polnischen, tschechoslowakischen und österreichischen Antifaschisten. So gelingt am 5. Mai 1945, unter dem Geschützdonner der sich

schule zu besuchen, den Beruf eines Industriekaufmanns zu erlernen sowie Kurse zu Fragen der Ökonomie, Philosophie und Psychologie an der Marxistischen Arbeiterschule MASCH in Berlin zu besuchen, aber nun muß er sich um die Wirtschaft einer ganzen Region kümmern, die infolge der katastrophalen Niederlage des Faschismus total daniederliegt. Bruno Leuschner „verbeißt“ sich regelrecht in die neuen, komplizierten Aufgaben. „Er arbeitete wie ein Besessener, oftmals bis tief in die Nacht hinein“, erinnert sich seine Frau Renate.

In seiner Funktion wächst Bruno Leuschner mit den Forderungen, die das Leben täglich stellt. Er ist maßgeblich an der



Begeisterung wie in alten Tagen

Man muß tief in längst vergangenen Zeiten graben, um einen solchen Höhepunkt, wie wir ihn am 27. November in Berlin erleben konnten, wieder ins Gedächtnis zu rufen: das Festival des politischen Liedes. Insbesondere die 70er Jahre wurden geprägt von einer bis ans Ende der DDR reichenden Tradition des Jugendverbandes, die als Singebewegung der FDJ Geschichte machte. Und das im wahrsten Sinne des Wortes. Denn noch heute setzen deren Verfechter alles daran, dieses Gut nicht der Vergessenheit anheimfallen zu lassen. Damals waren Singe-

gruppen etwas ganz Normales. Heute muß es aufhören lassen, wenn zu einem „Fest des politischen Liedes“ eingeladen wird. Denn es ist eben keine Selbstverständlichkeit, daß sich junge Menschen zusammenfinden und zusammenbleiben, um mit ihren Liedern Position zu beziehen.

Einer hatte die Initiative ergriffen: Wolfgang Klötzer. Er gehört zu den Gründern des jetzigen „Singeclubs Ernesto Che Guevara e. V.“, der als Schulsingegruppe der 63. Oberschule von Dresden-Blasewitz begann. Das war vor 30 Jahren – Anlaß genug, dieses Jubiläum gebührend zu begehen. Und es war eine gelungene Feier! Mit einem gut gefüllten Saal im Haus der russischen Kultur und Wissenschaft – leider hat der Ruf zum gemeinsamen Singen das Ohr nur weniger junger Leute erreicht – war es ein Leichtes, jene Stimmung zu erzeugen, die die Großveranstaltungen aus DDR-Tagen so legendär machten. Mit dabei waren „Rotdorn“ – eine imponierende Gruppe aus Hamburg, die mit „Steh auf, du Riesenland“ auf den Abend einstimmt, sowie die aus der Naturfreunde-Bewegung kommenden „Marbacher“, die ebenfalls ihren 30. Geburtstag begingen. Auch der Auftritt des von Veteranen der Arbeiterbewegung getragenen Ernst-Busch-Chores lud zum Mitsingen ein.

„Tiempo Nuevo“, eine chilenische Gruppe aus Potsdam, begeisterte bereits im Vorprogramm und bereicherte den Abend mit ihren lateinamerikanischen Klängen. Ein Höhepunkt war zweifelsohne die Darbietung der Chemnitzer Gruppe „Quichote“ – beeindruckend das hohe künstlerische Niveau, nicht minder aber auch deren bekennende Haltung zum Widerstand gegen heutiges Unrecht. Kampf- und Arbeitermelodien, Lieder der FDJ, aber auch bekannte Weisen mit neuen Texten – alles ist in der Dresdner Singegruppe gut aufgehoben. Ihr Auftritt vermittelte einen kleinen Einblick in das weitgespannte Repertoire der Gruppe. Musikalisches Können, verlässliches Engagement und mitreißender Enthusiasmus zeichnen die Mitglieder des Ensembles aus. Sie wissen warum und für wen sie singen – heute erst recht.

Bruni Steiniger



Fotos:
Armin Neumann



Seit der Einverleibung der DDR in die BRD wurde und wird den Bürgern im Osten immer wieder suggeriert, nunmehr in einem freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat angekommen zu sein und von diesem wohl behütet zu werden. Nunmehr liegen fast 15jährige Erfahrungen mit der bundesdeutschen „Rechtsstaatlichkeit“ vor. Von den Illusionen, die viele ehemalige DDR-Bürger hatten, ist nicht mehr allzu viel übriggeblieben. Nicht wenige gehen auf kritische Distanz zum Rechtsstaat und äußern, das Vertrauen in ihn verloren zu haben; vereinzelt wird die Auffassung vertreten, daß es sich bei der BRD um einen Unrechtsstaat handle. Selbst einflußreiche bürgerliche Politiker, Juristen und Journalisten bringen ebenfalls Unzufriedenheit zum Ausdruck. Altbundeskanzler Helmut Schmidt und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse kamen nicht umhin, einzugestehen, daß für Ostdeutsche „der Rechtsstaat menschenverachtende Züge“ annehme.

Eine objektive und zutreffende Bewertung des Phänomens „Rechtsstaat“ BRD ist untrennbar mit den Marxschen Erkenntnissen über das Wesen des Rechts verbunden. Bereits im Kommunistischen Manifest heißt es: „... Euer Recht ist nur der zum Gesetz erhobene Wille Eurer Klasse, dessen Inhalt ... in den materiellen Lebensbedingungen Eurer Klasse ... gegeben ist.“ Für Marxisten war, ist und bleibt das Recht, also auch das der BRD, Klassenrecht und ist auf die Durchsetzung und Erreichung politischer Ziele und Zwecke der herrschenden Klasse gerichtet. Nach Karl Polak, der zu den herausragenden marxistischen Rechtsgelehrten der DDR gehörte, ist der bürgerliche Rechtsstaat Instrument zur Herrschaftssicherung und ein Mittel zum Kampf gegen die Emanzipationsbestrebungen der unterdrückten Klasse.

Die noch immer verbreiteten bürgerlichen Auffassungen, wonach Recht und Rechtsstaat durch Unparteilichkeit gekennzeichnet seien und nicht als Instrument politischer Machterhaltung dienen würden, gehören in das Reich der Märchen. Die Realität und Einlassungen maßgeblicher bürgerlicher Politiker, Juristen und Journalisten beweisen ohnehin das Gegenteil dieser Behauptungen. Es bereitet daher keine Schwierigkeiten, den Nachweis anzutreten daß bundesdeutsche „Rechtsstaatlichkeit“ auch mit Unrecht, Ungerechtigkeiten und grober Verletzung selbstverkündeter Prinzipien verbunden ist.

Bei den noch immer anhaltenden Auseinandersetzungen um die Geschichte der DDR wird von den verschiedensten politischen Kräften, darunter der PDS, übersehen, daß es auch eine Geschichte der alten BRD gegeben hat. Und diese ist vor allem im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit, Recht und Unrecht nicht zuletzt durch dunkle und düstere Kapitel gekennzeichnet. Hierzu gehören vor allem die uns bekannten politischen Verfolgungen großen Ausmaßes von Kommunisten und deren Sympathisanten sowie zahlreiche andere systemkritische Bundesbürger in

den 50er und 60er Jahren. In aller Klarheit hat beispielsweise der bekannte SPD-Politiker Jürgen Schmude festgestellt, daß die Verfolgung politischer Gegner der damaligen Regierung ... Unrecht war und daß hierbei „Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit verletzt, Meinungs- und Informationsfreiheit durch Strafdrohung verkürzt wurden“. In gleicher Weise sind die in der BRD inszenierten Berufsverbote zu bewerten. Solche wurden bereits durch Beschluß der Adenauer-Regierung vom 19. 9. 1950 in großem Umfange realisiert und durch die Brandt-Scheel-Regierung in den 70er Jahren fortgesetzt.

Ein neues und ebenso düsteres Kapitel bundesdeutscher „Rechtsstaatlichkeit“ begann mit dem Anschluß der DDR an die BRD und setzt sich bis heute fort. Der frühere Bundesjustizminister K. Kinkel gab im Jahre 1991 mit seinem Appell an die deutschen Richter und Staatsanwälte den Startschuß zu diesem Kapitel, indem er

den mit einem gewaltigen personellen und finanziellen Aufwand zustande gebracht haben. Nach zuverlässigen und amtlichen statistischen Daten führten die mehr als 100000 Ermittlungsverfahren dazu, daß 1212 Personen angeklagt wurden; die Zahl der rechtskräftig Verurteilten betrug nach Forschungsergebnissen 289. Herr Schaefgen, Generalstaatsanwalt und zuständig für „Regierungskriminalität“ der DDR, ging von 300 Personen aus. Am Rande sei vermerkt, daß von den etwa 85000 Mitarbeitern des MfS nach Schaefgen 99 angeklagt und 20 bzw. 25 rechtskräftig verurteilt wurden. Ich glaube, die genannten Zahlen sprechen für sich. Im übrigen ist die Frage zu stellen, ob die Verurteilungen überhaupt rechtens waren. Friedrich Wolff, der bekannte Jurist und Rechtsanwalt der DDR, bemerkte hierzu: „Tatsächlich waren die Urteile überwiegend oder sämtlich Unrechtsurteile.“

Ist die BRD ein Rechtsstaat?

erklärte: „Die Aufgabe, die vor uns steht ist gewaltig. Nicht nur der Rechtsstaat, unsere ganze Gesellschaft muß sich der Bewältigung des DDR-Unrechts stellen.“ Hierbei solle es, so der grüne Spitzenpolitiker Joseph Fischer in seinem Spiegel-Interview, nicht sehr zimperlich zugehen. Im Hinblick auf die von Kinkel gestellte Aufgabe dürfe – so Fischer – ... „man sich nicht hinter dem positiven Recht und dem Rechtsstaat verschanzten“. Erklärungen dieser Art sind doch nichts anderes als ein rechtsstaatlicher Offenbarungseid. Gravierende Unrechtstatbestände sind nach dem Anschluß besonders im Gefolge der sogenannten juristischen Bewältigung der DDR-Vergangenheit festzustellen. Es sei daran erinnert, daß die bundesdeutschen Strafverfolgungsbehörden mit bereitwilliger „Hilfe“ der Gauck-Birthler-Behörde mehr als 100 000 Ermittlungsverfahren gegen staatsnahe DDR-Bürger eingeleitet und durchgeführt haben. Die strafprozessualen Maßnahmen waren für die Betroffenen oft mit mehrjähriger Verfolgungsdauer, mit monatelanger U-Haft, mit Haus- und Wohnungsdurchsuchungen, gerichtlichen erst- und zweitinstanzlichen Verfahren, Rufmord, Denunziationen, Berufsverböten, Verlust des Arbeitsplatzes, menschenverachtenden Verleumdungen, Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte, anonymen Drohbriefen, finanziellem Ruin und in Einzelfällen mit Freitod verbunden. Diese nur beispielhaft aufgezählten Folgen bekamen in aller Regel auch die Familienangehörigen und der Freundeskreis der Betroffenen zu spüren.

Interessant sind die Resultate, die die bundesdeutschen Strafverfolgungsbehör-

Zu den ernst zu nehmenden Verletzungen der bundesdeutschen „Rechtsstaatlichkeit“ gehört der oft praktizierte Umgang mit dem Grundsatz der Präsomption der Unschuld. Nach diesem gilt ein Bürger solange als unschuldig, bis der gesetzliche Nachweis seiner Schuld erbracht ist.

Trotz der prinzipiellen Kritik am bundesdeutschen „Rechtsstaat“ kann es nicht darum gehen, ihn generell als Unrechtsstaat zu charakterisieren. Es gibt nicht wenig Verteidigerswertes. Man darf nicht übersehen, daß das bürgerliche Recht und die bürgerliche Demokratie trotz ihrer Beschränktheit beachtliche Wirkungsmöglichkeiten für antikapitalistische und systemkritische Kräfte gewähren. Vergessen wir auch nicht, daß der „Rot-Fuchs“-Förderverein e. V. interessante und vielfältige politische Bildungsarbeit leisten und die von ihm herausgegebene kommunistisch-sozialistische Publikation ungehindert verbreiten kann.

Natürlich sind wir keine Träumer oder Illusionäre. Die Erfahrungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung bestätigen immer wieder, daß der bürgerliche Rechtsstaat seine Grenzen hat. Sie werden in dem Moment für jedermann erkennbar, wenn der politische Kampf marxistisch orientierter Parteien und Bewegungen eine solche Stärke erreicht, daß er als Bedrohung für die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse empfunden wird. Auf eines Tages denkbare und mögliche Situationen hat sich die BRD mit der am 30. 5. 1968 verabschiedeten Notstandsgesetzgebung „rechtsstaatlich“ vorbereitet.

Prof. Dr. Manfred Naundorf

Mit 66 Jahren ...

Mit 66 Jahren, da redet man uns ein,
im Staat das Geld ist alle – doch das ist nur der Schein.
Nun wolln sie „alle“ schröpfen – doch es ist hundsgemein:
Die Kleinen und die Rentner, die solln Geschröpfte sein.

Mit 66 Jahren, da wolln Grün, Rot und Schwarz,
die Armen ärmer machen – die Keule, die heißt „HARTZ“.
Jedoch die dummen Menschen, die wolln „HARTZ“ nicht verstehn,
mit „FRÖHLICH IV“ statt tristem „HARTZ“ könnt's vielleicht besser gehn!?

Mit 66 Jahren solln wir Reformen schlucken
und unsre Schnauze halten, uns „alternativlos“ ducken,
wenn deutsche DAX-Konzerne zahl'n wen'ger Steuern ein
als kommt durch Hundesteuern (!) in Staates Säckel rein.

Mit 66 Jahren will man uns reformiern
und den „sozialen Staat“ vollständig deformiern.
Rentnern und Arbeitslosen wolln sie die Taschen leern;
2006 – das ist gewiß – da werden die sich wehrn.

Mit 66 Jahren habn die ne neue Masche
und greifen uns als Rentnern gar kräftig in die Tasche
und schenken denen Steuern, die Millionäre sind,
denn Alte sind doch schwach und taub und blind?

Mit 66 Jahren sind wir nicht mehr so dumm,
ertragen Sauerein schon heute nicht mehr stumm.
Denn die Reformenmacher verlieren keinen Cent.
Das aber klappt doch nur, wenn jeder von uns pennt.

Mit 66 Jahren, will man uns jetzt entzwein;
wir würden uns bereichern an unsren Kinderlein.
Die Jungen sollen böse auf ihre Eltern sein
und sollen unterstützen die Rentenräuberein.

Mit 66 Jahren ist man beschissen dran,
man kommt nur mit viel Kohle an Pilln und Tropfen ran.
So dankt der Staat uns Alten für Arbeit, Müh und Last
und für die Steuerzahler, die Du geboren hast.

Mit 66 Jahren ist doch noch lang nicht Schluß.
Mit 66 Jahren „hörn wir noch gut den Schuß“.
Mit 66 Jahren – solln unsre Fahnen wehn,
Mit 66 Jahren laßt uns zur Demo gehn!

Dr. Klaus-Dieter Mund

Schulzes Bildung

Schulze ist, man muß das loben
auch im Geistigen gehoben.
Zeitung lesen meint er immer
gibt dir jenen sanften Schimmer,
den man in der weiten Welt
überall für Bildung hält.

Schulze liest in Farbgazetten,
wie man liebt in fremden Betten,
wie die Fürsten und Monarchen,
wie sie leiden, wie sie schnarchen
und der Star inkognito
promeniert mit nacktem Po.

Manchmal träumt er von den Leichen;
solidarisch mit den Reichen
stellt er sich den Weltproblemen,
grübelt über Theoremen,
stets gerecht, vor allem frei.
Nieder mit der Tyrannei!

Schulze glaubt an edle Worte,
Euro-Geld und Sahnetorte,
schwört auf Gott und Superwaffen,
die allein den Frieden schaffen.
Kommentare liest er dann,
wenn er auf dem Klo nicht kann.

Schulze hat auch Lieblingsseiten;
Insolvenzen, Firmenpleiten
liest er immer mit Vergnügen,
denn er weiß, wie man betrügen
besser kann und sogar muß.
Leider hat er selbst Verdruß.

Insgesamt ist er im Reinen,
erst mit sich, dann mit den Seinen,
denn die aufgeworf'nen Fragen
schlagen ihm nie auf den Magen.
Bildung ist sein Ach und Oh,
en detail und auch en gros.

Gerhard Schmidt
(Aus „Bürger Schulze“)



Durch Verwendung eines falschen Buchstabens wurde unser Glückwunsch zum **70. Geburtstag von Herbert Gunia aus Leipzig** entstellt.
Wir entschuldigen uns und erneuern die Gratulation.

Deutschlands Weg

Die Jahreszahl wird manches prägen,
wohlan, die Zukunft leuchtet grell.
Hartz-IV-Betroffene werden wägen,
geht's langsam abwärts oder schnell?

Ob Schröder, Merkel und Konsorten
in Massenmedien lauthals schrei'n:
„Der Aufschwung kommt!“ Wer glaubt den
Worten?
Soll's der Ein-Euro-Job jetzt sein?

In Chefetagen, „Opel“, „Schlecker“,
hier fordert man den Lohnverzicht
und fällt dem Kumpel auf den Wecker:
„Sonst machen wir die Bude dicht!“

Die Menschenwürde ist Verlierer;
Erpressung keimt zur Staatsdoktrin.
Vom Gutbetuchten zum Hausierer,
Führt Deutschlands Weg in den Ruin!?

Hans Horn

Der springende Punkt: die Gesellschaftsordnung

Die Aussagen in dem Beitrag „Der springende Punkt: die Konsumideologie“ von Johannes Dreßler (RF Nr. 81, Okt. 2004) halte ich für überdenkenswert. Sie berühren nämlich die für alle Menschen entscheidende Position: Leben im Kapitalismus und Leben im Sozialismus.

Der Autor beruft sich auf Marx und dessen Feststellung, daß die menschlichen Bedürfnisse gesellschaftlicher Natur sind. Darin sieht er einen Irrtum, denn „unser gesamtes Gefühl-, Genuß-, Lust- und Unlusterleben unterliegt inneren, vorrangig in unseren Gehirnen angelegten Bedingungen und deren Gesetzmäßigkeiten“. Über die primären oder angeborenen menschlichen Bedürfnisse hat Marx aber in diesem Zusammenhang überhaupt nicht gesprochen, sondern lediglich von den sekundären, beziehungsweise erlernten. Natürlich existieren die primären völlig unabhängig von einer bestimmten Gesellschaftsordnung. Wenn der Autor die Marx-Zeilen vor den zitierten aufmerksam gelesen hätte, würde er unschwer erkannt haben, daß Marx allein die sekundären gemeint hat. Dort heißt es nämlich: „Ein Haus mag groß oder klein sein, solange die es umgebenden Häuser ebenfalls klein sind, befriedigt es alle gesellschaftlichen Ansprüche an eine Wohnung. Erhebt sich aber neben dem kleinen Haus ein Palast ... wird der Bewohner des kleinen Hauses sich immer unbehaglicher, unbefriedigter, gedrückter in seinen vier Pfählen finden.“

Ferner widerspricht der Autor Friedrich Engels. Dieser hatte festgestellt: „... die Überproduktion (aus der im Kapitalismus die Krise entsteht – d. A.) wird (im Sozialismus – d. A.) über die nächsten Bedürfnisse der Gesellschaft hinaus die Befriedigung der Bedürfnisse aller sicherstellen, neue Bedürfnisse und zugleich die Mittel, sie zu befriedigen, erzeugen.“ An diese These knüpft der wissenschaftliche Sozialismus an, nämlich, daß die sozialistische Gesellschaft eine immer höhere Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen gestatte. Diese Erkenntnisse, zugleich politisches Paradigma, sind Genossen Dreßler suspekt und veranlassen ihn zu der Behauptung, daß ihre Gültigkeit zu „Fehlentwicklungen führe, die mit einer gigantischen Zerstörung des Lebens und der menschlichen Lebensbedingungen verbunden sind“. Den Darlegungen muß man entnehmen, daß er jedes Wachstum an Bedürfnissen und jede gesellschaftliche Absicht, Bedürfnisse zunehmend zu stillen, für schädlich hält – ob im Sozialismus oder Kapitalismus – läßt er offen. Ja, er sieht sogar in den Thesen der Klassiker den Hauptgrund für den Untergang der sozialistischen Länder. Dem ist zu widersprechen. Richtig ist, daß auch Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft, beson-

ders in der DDR, sich Maßstäbe für individuelle materielle Bedürfnisse und Mittel ihrer Befriedigung nach Informationen aus dem kapitalistischen Umfeld, insbesondere aus Westdeutschland, bildeten. Aber es waren eben Maßstäbe, die nicht aus der eigenen, sozialistischen Ordnung hervorgingen, sondern in sie hineingetragen wurden. Daß diese Maßstäbe durch ein taktisches Verhalten des westdeutschen Kapitals hochgesetzt wurden, entsprach dessen Absicht, das sozialistische System auf diese Weise zu unterminieren. Heute erzwingen die Kapitalisten für die Masse der Bevölkerung andere Maßstäbe und sie gehen sogar dazu über, selbst die Grundbedürfnisse eines wachsenden Teils der Bevölkerung immer weniger befriedigen zu wollen.

Übrigens bezieht sich die sozialistische These zur Bedürfnisbefriedigung nicht allein auf die materiellen Ansprüche, sondern gleichwertig auch auf die geistig-kulturellen. Kaum jemand, von Ausbeutern abgesehen, wird ernsthaft behaupten, daß wachsende geistige und kulturelle Bedürfnisse und deren Befriedigung zur Zerstörung menschlicher Lebensbedingungen beitragen. Im Gegenteil, eine intensive Teilhabe der breiten Masse der Bevölkerung an Wissenschaft, Kunst, Literatur und überhaupt an den Kulturgütern führt die Gesellschaft zu einer wahrhaft menschlichen Ordnung im tiefsten Sinne des Wortes. Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß sich in der sozialistischen Gesellschaft der DDR die geistig-kulturellen Bedürfnisse der Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung enorm entwickelten und daß sich die Gesellschaft einen zunehmend größeren Aufwand leistete, diesen Bedürfnissen nachzukommen.

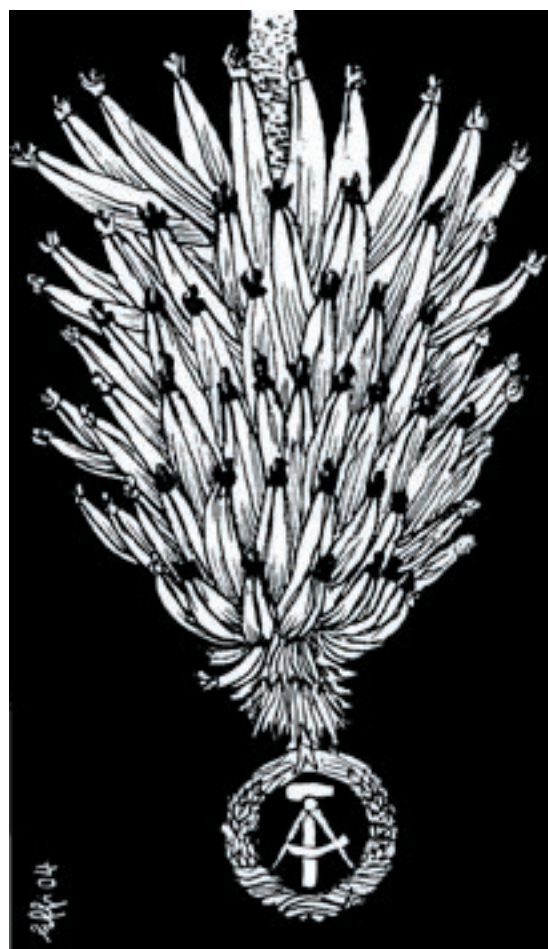
Schließlich ist zu differenzieren zwischen den individuellen und den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen, die zweitrangig erscheinen, aber die Interessen jedes einzelnen direkt berühren. Zu dieser Kategorie gehören auch die aus tieferer Kenntnis des Weltgeschehens wachsenden Bedürfnisse Einsichtiger, die Erde unseren Kindern und Kindeskindern in einem besseren Zustand zu überlassen, als er sich nach gegenwärtigen Erkenntnissen entwickeln wird. Das betrifft unter anderem, den Hunger von Menschen in aller Welt zu stillen, die Versorgung mit Trinkwasser zu sichern, die Klimaveränderung einzudämmen, den Raubbau an den Naturschätzen zu stoppen. Diesen

Erfordernissen zu entsprechen, verlangt nicht nur einen hohen gesellschaftlichen Einsatz, sondern tangiert auch die eigene sekundäre Bedürfnisbefriedigung.

Nichtsdestotrotz sind die breit gefächerten Ansprüche aller Menschen legitim. Wo aber gibt es die Möglichkeit und Bereitschaft, Bedürfnissen breiter Massen der Bevölkerung dauerhaft zu entsprechen, und unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen ist das überhaupt denkbar? Nicht in einer Gesellschaft, in der Entscheidungen nur nach Kriterien der Kapitalverwertung, des Profitstrebens und nicht nach Maßstäben getroffen werden, um individuelle materielle und kulturelle sowie gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse zu stillen. Solche Bedingungen und Voraussetzungen finden sich allein in einer sozialistischen Gesellschaft. Das ist der springende Punkt.

Man muß dem Autor zugute halten, daß er seine Ansichten auf der Suche nach den Ursachen des Verfalls sozialistischer Länder in absolut aufrichtiger Absicht entwickelte. Aber er mußte zu abwegigen Ergebnissen kommen, weil er den prinzipiell unterschiedlichen Charakter von Gesellschaftsordnungen ignoriert.

Dr. Manfred Böttcher



Sensationelle Entdeckung

Die BIRTHLER-Behörde fand jetzt in einem Erzgebirgsstollen diesen monumentalen Kronleuchter, der für den Palast der Republik vorgesehen war.

Grafik: Karlheinz Effenberger

Der ehemalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher macht aus der Tatsache des Exports der Konterrevolution kein Hehl. Ihm ging es ausschließlich und erklärmaßen um die Annexion der DDR. Am 8. 11. 2004 äußerte er in einem Interview, das die „Schweriner Volkszeitung“ tags darauf brachte: „Unsere Außenpolitik war auf die Einigung Deutschlands abgestellt. Insofern waren wir gut vorbereitet. Noch im November war ich in Washington, London, Paris – und im Dezember in Moskau. Ich sprach mit den vier Staatschefs. Es ging

Abminderung des Kampfes gegen den Imperialismus und schläfernte die politische Wachsamkeit der kommunistischen Parteien ein. So gelang es den Gegnern des Sozialismus, den „Reformer“ Gorbatschow und seine Crew in der UdSSR an die Spitze zu bringen. Gleichzeitig wurde die auf Grund rücksichtsloser kolonialer Ausbeutung der Dritten Welt erreichte ökonomische Überlegenheit führender Industriemächte gegenüber der DDR und den anderen Staaten des RGW voll ausgespielt. Große Teile der Arbeiterklasse Westeuropas schlossen infolge einer

zu wenig gewürdigt werde und daß man über sie nichts in den Schulbüchern finde. Weshalb auch? Abgenutzte Werkzeuge legt man beiseite. Die DDR-„Opposition“ spielte nie einen eigenständigen Part, auch nicht in den Augen der BRD-Regierung und der Parteien im Westen. Genscher hat es ausgesprochen: Die Eroberung der DDR schreiben sich er und seinesgleichen auf die Fahne. Darum verlieh der Bonner Postminister 1991 den Rundfunk- und Fernsehanstalten der BRD mit der Begründung einen Orden, ohne ihre Tätigkeit wären die Demonstrationen in der DDR nicht möglich gewesen. Die Übernahme der Macht erfolgte bei uns anders als in der UdSSR und in Polen. Dort kamen zuerst die „Reformer“ ans Ruder und traten ihre Positionen einige Jahre danach an sich neu formierende soziale Kräfte ab. In der DDR vollzog sich die Machtübernahme direkt durch den gut organisierten Einmarsch von Beratern, Beamten, Spekulanten, Richtern, Polizisten, Geheimdienstlern und Parteikadern. Ihr Stoßkeil war die Treuhandgesellschaft, ihre Vorabteilung die DM, die schon im Juli 1990 Einzug hielt.

Zu den Besonderheiten in Deutschland gehört auch, daß sich die „Reformer“ und Revisionisten innerhalb der SED zwar seit den 70er Jahren zu formieren begannen, aber erst Ende 1989 mit dem Abtreten des ZK und dem Sonderparteitag definitiv zum Zuge kamen, so daß sie die Macht schon zwei Monate später wieder abgeben mußten. Interne Kräfte (Modrow u. a.) wurden sehr schnell wieder ausgeschaltet. Sie konnten und wollten die Annexion nicht ernsthaft aufhalten. Genscher offenbarte es: In Moskau, Washington London und Paris fielen die Würfel. Die „freien“ Wahlen dienten nur dazu, den Kollaborateuren eine Chance zu geben, sich als Türöffner der Eroberer zu formieren. Und die „freie Volkskammer“ beging mit der Auslieferung der DDR Hochverrat.

Wenn wir über Fehler unserer Führung als eines Faktors für den Sieg der Konterrevolution sprechen, so meinen wir etwas ganz anderes, als uns manche Leute einreden wollen. Ausschlaggebend war nicht der Mangel an Demokratie, waren auch nicht stümperhaft veranstaltete Wahlen, waren nicht politische oder ökonomische Unvollkommenheiten und Dummheiten. Als entscheidend erwies sich die innere Lage in allen kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder Europas. Sie gaben die Revolution auf. Nicht ohne Grund nennt Genscher Meilensteine auf diesem Weg: Er feiert den Moskauer Vertrag, den Grundlagenvertrag und Helsinki als Dokumente des Sieges über den Sozialismus. So bitter es ist: Sie sind in der Tat Etappen unserer Niederlage.

Der Partei- und Staatsführung der DDR könnten wir vorwerfen, das entweder nicht rechtzeitig erkannt oder vor uns verheimlicht zu haben. Oder, was noch wahrscheinlicher ist: Das zuungunsten des Sozialismus veränderte internationale Kräfteverhältnis ließ keine andere Wahl mehr zu. Das aber hätte nicht verschwiegen werden dürfen.

Dr. Norbert Pauligk

Wie Genscher die Katze aus dem Sack ließ

um deren Haltung zur Einheit.“ Und weiter: „Der Weg zum Fall der Mauer war länger, als es manchem heute erscheint. Geebnet haben ihn unsere (!) Politik der Entspannung mit dem Moskauer Vertrag, dem Grundlagenvertrag mit der DDR und die Schlußakte von Helsinki. So (!) wurde es möglich, daß ein Mann wie Gorbatschow als Generalsekretär seine Reformpolitik durchsetzte.“

Wir sollten daran denken, daß der Begriff Konterrevolution einen doppelten Sinn besitzt. Erstens ist die gegenläufige Aktion so alt wie die Revolution selbst. Sie beginnt zeitgleich mit deren Vorbereitung und Verlauf in Form des Widerstandes der Feinde, bewaffnet und unbewaffnet, mit Mord und Totschlag an Revolutionären, mit Brandstiftung, ideologischer Diversion und schließlich auch mit hoher Diplomatie. Ein Merkmal konterrevolutionärer Aktionen war stets die Intervention; z. B. das Eingreifen preußischer Truppen in die Französische Revolution, die Intervention von 14 kapitalistischen Staaten zugunsten der Weißen im Bürgerkrieg gegen Sowjetrußland, der Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR.

Zweitens heißt Konterrevolution erneute Machtübernahme zuvor gestürzter Klassen. Genschers Interview verweist auf beide Elemente des Umsturzes. Die „Maßnahmen“ der BRD haben eine lange Geschichte. Da die direkten Angriffe (1945 bis 1948) zur Mobilisierung faschistischer und anderer reaktionärer Kräfte in der Ostzone, der ökonomische Generalangriff mit Hilfe der 1948 erfolgten einseitigen Währungsumstellung, die Mobilisierung von Gegnern der DDR und anderen Unzufriedenen 1953 und 1956 sowie der Druck vor dem Bau der Mauer im August 1961 keinen ausreichenden Erfolg zeitigten, überwog dann das, was Genscher Entspannung nennt: die systematische Aufweichung der sozialistischen Revolution.

Das ist eine treffende Offenbarung: Der Kurs klassenindifferenten Entspannungspolitik um jeden Preis führte zur

gezielten Politik sozialer Korruption zur Arbeiteraristokratie auf, was den ideologischen Niedergang der kommunistischen Parteien beschleunigte. Der Eurokommunismus kam in Mode. Die antiimperialistische Weltbewegung verlor nach und nach ihre drei Grundpositionen: Die antikoloniale Befreiungsbewegung blieb stecken, die Arbeiterklasse der Industriestaaten wurde de facto kampfunfähig, in den sozialistischen Ländern formierten sich „Reformer“ und Revisionisten, bis sie schließlich 1985 in der UdSSR die Kontrolle übernahmen. Damit war auch das Schicksal der DDR besiegelt. Genscher sagt das ganz offen: Die DDR wurde nicht einmal gefragt. Eine Besonderheit der Konterrevolution in Deutschland bestand darin, daß das Land nicht nur klassenmäßig, sondern auch territorial gespalten war. Im größeren und reicheren Teil übte eine erfahrene, ökonomisch sehr starke Ausbeuterklasse die Macht aus. Alle Aktionen gegen die frühen Reformen in der Ostzone wurden direkt von Geheimdiensten der USA und den verschiedenen Ostbüros gelenkt. Ohne massive Anstiftung und Instruktion durch westliche Medien, Agenten und Saboteure wäre (bei allen Fehlern, die auf unser eigenes Konto gingen) der 17. Juni 1953 nicht möglich gewesen. Es war unser Glück, daß es keine koordinierte innere Führung der Streiks und Demonstrationen gab. Später arbeiteten „Bürgerrechtler“ und „Oppositionelle“ aller Spielarten (ob sie es merkten oder nicht) unter direkter Anleitung westlicher Institutionen. Herr Mothes, Chef der Schweriner „Stasi“-aufbereitungsanlage, beklagt sich bitter darüber, daß die DDR-Opposition jetzt

Am 19. November 2004 verstarb 75jährig der Veteran der Arbeiterbewegung und treue Mitstreiter im „RotFuchs“-Förderverein

Genosse Karl Heinz Buschmann

ehem. 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Oschatz.

Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen dieses beispielhaften Kommunisten.

Ist die Modernisierungstheorie inzwischen „unmodern“?

Die „Theorie moderner Gesellschaften“, kurz Modernisierungstheorie, gilt in der Soziologie als eine anerkannte Theorie zur Erklärung des gesellschaftlichen Wandels. Der Soziologe Beck spricht sogar von einer „Modernisierungssoziologie“ (Beck 1994, 27). Der Deutsche Soziologentag 1990 stand unter dem Thema „Die Modernisierung moderner Gesellschaften“. Inzwischen gibt es eine Fülle modernisierungstheoretisch fundierter sozialwissenschaftlicher Publikationen, und längst haben die Begrifflichkeiten der Modernisierungstheorie auch Einzug in die Sprache der Politik und der Wirtschaft gehalten. Von „Modernisierungserfordernissen“ und „Modernisierungszwängen“ oder von „Modernisierungsrückständen“ und notwendigen „Modernisierungsschüben“ ist die Rede. Selbst Lothar Bisky sprach kürzlich von „Modernisierungsverlierern“. Was verbirgt sich eigentlich hinter dem schillernden und oft wenig hinterfragten Begriff „Modernisierung“? Die Modernisierungstheorie wurde von dem amerikanischen Soziologen T. Parsons im Rahmen seiner strukturell-funktionalen Theorie entwickelt und orientierte sich am Modell der anscheinend erfolgreichen amerikanischen Gesellschaft der 40er und 50er Jahre. Seine Theorie enthält als Grundthese die Aussage, daß jene Gesellschaften, die sich gemäß den von ihm ausgearbeiteten Merkmalen („Universalien“) moderner Gesellschaften entwickeln, anpassungsfähiger und erfolgreicher und eben „moderner“ seien als andere Gesellschaften. Diese Modernisierungstheorie war zwar zwischenzeitlich auch ernsthafter wissenschaftlicher Kritik ausgesetzt, erhielt aber nach der Niederlage des Sozialismus in Europa erneuten Auftrieb und eine scheinbare Bestätigung. So schrieb zum Beispiel der Soziologe Digel 1993: „Das über Jahrzehnte kritisierte Konzept der Modernisierung und dessen modernisierungstheoretische Begründung ist heute attraktiver denn je. Es besteht kein Zweifel: Der Umbau der ehemals sowjetischen Gesellschaften wird unter das Programm der Modernisierung gestellt ...“ (Digel 1993). Alternativen zu Marktwirtschaft und Konkurrenzdemokratie scheinen folglich gegenstandslos geworden zu sein. Das Modell der westlichen „modernen“ Länder wird weitgehend als das erfolgreichere Gesellschaftsmodell betrachtet, dem sich die ehemals sozialistischen Länder schnellstmöglich angleichen müssen, indem sie einen „Prozeß nachholender Modernisierung“ zu durchlaufen haben. Auf der Grundlage der Theorie von Parsons hat der deutsche Soziologe W. Zapf folgende Merkmale „moderner Gesellschaften“ ausgearbeitet, die hier in der Annahme, daß nicht jeder Leser mit der „Modernisierungstheorie“ vertraut sein kann, verkürzt und zu-

nächst ohne Kommentar wiedergegeben werden sollen, um dann einige kritische Überlegungen anschließen zu können. Moderne Gesellschaften sind nach Zapf erstens marktwirtschaftlich verfaßte, also klar ausgedrückt, auf kapitalistischen Eigentums-, Produktions- und Verteilungsverhältnissen beruhende Gesellschaften. Zweitens zeichnen sich moderne Gesellschaften durch eine Konkurrenzdemokratie aus, in der bestimmte Politiker durch den Volkswillen auf bestimmte Zeit politische Macht übertragen bekommen. Drittens sind moderne Gesellschaften Wohlstandsgesellschaften, die den Bürgern einen relativ hohen Lebensstandard gewähren und in denen soziale Sicherungssysteme gegen Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter vorhanden sind. Viertens ermöglichen moderne Gesellschaften soziale Mobilität, wobei hier vordergründig die Chance des sozialen Aufstiegs gesehen wird. Fünftens gestatten moderne Gesellschaften einen Pluralismus der Wertvorstellungen und Lebensstile, und sechstens werden moderne Gesellschaften durch Individualisierung charakterisiert (Zapf 1992). Möglicherweise ruft schon die Nennung dieser Merkmale moderner Gesellschaften aufgrund ihrer Alltagserfahrungen und des Wissens um das Janusgesicht der Marktwirtschaft berechnete Einwände beim Leser hervor. Dazu später – mir geht es zunächst um den Theorieanspruch. Eine soziologische Theorie ist nach Fuchs „ein theoretisches System, das auf einer hohen Allgemeinheitsstufe gesellschaftliche Struktur-, Funktions- und Entwicklungszusammenhänge zu erklären vermag, indem es auf der Basis empirisch gesicherter Erkenntnisse funktionale und kausale Beziehungen, Regelformlichkeiten und Gesetzmäßigkeiten der Strukturbildung, Funktionsweise und Entwicklungsprozesse formuliert“. (Fuchs u. a. 1988) Eine sozialwissenschaftliche Theorie muß demnach, wenn sie ihrem Anspruch einer Theorie gerecht werden will, auf empirisch gesicherten Erkenntnissen beruhen. Eine Bedingung, die auch von der marxistischen Theorie zu Recht postuliert wird. Betrachten wir unter diesem Kriterium das Merkmal „Wohlstandsgesellschaft“. Zapf bezeichnet „Wohlstandsgesellschaft mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat“ als Grundinstitutionen moderner Gesellschaften (Zapf 1991, 34). Aber werden nicht gerade diese „Grundinstitutionen“ seit Jahren durch die neoliberale Politik beständig ausgehöhlt? Und wird nicht der „Wohlfahrtsstaat“ von der Politik und der Wirtschaft als ein Hemmnis für wirtschaftlichen Aufschwung und für Verringerung der Arbeitslosenquote angeprangert? Reale Ergebnisse dieser Politik sind unübersehbar: wachsende Arbeitslosigkeit,

zunehmende Armut, sinkende Realeinkommen, sinkende Kaufkraft bei gleichzeitig wachsenden Belastungen der Bürger durch höhere Gebühren und Ausgaben für den Lebensunterhalt, für Gesundheit und Altersvorsorge. Die Aussage, daß der Sozialstaat heute nicht mehr so wie bisher finanzierbar sei, die dem Bürger immer aufs neue gepredigt wird, erweist sich als Lüge, allein wenn man den Produktivitätszuwachs der Wirtschaft und die steigenden Gewinne der großen Unternehmen betrachtet und weiß, daß der Anteil der Sozialausgaben am Brutto sozialprodukt in den zurückliegenden Jahren relativ konstant geblieben ist (Wagenknecht 2001). So wie beim Merkmal „Wohlfahrts-gesellschaft“ würde sich bei kritischer Betrachtung auch der übrigen Merkmale zeigen, daß die Praxis deutlich anders aussieht, als diese Theorie es behauptet. So kann man angesichts von Parteiskandalen, Selbstbedienungsmentalität der Politiker, Parteienverdrossenheit und sinkender Wahlbeteiligung wohl kaum von einer funktionierenden „Konkurrenzdemokratie“, von einem gesunden politischen System in diesem Lande sprechen. Generell wäre zu fragen: Wird die „Modernisierungstheorie“ überhaupt den Ansprüchen einer Theorie gerecht? Zweifel an deren „Erklärungskraft“ äußerte u. a. Eichberg (1995). Immerhin versucht sie mit ihrer These, wonach alle Länder einen Prozeß der Modernisierung nach dem Modell der westlichen Industrieländer durchlaufen müssen, eine Gesetzmäßigkeit gesellschaftlicher Entwicklung zu formulieren und damit dem Anspruch einer theoretischen Aussage gerecht zu werden. Aber auch diese These findet gegenwärtig empirisch keine überzeugende Bestätigung. In den ehemals sozialistischen Ländern Europas kann man eher von einem Scheitern der Modernisierung sprechen (Duchrow 1994), und auch in den „modernen Gesellschaften“ selbst wird das Modernisierungskonzept durch die reale Entwicklung zunehmend infrage gestellt.

Abschließend sei angemerkt, daß der Begriff „Modernisierung“ sprachlich ebenso wie der Begriff „Reform“ positiv besetzt ist. Wer möchte schon als unmodern oder als Gegner der Modernisierung der Gesellschaft gelten? Die „Modernisierer“ kritisieren die Verteidiger des Sozialstaates folglich als „Modernisierungsverhinderer“, so zum Beispiel die Gewerkschaften mit ihrem Festhalten an Arbeitszeitvereinbarungen, Mindestlohnforderungen, Flächentarifen und Mitbestimmungsrechten. An dieser Stelle wird eigentlich deutlich, daß die Modernisierungstheorie auch die Rolle einer Ideologie übernehmen kann und als solche offensichtlich auch funktioniert, als eine wissenschaftliche Begründung des „notwendigen Umbaus“ des „Sozialstaates“, das heißt: dessen Demontage, der sich eigentlich die Vertreter dieser Theorie mit ihrer These von „Wohlstandsgesellschaft, Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat“ vehement widersetzen müßten.

Prof. Dr. Klaus Rohrberg

Im biographischen Lexikon „Wer war wer in der DDR?“ sind auch 70 Personen aufgeführt, die nach Meinung der rechtsstehenden Herausgeber maßgeblichen Anteil an der „friedlichen Revolution“ gehabt hätten. In der Tat handelt es sich um bekannte DDR-Gegner wie Gauck, Birthler, Hilsberg, Poppe, Bohley usw. Sie waren in jenen Herbsttagen im Durchschnitt 43 Jahre alt. Fast alle wurden sie nach dem Krieg geboren und sind dann in der DDR aufgewachsen. Sie kannten also die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht aus eigenem Erleben. Ihre Eltern gehörten meist dem Kleinbürgertum an. 26% waren Pfarrer, 23% Selbständige, 16% Angestellte sowie Angehörige der technischen und humanistischen Intelligenz, 11% bürgerliche Staatsdiener (Beamte, Wehrmachtsoffiziere, höhere Mitarbeiter des Forst- und Schulwesens usw.). 3% waren mit der Kirche verbundene Künstler. Nur 7% der Eltern gehörten der Arbeiterklasse an. Von 14% lagen keine Angaben vor. Lediglich 23% der Leute, die am lautesten „Wir sind das Volk“ skandierten, entstammten der Bevölkerungsmehrheit, über zwei Drittel hingegen kamen aus einem Elternhaus, bei dem man eine dem Sozialismus gegenüber ablehnende Haltung vermuten mußte. Man kann davon ausgehen, daß sie von ihm die ersten politischen Impulse bekamen und später im Antikommunismus bestärkt wurden. Das äußerte sich auch darin, daß keiner von ihnen je SED-Mitglied war. Das ist im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern ungewöhnlich, wo die „Reformer“ fast durchweg aus der „Nomenklatura“ stammten.

Betrachtet man die Berufe jener DDR-Bürger, die den Herbst 1989 „gestalteten“, dann ergibt sich: Fast alle, d. h. 90%, gehörten zu diesem Zeitpunkt der Intelligenz an. Das bedeutet, daß sie sich ungeachtet ihrer Herkunft im Arbeiter-und-Bauern-Staat gut entwickeln konnten. Das betrifft auch jene, die nach Ablehnung oder Exmatrikulation durch eine andere Hochschule Theologen wurden. Für die meisten „Dissidenten“ – 87% – verlief die Berufsausbildung reibungslos bis sehr gut. 12 von ihnen vermochten sogar zu promovieren (Theologie, Physik, Mathematik, Biologie, Geschichtswissenschaft, naturwissenschaftlich-technische Fächer). Einer brachte es bis zum Professor. Niemand mußte deshalb Mitglied der SED oder einer Blockpartei werden. Das widerlegt die Behauptung, die DDR habe ein Bildungsverbot für Angehörige kleinbürgerlicher Schichten und Menschen „weltanschaulich nichtkonformer Herkunft“ verhängt. Als Musterbeispiel hierfür mag die Entwicklung von Angela Merkel dienen: Pfarrerstochter, Oberschulbesuch, Abitur, erfolgreiches Physikstudium, anschließend Tätigkeit in der höchsten Forschungseinrichtung der DDR, Promotion. Eine glänzende Perspektive stand ihr bevor, die ihr den Respekt aller gesichert hätte. Lediglich 13% der „Herbstaktivisten“ hatten Schwierigkeiten, die sie oft selbst verursachten. Einige besaßen keine abgeschlossene Berufsausbildung, die nicht nur ein in der Verfassung verbrieftes Recht, sondern auch Pflicht (Art. 25, Abs. 4) war. Das hinderte die berufslose und von der BRD zur „Bürgerrechtlerin“ hochsti-

lisierte Ulrike Poppe nicht daran, regelmäßig anmaßende Urteile – nicht zuletzt über das DDR-Bildungswesen – abzugeben.

6% der Konterrevolutionäre galten als Arbeiter, d. h. sie hatten nur eine Berufsschule abgeschlossen. Meist versuchten sie über die Kirche mit den Angehörigen der Intelligenz gleichzuziehen. Aufschlußreich ist die Struktur des Kreises der „Bürgerrechtler“-Intelligenz. Entgegen bisherigen Annahmen überwogen hier nicht Theologen, obwohl sie mit 42% die größte Gruppe bildeten und in den Medien bis heute präsent sind. Sie besaßen häufig Kontakte zu BRD- und USA-Stellen. Sie verfügten über Netzwerke, Organisationsstrukturen, Erfahrungen im Umgang mit Bürgern und Staatsorganen usw. Die zweitgrößte Gruppe bildeten mit 34% Angehörige der mathematisch-naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Intelligenz. Sie waren politisch oft weniger gebildet und anfälliger für bürgerliche Ideologie als Gesellschaftswissenschaftler. Sie standen zumeist der Kirche nahe. Über sie gewann diese nicht nur logistische Mitarbeiter, sondern auch Multiplikatoren für die verschiedensten Bereiche des Berufslebens, in die sie bislang nicht hatte eindringen können. Bei den Gesellschaftswissenschaften (21%) handelte es sich überwiegend um Menschen, die sich aus unterschiedlichen Gründen schon lange vor 1989 auf „westliche“ Positionen begeben hatten. Mit 3% waren erfolglose und wenig bekannte Kunstschaffende vertreten.

Obwohl die meisten „Reformer“ seit Jahren verfassungswidrige und strafrelevante Ziele verfolgt hatten und auch von den Sicherheitsorganen beobachtet worden waren, wurde nur ein Viertel von ihnen für kurze Zeit inhaftiert. Die Drangsalierung durch das MfS und andere Staatsorgane gehörte bei den meisten daher zur Legende. Joachim Gauck und Marianne Birthler, die Symbole der konterrevolutionären Abrechnung mit der DDR, wurden nie festgenommen oder durch die Sicherheitsorgane verfolgt. Ihre

„historische Rolle“ spielten die „Herbstrevolutionäre“ vor allem bei der Organisierung der ersten Demonstrationen und bei gewalttätigen Angriffen auf Gebäude des MfS. Damit hatten sie die für den konterrevolutionären Umsturz und späteren Anschluß der DDR an die BRD notwendigen Vorarbeiten geleistet. Dann war ihre „Blütezeit“ beendet, was ihnen die Wähler im März 1990 mit einem Stimmenanteil von 3% bescheinigten. Das schien auch den „Bürgerrechtlern“ klar gewesen zu sein, denn viele von ihnen sahen im Anschluß an die BRD ihre Felle davon schwimmen. Jahre danach hatten nur Gauck und Birthler eine üble, Thierse und Merkel eine belächelte Berühmtheit erlangt. Einige Pfarrer brachten es zu Ministern von Landesregierungen.

Zu bedeutenden politischen Ämtern gelangten dann Leute, die erst um die Jahreswende 1989/90 dazugestoßen waren und ihre persönliche Chance gewittert hatten. Sie schienen dem Westen für die Aufgaben der Rückwende geeigneter zu sein. Die meisten der kleinbürgerlichen Konterrevolutionäre kamen nach 1990 auch deshalb nicht zum Zuge, weil nur wenige ausgewiesene Fachleute waren. Die meisten der Fähigen hatten es vorgezogen, sich aus verschiedenen Gründen in fragwürdige politische Abenteuer zu stürzen statt sich beruflich zu profilieren. Zudem verfügte – außer Prof. Jens Reich – keiner von ihnen über die Erfahrungen eines staatlichen Leiters. Selbst mit den Theologen konnte man auf Dauer in einer mehrheitlich zum Atheismus neigenden ostdeutschen Bevölkerung keinen Staat machen. Die meisten wurden daher mit kleinen oder Ruheposten im Bundestag abgespeist und dienen heute vor allem dazu, bei passender Gelegenheit die DDR zu verteufeln und den rabiaten Sozialabbau zu verklären. Insofern haben sie ihre politische Rolle geändert. Sie waren vor 1989 Handlanger fremder und volksfeindlicher Interessen und sind das in etlichen Fällen auch heute.

Dr. Bernhard Majorow

Was ist die MLPD?

Obwohl erst 1982 unter diesem Namen gegründet, reichen ihre Ursprünge ins Jahr 1968 zurück, als mit der KPD/ML die erste der sogenannten K-Gruppen gegründet wurde. Führende Köpfe waren Ernst Aust und kurzzeitig Willi Dickhut, der nach Auseinandersetzungen 1972 den KABD (Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands) gründete, aus dem dann die MLPD hervorging. Beide, Aust und Dickhut, waren Funktionäre der illegalen KPD (Dickhut wurde Mitte der 60er Jahre ausgeschlossen), die die Neukonstituierung der DKP (1968) ablehnten und sich in der „Polemik über die Generallinie“ zwischen der UdSSR und der VR China auf die Seite Pekings stellten. War bereits die Legitimität der Geburtsurkunde der „ML“-Parteien in der Abgrenzung von der „revisionistischen Moskauer Linie“ begründet, so schätzte die MLPD heute die UdSSR (nach 1956) und die DDR als Staaten ein, in denen ein „bürokratischer Kapitalismus“ geherrscht habe. Folgerichtig hat sie die Konterrevolution 1989 als Befreiung der Arbeiterklasse gefeiert.

Während die herrschende Klasse auf ihre Weise sehr wohl begriffen hat, daß der reale Sozialismus Bestandteil der Bewegung war und ist, die das Verhältnis der Ausbeutung aufhebt, und alles, was sich positiv auf ihn bezieht, unerbittlich bekämpft, bedienen Gruppierungen wie die MLPD die Möglichkeit, für einen „echten“ Sozialismus zu sein, ohne mit dem antikommunistischen Grundkonsens unserer Gesellschaft brechen zu müssen. Ob dieser Flankenschutz für den Kapitalismus auf eigene Rechnung oder auf Rechnung anderer gewährt wird, bleibt dem Urteil derer überlassen, die das Treiben der MLPD seit langem beobachten.

hd. (nach „Berliner Anstoß“)

Eine „Agitatorin“ in der Lüneburger Heide

Prof. Gert Wendelborn sagte im Interview mit Wolfgang Mäder (RF Nr. 82, Nov. 2004): „Viele Bürger der DDR haben sich (1989/90 – d. A.) sehr naiv verhalten. Sie hätten es besser wissen müssen. Sie haben sich das, was sie täglich erlebten, als Propaganda weismachen lassen und sind dabei selbst auf die Propaganda der anderen Seite hereingefallen. Sie verfielen dem Irrtum, daß Glanz und Flitter des Kapitalismus zu dem hinzukämen, was sie in der DDR hatten ...“ Dem ist voll zuzustimmen. Ich möchte ein Beispiel aus dem eigenen Erlebnisbereich hinzufügen.

Nach dem Anschluß der DDR an die BRD wollten meine Frau und ich Deutschland kennenlernen. Im Sommer 1992 hatten wir uns als Reiseziel die Lüneburger Heide ausgesucht. An einem der Urlaubstage mieteten wir am Rande des Naturschutzparks ein Gefährt und ließen uns von einer Bäuerin für 50 DM eine Stunde lang durch die Heide kutschieren. Als sie erfuhr, daß wir „Ossis“ seien, und daß ich in der Landwirtschaft gearbeitet hätte, ergoß sich ein nicht enden wollender Redestrom mit Vorwürfen über uns. Nicht etwa böse, sondern belehrend darüber, wie dumm doch die Genossenschaftsbauern in der DDR gewesen seien, weil sie sich das Gesellschaftssystem der BRD hätten überstülpen lassen. Sie erzählte uns, daß sie viele Bekannte in der DDR besäße, die sie oft besucht habe. Sie hätte den Bauern immer gesagt, wie gut es ihnen gegangen sei, verglichen mit ihrem eigenen Leben. Dann wurden wir anhand von Beispielen „überzeugt“.

Die Genossenschaftsbauern hätten ihre geregelte Arbeitszeit gehabt und sich auf bestimmten Gebieten spezialisieren können. Die Kinderbetreuung sei organisiert und auch die Versorgung in der LPG-Küche gut und preiswert gewesen. Für sie aber habe der Tag um 3.30 Uhr im Stall begonnen. Weiter sei es im Sommer auf dem Feld und dann abends wieder im Stall gegangen. Bei Bedarf mußten an Sonn- und Feiertagen auch noch Urlauber durch die Heide gefahren werden. Nebenbei war der Haushalt zu versorgen. Um den Absatz seiner Produkte habe sich in der DDR kein Genossenschaftsbauer sorgen müssen. Vom Staat seien feste Preise garantiert worden. Diese hätten ab Hof ohne Rücksicht auf die Entfernung des Betriebes vom Verbraucher gegolten. Die Bauern in der Lüneburger Heide wären einem ständigen Ringen mit den Aufkäufern um angemessene Preise ausgesetzt. Die Lieferanten von Saatgut, Düngemitteln und Futter stellten Bedingungen, wobei sie mit den Abnehmern (Schlachthof, Molkerei usw.) zusammenarbeiteten. Bei der Aussaat im Frühjahr habe man in der Regel nicht gewußt, ob man die Erzeugnisse am Ende loswerden könne. Vom Preis ganz zu schweigen. Während jedes Mitglied in der Genossenschaft seinen festen Aufgabenbereich gehabt habe und nach getaner Arbeit

über seine Freizeit verfügen konnte, sei zwischen ihr und ihrem Mann abends oft Streit entstanden, da sie der ganze Bürokratismus aufgefressen habe oder weil die Ausgaben wieder mal die Einnahmen überstiegen hätten.

Jeder Genossenschaftsbauer habe das Recht auf Urlaub besessen. Er mußte sich während seiner Abwesenheit keine Sorgen ums Vieh machen. Abgesehen von kleinen Streitereien zwischen Nachbarn, die es überall gebe, sei die Dorfgemeinschaft intakt gewesen. Fast jeder habe jedem geholfen, wenn Not am Mann gewesen sei. Wenn ihre Familie hingegen einmal habe verreisen wollen, sei bei der Bauernvereinigung eine Aushilfe bestellt worden, die nicht viel billiger gewesen sei als der Urlaub selbst. Niemand kümmere sich um den anderen. Nachbarschaftliche Hilfe gebe es nur vereinzelt.

Obwohl viele Genossenschaftsbauern ein Auto ihr eigen genannt hätten, wären von ihnen lange Wartezeiten und die schlechtere Qualität der Fahrzeuge gegenüber den Westautos bemängelt worden.

Ein anderes Ärgernis sei stets die nicht vorhandene Reisefreiheit in den Westen gewesen.

Das möge ja zutreffen, sagte uns die „Agitatorin“ aus der Lüneburger Heide. Aber was nütze ihr ein schönes Auto in der Garage, wenn sie keine Zeit habe, es zu fahren? Ähnlich verhalte es sich doch mit der angeblichen Reisefreiheit. Natürlich könne der Bundesbürger in jedes Land der Welt fliegen. Nutzen bringe diese Freiheit aber nur dem, der entsprechende Mittel besitze und sich keine Sorgen um seinen Hof machen müsse.

Die Frau auf dem Kutschbock konnte einfach nicht begreifen, daß viele Genossenschaftsbauern der DDR diese Unterschiede „übersehen“ und die CDU gewählt hätten.

Die Fahrt verging wie im Fluge. Im besten Einvernehmen verabschiedeten wir uns von der Bäuerin. Die unerwartete Diskussion, in die wir verstrickt worden waren, ließ uns tagelang nicht los.

Dr. Manfred Graichen

Sparsam mit der Wahrheit

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Finanzexperte Dietrich Austermann (Austerity heißt im Englischen u. a. Sparsamkeit) hat unserem Autor Hans Horn (E-Mail-Name Haha) auf dessen Fragen eine erschöpfende Antwort zuteil werden lassen. Laut Austermann gibt es BRD, wo die CDU offenbar den Platz der VVN eingenommen hat, weder die SS-Hilfsorganisation HIAG noch die „Freien Kameradschafter“ faschistischer Totschläger, noch NPD, DVU und REPs.

Und das Bundesverfassungsgericht, das selbst Schilys schüchternen Verbotsantrag gegen die NPD wegen deren richtunggebender Unterwanderung durch V-Leute des Verfassungsschutzes vorsorglich niederschlug, steht im antifaschistischen Abwehrkampf in vorderster Reihe. Bravo!

Aus Anlaß der 72. Wiederkehr des „Tags der Machtergreifung“ der Hitleristen weihen wir unsere Leser in den sparsamen Umgang des Herrn Austermann mit der Wahrheit ein.

Sehr geehrter Herr Haha,

die CDU wurde 1946 gegründet. Erster Bundeskanzler war ein ausgewiesener Demokrat, der von den Nazis aus dem Amt gedrängt wurde. Die Partei hat ihre Wurzeln vor allem im Widerstand gegen das Naziregime.

In der DDR hingegen wurde eine Fülle von alten Nazis bis hin in Regierungsposten übernommen. Der Altkommunist Wehner hat nachweislich Verbindungen in Richtung Osten gepflegt. Auch heute noch sitzen viele Stasi-Knechte (wieder) an entscheidenden Positionen.

Es gibt keine zugelassenen Nazi-Kameradschaften oder SS-Traditionsvereine. Rechtsextreme werden bis zum Bundesverfassungsgericht bekämpft.

Mit freundlichen Grüßen

Dietrich Austermann (MdB)

1. 11. 2004

Bitte beachten!

Da uns die Post ab sofort über Adressenänderungen nicht mehr unterrichtet, bitten wir dringend darum, geplante Umzüge rechtzeitig dem RF-Vertrieb mitzuteilen.

Mit Freude und tief bewegt habe ich die Würdigung von Max Matern durch Günter Freyer im „RotFuchs“ Nr. 82 (November 2004) gelesen und mich eigener Recherchen zum sogenannten „Bülowlplatz-Prozeß“ erinnert.

Wie Max Matern war auch Erich Wichert, von 1957 bis 1974 Leiter der Bezirksverwaltung Berlin des MfS, einst Angehöriger des Parteilbstschutzes der KPD und zur Sicherung des Karl-Liebknecht-Hauses eingesetzt. Er wurde ebenfalls von der Nazi-Justiz 1934 vor Gericht gestellt und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Dem politischen Prozeß vor dem Schwurgericht in Berlin-Moabit, der vom 4. bis 20. Juni 1934 stattfand, wurden Ereignisse auf dem Bülowlplatz am 9. August 1931 zugrunde gelegt.

Vor diesem Gericht standen Albert Kuntz, Kandidat des ZK der KPD und 2. Sekretär der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, sowie 14 Angehörige des Parteilbstschutzes der KPD. Das waren neben dem Hauptangeklagten Willi Balzer, Friedrich Broede, Johannes Broll, Max Holz, Michael Klause, Rudolf Konrad, Hildegard Matern, Max Matern, Walter Sasse, Wilhelm Schünke, Max Thunert, Berthold Werner, Erich Wiechert und Bernhard Zachow. Angeklagt waren 25 Kommunisten, 11 konnten sich dem Zugriff der Faschisten rechtzeitig entziehen.

Was war am 9. August 1931 geschehen? Die KPD hatte die Berliner Arbeiter aufgefordert, sich am Abend auf dem Bülowlplatz vor dem Sitz des Zentralkomitees zu versammeln, um die Bekanntgabe der Resultate des Volksentscheides gegen die Braun-Severing-Regierung, der an diesem Tage stattfand, entgegenzunehmen. Die sozialdemokratische Polizeiführung hatte diese Kundgebung im letzten Augenblick verboten, und als sich viele Hunderte zu versammeln begannen, fuhren Einsatzwagen vor. Mit Karabinern und Gummiknüppeln wurde der Platz geräumt. In dem entstehenden Tumult fielen Schüsse, in deren Folge die Polizeihauptleute Anlauf und Lenk getötet wurden und der Polizei-Oberwachmeister Willig schwer verwundet wurde. Angehörige des Parteilbstschutzes bezichtigte man der Tat.

Über den Prozeß in Berlin berichtete u. a. die in Basel herausgegebene „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung“ 1934 in mehreren Artikeln, in denen sich folgende Aussagen finden: Nachdem 1931 am Abend der Tat und in den folgenden Wochen nicht ein einziger Beteiligter verhaftet werden konnte, sollte drei Jahre später durch die Gestapo aufgeklärt werden, wer in dieser dunklen, regnerischen Nacht an der Schießerei teilgenommen hat. Mit dem Prozeß gegen Albert Kuntz und die ehemaligen Angehörigen des Parteilbstschutzes der KPD sollte bewiesen werden, daß die Führung der KPD Terror-

akte befohlen und organisiert hat, die u. a. durch Angehörige des Parteilbstschutzes ausgeführt wurden. („Rundschau“ Nr. 28)

Unter der Überschrift „Die Generalprobe des Thälmann-Prozesses“ schrieb die „Rundschau“ (Nr. 36): In dem Prozeß gegen Albert Kuntz und Genossen richtet sich die Anklage nicht gegen Täter, von denen in der Anklageschrift ausdrücklich gesagt wird, daß sie nach dem Ausland entkommen sind, auch nicht gegen die Teilnehmer am „Überfall“, sondern gegen den politisch verantwortlichen Funktionär, gegen das Mitglied der Berliner Bezirksleitung.

faschistische Provokation handelte, um die KPD in der Öffentlichkeit zu diffamieren, Damals wagte es auch keine Polizei- oder Justizstelle, eine kommunistische Parteiorganisation wegen dieser Tat zu beschuldigen.

Auf Anregung des Weltkomitees zur Verteidigung der Opfer des Hitlerfaschismus hatte sich in Paris ein Untersuchungsausschuß zur Aufdeckung und Verhinderung von Greueln in Hitlerdeutschland mit dem Bülowlplatz-Prozeß beschäftigt. Er tagte zur gleichen Zeit, als in Berlin der Prozeß lief, in Permanenz. Dem Untersuchungsausschuß gehörten zahlreiche Pariser Rechtsanwälte an. Er ist im Juni

Bülowlplatz-Prozeß

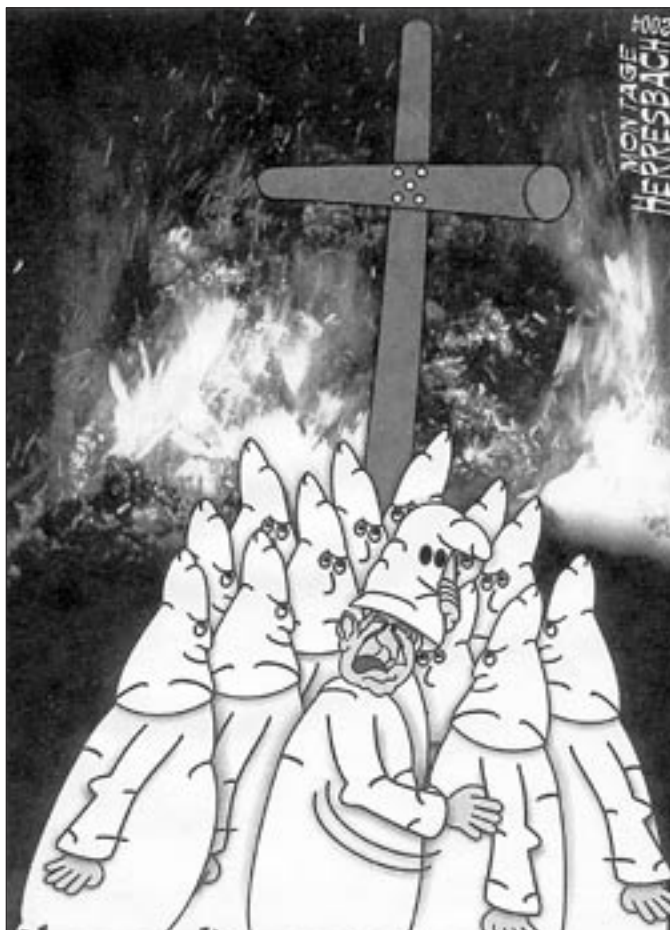
An anderer Stelle (Nr. 28) findet sich folgende Aussage: Es war gar nicht erstaunlich, daß sich ... impulsive Arbeiter fanden, die entgegen den Warnungen der KPD vor Methoden des individuellen Terrors zur Waffe griffen, um ... ein Exempel zu statuieren. Die KPD hat gerade damals die Arbeiter davor gewarnt, sich von den berechtigten Gefühlen des Hasses und der Erbitterung zu unzweckmäßigen Einzelaktionen hinreißen zu lassen, die unter den gegebenen Kampfbedingungen die Massenaktion, die einzig wirksame Waffe gegen den Faschismus, nicht stärken, sondern schwächen. Andererseits ist nicht auszuschließen, daß es sich um eine

1934 mehrfach zusammengetreten, hat sechs Zeugen vernommen und sieben schriftliche Zeugenaussagen geprüft, einstimmig einen zusammenfassenden Bericht bestätigt. In den Schlußfolgerungen des Berichts heißt es u. a.: Es ist keinesfalls erwiesen, daß ... die Kugeln, die die Polizeibeamten trafen, nicht von der Polizei selbst abgefeuert worden sind. Die Kommission hat mit Überraschung festgestellt, daß die Anklage sich nicht die Mühe machte, die Ergebnisse der Obduktion bekanntzugeben, und daß keine Angaben über das Kaliber der tödlichen Kugeln vorlagen. Dagegen ist übereinstimmend durch Zeugenaussagen geklärt

worden, daß die Polizei von allen Seiten Revolverschüsse abgegeben hat, die einerseits zahlreiche Arbeiter verwundet und getötet, andererseits die Fenster und Mauern des Karl-Liebknecht-Hauses durchlöchert haben ... In den Verhandlungen des Prozesses wurde eine ganze Reihe Polizeioffiziere vernommen. Die Aussage des seinerzeit verwundeten Polizeiobersten (Major) Valetta, Leiter der Polizei-Inspektion Alexanderplatz, ergab, daß die Polizei die Attacke auf die Arbeiter eröffnete. Erst im Verlauf dieser Angriffe konnten bisher Unbekannte in Notwehr Schüsse abgegeben haben. Wider Willen entlastete er damit die Angeklagten. („Rundschau“ Nr. 37)

Das Verfahren gegen Albert Kuntz wurde eingestellt. Trotz der Haltlosigkeit der Anklage wurden elf seiner Genossen verurteilt – Friedrich Broede, Michael Klause und Max Matern zum Tode, acht Mitglieder des Selbstschutzes zu langjährigen Freiheitsstrafen.

Hans-Peter Wokittel



Aus der Geschichte wissen wir, daß die Rassentrennung in den USA auch nach ihrer Streichung aus der Verfassung weiterbestand. Sie zurückzudrängen erforderte harte Kämpfe. Davon zeugen blutige Opfer wie Martin Luther King; unsterblicher Blues singt davon wie Nina Simones Fluch auf Mississippi und Alabama, wo Hunderte auf sie gehetzt werden, und Billie Holiday Anklage der „Fremden Frucht“, die über die Opfer der Lynchjustiz berichtet, welche von den Pappeln des Südens hängen.

Das Grundgesetz der BRD stellt alle Menschen gleich und auch jene Verfassung der EU, die am 29. 10. 04 von ihren Staats- und Regierungschefs verabschiedet wurde, tut das. Doch in diesem Land werden Menschen per Gesetz ungleich gemacht, ausgegrenzt, entwürdigt: Jene,

Innenminister Schily weiter, der daraus seine Gesetzesvorlage zu erarbeiten hatte. Zu Flüchtlingen enthielt der Kommissionsbericht keine Aussagen außer der, daß sie nur Probleme bereiteten. Andererseits brauchen wir uns deshalb hier nicht mit jenem Teil des neuen Gesetz zu befassen, der von „erwünschter Zuwanderung“ handelt; er läßt sich mit einem Satz umreißen, der vom bayerischen Innenminister Beckstein stammt: „Mehr von denen, die uns nutzen, als denen, die uns ausnutzen ...“ Illusionen, die es bei Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen gab, wurden im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens radikal zerstört. Das „Zuwanderungsgesetz“ ist eine komplizierte, schwer zu durchschauende Neufassung der gesamten Ausländergesetzgebung. Der ebenso schwierige wie schwammige Text mit un-

Was die Durchführung der Asylverfahren angeht, so werden die „gestraft“, heißt: verkürzt. Dabei besitzt das Bundesamt nun mehr Kompetenzen, die Verwaltungsgerichte haben weniger. Diese werden vom Gesetz darauf hingewiesen, sich auf Verfahrensfehler des Bundesamtes zu konzentrieren und sich nicht so sehr mit den Tatsachen, d. h. den Fluchtgründen, aufzuhalten. Es ist bisher überhaupt nicht absehbar, ob das in der Praxis auf die Abschaffung einer zweitinstanzlichen Tatsachenprüfung hinausläuft. Im weiteren bleibt nach Ablehnung eines Asylantrags zwar ein Folgeantrag möglich, doch ist der nur dann noch mit Schutz vor Abschiebung verbunden, wenn zugleich ein Gericht eine einstweilige Verfügung erläßt.

Der vielleicht finsterste Punkt des neuen Gesetzes betrifft die „Nachfluchtgründe“. Sie werden nun nicht mehr anerkannt. Das bedeutet, daß exilpolitische Aktivität, die bisher als ein Asylgrund galt, nun eine Gefährdung ist. Welche Auswirkungen das auf Oppositions-, Widerstands- und Befreiungsbewegungen haben dürfte, die hier arbeiten, wird von uns, unserer Solidarität abhängen und erhöhte Anforderungen an uns stellen.

Wer trotz aller Abriegelungsmaßnahmen, Flughafen- und Grenzkontrollen doch in die BRD gelangt und tatsächlich eine „Duldung“ erhält, wird nun in zwei Kategorien eingeteilt: jene, die nicht ausreisen können, z. B. weil ihre Heimat von Krieg verheert wird, und jene „die nicht wollen“. Wer zu welcher Kategorie gehört, entscheidet die zuständige Ausländerbehörde, deren Handeln nun durch die Aufweichung bisher eindeutiger Bestimmungen die Zielstellung „Abschieben“ erleichtert. Verbunden sein wird dies mit der Ausweitung jener „Ausreisezentren“ genannten Internierungslager, wo die Flüchtlinge mit Streichung des Unterhalts, Razzien, Verhören usw. zur „freiwilligen Ausreise“ gepreßt werden ...

Es besteht kein Zweifel, daß dieses Gesetz – auch und gerade in Verbindung mit Schilys Wirken auf EU-Ebene, z. B. seinen Plänen zum Lagerbau in Nordafrika – ein Gesetz zur Verhinderung von Zuwanderung ist, wie einige seiner Gegner es denn auch nennen; ein sumpfiger Paragraphendschlingel, um unerwünschte Ausländer, Flüchtlinge, Oppositionelle von der BRD fernzuhalten oder sie auszuweisen. Es wird von uns abhängen, ob der imperialistische Staat seine Interpretation dieses angeblichen „Zuwanderungsgesetzes“ durchbringt, oder ob unser Widerstand, unsere Entschlossenheit und sicher auch unsere Schlaueit seiner Macht Grenzen setzen. **Werner Hoppe**

Ein „Zuwanderungsgesetz“ gegen Zuwanderer

die keinen Paß der BRD oder der EU haben und hierher als Flüchtlinge kamen. Artikel 16, Absatz 2, Satz 2 des GG sagte einmal schlicht: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Punkt. Und Artikel 23, Abs. 3 der DDR-Verfassung vom 7. 10. 1974 ermöglichte „Bürgern anderer Staaten oder Staatenlosen Asyl, wenn sie wegen politischer, wissenschaftlicher oder kultureller Tätigkeit zur Verteidigung des Friedens, der Demokratie, der Interessen des werktätigen Volkes oder wegen ihrer Teilnahme am sozialen und nationalen Befreiungskampf verfolgt werden.“ Von dieser politisch konkreteren Asylbestimmung, die z. B. UCK-Terroristen, Ustascha-Faschisten und ähnliche, die in Westdeutschland als „verfolgt“ betrachtet wurden, ausgeschlossen hätte – übernahm das neue Großdeutschland 1990 natürlich nichts. Statt dessen wurde 1993 das BRD-Asylrecht extrem verschärft, insbesondere durch ein ganzes Instrumentarium von Sondergesetzen. Und am 1. Januar 2005 tritt nun ein Gesetz in Kraft, mit dem dieser Prozeß schleicher Beseitigung des Asylrechts aus Artikel 16 weiter vorangetrieben wird.

Die offizielle Bezeichnung des Paragraphenwerks lautet „Gesetz zur Begrenzung und Steuerung von Migration in Deutschland“. Bekannt wurde es als „Zuwanderungsgesetz“, dessen Notwendigkeit vor etwa fünf Jahren aus Wirtschaftsinteressen erkannt wurde: In bestimmten Bereichen, etwa der Mikroelektronik, zeichnete sich ein Mangel an Spezialisten ab; nachdem ihre Okkupation die DDR als Abwerbezentrums beseitigt hatte, sollte er nun durch die Anwerbung von Ausländern abgewendet werden. Dafür mußte ein legaler Rahmen her. Eine von Rita Süßmuth präsierte Kommission stellte fest, daß die BRD Einwanderung braucht. Sie leitete entsprechende Vorgaben an

genauen Ausführungsbestimmungen und großen Interpretationsspielräumen stellt selbst Rechtsanwälte vor ein Rätsel und ermöglicht Willkür der Behörden. Eine Besonderheit, die die zu seinem Auftreten nun auch von jeglicher demokratischen Kontrolle „befreite“ passende Macht schafft, hat Schily für sich selbst ersonnen: Der Bundesinnenminister dekretiert, ob Flüchtlinge arbeiten dürfen oder nicht! Auch in anderen Punkten ist das Gesetz so gefaßt, daß es entsprechend der jeweiligen politisch-ökonomischen Lage „flexibel gehandhabt“ werden kann.

§1 des Gesetzes verpflichtet Ausländer – natürlich auf eigene Kosten –, an einem 600 Stunden umfassenden Deutsch- und einem 30stündigen Orientierungskurs teilzunehmen. Wer das nicht bzw. „nicht ordnungsgemäß“ tut, kann abgeschoben werden. Beibehalten werden die menschenverachtende „Residenzpflicht“, die Unterbringung in Lagern und der Ausschluß vom Bezug der üblichen Sozialhilfe. Letzteres wurde sogar dahin verschärft, daß Flüchtlinge so lange ein Drittel weniger erhalten, wie ihr Asylverfahren läuft – eine Kürzung, die es bisher nur für drei Jahre gab. Auch die medizinische Versorgung bleibt auf das Minimalste beschränkt; was in der Praxis heißt, daß Schmerzmittelchen verteilt werden statt einer Operation, die das Leiden beheben könnte ...

Eine dauerhafte Anerkennung wird es für Flüchtlinge nicht mehr geben; sie werden nun alle drei Jahre „überprüft“. Für die zahlreichen „Geduldeten“, die z. T. seit vielen Jahren hier in einem unsicheren Status leben, wurde keine „Altfallregelung“ geschaffen, mit der ihnen Bleiberecht gewährt wird (wie es z. B. in Spanien getan wurde, auch für bis dahin „illegale“).

Ab März 2005 ändert sich das RF-Konto.

Die neue Kontonummer wird in der März-Ausgabe mitgeteilt.

Danach bitte Daueraufträge unbedingt ändern und Überweisungen nur noch auf das neue Konto vornehmen.

Wie sie das Recht auf Nichteinmischung leugnen

Am 27. Januar werden etliche prominente Bundespolitiker anlässlich des von Roman Herzog proklamierten „Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus“ hehre Reden halten, sich aber wohl kaum seiner mahnenden Worte besinnen: „Die Erinnerung darf nicht enden; sie muß auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen.“

Erinnerung! Am 1. September 1939 machte das Organ für die Reichshauptstadt, der „Berliner Lokalanzeiger“, mit der Schlagzeile auf: „Polen lehnt Frieden ab“ und setzte das Kriegsziel hinzu: „Rückgabe Danzigs – Volksabstimmung im Korridorgebiet“. Noch am Tag des Überfalls auf Polen verkündete Hitler: „Ich bin dabei entschlossen, so lange zu kämpfen, bis entweder die derzeitige polnische Regierung dazu geneigt ist, diese Änderung herzustellen, oder bis eine andere Regierung dazu bereit ist.“

Was unterscheidet eigentlich bestimmte Positionen der BRD-Politik vom völkerrechtswidrigen Treiben der bis 1945 in Deutschland am Ruder Befindlichen? So erklärte z. B. der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ex-Staatsminister Ludger Volmer: „Wir Europäer sind mittlerweile so nahe zusammengerückt, daß dieses absolute Recht oder diese absolute Regel, daß man sich nicht einmischen darf in die sogenannten inneren Angelegenheiten, in der Kraßheit nicht mehr gilt. (...) Putin hat bisher nicht so reagiert, wie wir es gerne gehabt hätten.“ (info-Radio. 26. 11. 04) Auch der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, der Sozialdemokrat Hans-Ulrich Klose, plädiert für Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates, der Ukraine: „Es könnte zum Beispiel,

wenn es zu Gewalttätigkeiten kommt, erhebliche Flüchtlingsströme geben. Deshalb ist die EU veranlaßt, sich da einzumischen.“ (info-Radio, 24. 11. 04)

Als sich 1949 in der BRD abzeichnete, welche aggressive Militärstrategie dem westdeutschen Staat von den USA zugedacht worden war, schrieb der bekannte Publizist Alfred Kantorowicz in der „Weltbühne“ einen Artikel unter der Überschrift „Atlantik-Pakt – Vorstufe zur Pax Americana“. Darin hieß es: „Die Redensart von der Gleichheit aller Völker muß ersetzt werden durch den Führungsanspruch der Vereinigten Staaten. Gleichzeitig muß der Doktrin von der ‚Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker‘ abgeschworen werden. Je deutlicher das gesagt wird, desto wirksamer wird die eventuell notwendig werdende Intervention sein.“ Wie formulierte doch Adolf Hitler in seinem Standardwerk „Mein Kampf“? „Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“ Sein ideologischer Strategie Alfred Rosenberg wurde am Tag des Überfalls auf die Sowjetunion noch deutlicher: „Die Aufgabe unserer Politik scheint mir deshalb in der Richtung zu liegen, die Freiheitsbestrebungen aller dieser Völker in einer klugen und zielsicheren Form wieder aufzugreifen und sie in ganz bestimmte staatliche Form zu bringen, d. h. aus dem Riesenteritorium der Sowjetunion Staatsgebilde organisch herauszuschneiden und gegen Moskau aufzubauen, um das Deutsche Reich für kommende Jahrhunderte von dem östlichen Alpdruck zu befreien.“

Hitler dachte nach dem Überfall auf die UdSSR bereits an eine „Großraum-

ordnung“. Was aber ist die Europäische Union?

Gegenwärtig betreiben die Massenmedien ein solches Spiel hinsichtlich der Ukraine, wie es Hitler vorausgesagt hat: „Der Sieg einer Idee wird um so eher möglich sein, je umfassender die Propaganda die Menschen in ihrer Gesamtheit bearbeitet hat und je ausschließlicher, straffer und fester die Organisation ist, die den Kampf praktisch durchführt.“ Unermüdlich reden sie in den Massenmedien von Wahlmanipulationen, doch keiner der Moderatoren hinterfragt oder belegt den in die Welt gesetzten Verdacht. Hingegen zeigen sie deutlich, daß hier eine strategisch geplante Revolte angezettelt worden ist. Wer bezahlte all das Orangefarbene? Wer stellte die einheitlichen Zelte zur Verfügung? Die Mehrzahl der Journalisten und Moderatoren beweist, daß sie genau wie zu Adolfs Zeiten „willige Vollstrecker“ einer gewollten Massenpropaganda sind. Seltsam. Der Kriegsschauplatz in Irak, wo amerikanische Bomber weiterhin täglich Zivilisten töten, existiert zur Zeit fast nicht.

Man wird im ersten Monat des neuen Jahres auch an den 30. Januar denken. Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Walter Momper, gab anlässlich des 70. Jahrestages der „Machtergreifung“ eine Erklärung ab und mahnte: „Wir dürfen aber nicht vergessen: Keine historische Entwicklung wiederholt sich so, wie sie schon einmal dahergekommen ist. Die Gefahren, die unserer Demokratie drohen, können durchaus in anderer Gestalt einherkommen.“ In diesem Falle muß man ihm beipflichten. Nicht zuletzt zeigt die „Schlacht um die Ukraine“, wo faschistoide Kräfte an die Macht drängen, das ganze Maß dieser Gefahr.

Hans Horn



Hans Heinz Holz in Rostock zu Gast



Fotos: Armin Neumann



Ist der Marxismus überholt? Zu diesem Thema sprach Prof. Hans Heinz Holz im Rostocker „RotFuchs“-Kessel vor über 80 Zuhörern.

Auch wenn die Abstände zwischen meinen Besuchen in China nicht allzu lang sind, fällt mir immer wieder auf, welche bemerkenswerten Veränderungen sich in nur sehr kurzen Zeiträumen vollziehen. Am Ende des jüngsten Aufenthalts mit einer Reisegruppe von Touristik und Kontakt International (tuk) stellten mehrere Teilnehmer fest: Wir wußten ja um die schnelle Entwicklung des Landes, aber einen so gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung hätten wir nicht vermutet. Die „trockene“ Zahl, daß in den ersten drei Quartalen 2004 das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorjahreszeitraum abermals um 9,5 % gestiegen ist, wird lebendig, wenn man die Dinge mit offenen Augen betrachtet. So teilte unser Reiseleiter nach der Landung auf dem neuen Flughafen in Guangzhou (Kanton) mit, dieser sei erst im laufenden Jahr eingeweiht worden. Es handle sich übrigens um den größten Airport Asiens. Hier entwickle sich ein Zentrum des Luftverkehrs für die gesamte Region. Die Stadt vermittelt ein Bild

Zahlreiche neue Wohnviertel entstanden anstelle der alten Behausungen. Auf einer Busfahrt in die Umgebung von Guilin besuchten wir im letzten Jahr ein kleines Dorf, dessen Bewohner hauptsächlich Gemüse für die Stadt anbauen. Eine Familie war gerade dabei, sich ein neues Haus zu bauen. Im Rohbau war es schon zu erkennen. Die Hausfrau, die in der Regel das Gemüse in der Stadt verkauft, war an diesem Tage dabei, ihrem Mann beim Mauern zu helfen. Sie zeigte uns ihr bisheriges Zuhause, ein ebenerdiges Gebäude mit sicher hundertjähriger Geschichte: ein großer Wohnraum mit kleinen Hockern, einem Tisch, zwei Schränkchen und einem Familienaltar sowie einem Fernseher. Nebenan befand sich die Küche. Wir hatten damals ein Foto gemacht und brachten es jetzt der Familie mit. Es war nur die Mutter der Hausfrau anwesend. Sie freute sich, aus der Hand von völlig Fremden ein Bild ihrer Kinder zu erhalten, und zeigte uns stolz das nun fertige Domizil. Es ist nach

Wir kamen auf die Geschehnisse zu sprechen, die sich 1989 auf dem Tian-An-Men-Platz zugetragen hatten, auf die verleumderischen Behauptungen der bürgerlichen Presse, hier habe ein Massaker stattgefunden. Augenzeugen berichteten uns indes, daß es das nicht gegeben habe. In den letzten Jahren konnten wir selbst hinreichend Erfahrungen mit Konterrevolutionen und konterrevolutionären Versuchen sammeln. War das Schicksal der Sowjetunion nicht auch Volkschina zgedacht? Wenn man bedenkt, daß die damalige Zusammenrottung auf dem Tian An Men von der gegnerischen Propaganda als „Demokratiebewegung“ bezeichnet wurde, ist es wohl nicht abwegig, auch über Zusammenhänge, zeitliche und inhaltliche, nachzudenken. Zumal in den letzten Jahren von den Akteuren immer weniger Zurückhaltung an den Tag gelegt wird, wenn sie über ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten mit dem Ziel der Restauration der früheren Verhältnisse prahlen. In den Dokumenten der KP Chinas wird nicht ohne Grund immer wieder zur Wachsamkeit gegenüber westlichen Absichten aufgerufen, das sozialistische System im Lande zu zerstören.

Das zweite Halbjahr 2004 war in unserem Gastland durch eine umfassende Diskussion zu Grundfragen der Politik der Kommunistischen Partei Chinas geprägt. Den Ausgangspunkt bildete der 100. Geburtstag Deng Xiaopings, des Theoretikers und Praktikers der strategischen Kurskorrektur von 1978, der Beendigung der Kulturrevolution und der Hinwendung zur sozialistischen Modernisierung, der Politik der Reformen und der Öffnung nach außen. Auf Gedenkveranstaltungen und in theoretischen Abhandlungen wurde die Position über die Anfangsphase des Sozialismus in China, die Unumgänglichkeit der Festlegung des sozialistischen Weges entsprechend den konkreten Bedingungen jedes Landes, die Notwendigkeit von Reformen und der Sicherung des sozialistischen Charakters der Gesellschaft, die Gestaltung der Politik auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus umfassend dargelegt. Zugleich zog man Lehren aus der Restauration kapitalistischer Verhältnisse in der UdSSR und den ehemals sozialistischen Ländern Europas. Die KP Chinas betrachtet das Versagen der Parteien dieser Länder als die grundlegende Ursache für die verhängnisvollen Ereignisse der Jahre 1989 bis 1991. Im Oktober 2004 beschäftigte sich eine Tagung des ZK der Partei mit Fragen der Erhöhung der Fähigkeit der KP, ihre Rolle als Regierungspartei wahrzunehmen. Dabei wurden ihre Verantwortung für die Interessen der überwiegenden Mehrheit des Volkes, für den Fortschritt der Entwicklung von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, für den Ausbau der sozialistischen Demokratie und die Erhöhung des Lebensniveaus des Volkes, für die Förderung friedlicher internationaler Beziehungen zur Sicherung des Aufbaus im Lande und zum Wohle der Völker behandelt.

Rolf Berthold

China: Rasantes Entwicklungstempo

pulsierenden Lebens: neue Wohnviertel, Geschäftshäuser und Verkehrswege. Eine U-Bahn ist im Bau. Kanton, traditioneller Ausrichter einer der wichtigsten Messen Chinas, beherbergt bedeutende Teile der Textil- und Schuhindustrie, der Elektronik und anderer Zweige der Konsumgütererzeugung mit einem sehr hohen Exportanteil. Die zahlreichen Hotels waren fast völlig ausgebucht, da gerade die Messe stattfand. Unser Reiseleiter wies auf die zwei größten und modernsten Hotels der Stadt; diese gehörten jetzt 100prozentig dem Staat. Vor 20 Jahren seien sie als Joint Ventures mit ausländischen Investoren errichtet worden. Die Verträge seien für diesen Zeitraum befristet gewesen und jetzt ausgelaufen. So verhalte es sich generell mit Abmachungen über ausländische Investitionsbeteiligung, die seit Beginn der Politik der Reformen und der Öffnung nach außen geschlossen worden seien und würden.

Guilin, die Stadt mit dem malerischen Karstgebirge am Lauf des Li-Flusses, zieht Jahr für Jahr mehr Touristen an – Hunderttausende aus dem Ausland und Millionen aus allen Teilen der Volksrepublik. Sie ist zugleich eine Attraktion für Maler aus ganz China, die die bezaubernde Landschaft in ihren Kunstwerken verewigen. Vor wenigen Jahren führten noch holprige Straßen durch Guilin, und der Verkehr war durch zahllose Baustellen beeinträchtigt. In diesem Jahr konnte ich feststellen, daß man die wichtigsten Trassen neu angelegt hatte, die Grünflächen wurden entsprechend gestaltet, Brücken ersetzt, und im Zentrum wurde eine moderne Straßenbeleuchtung eingeführt.

wie vor bescheiden eingerichtet, aber hat Wasser aus einem neuen Brunnen mit elektrisch betriebener Pumpe.

Über sichtbare Veränderungen ist von jeder Station unserer Reise zu berichten. Doch die Hauptstadt des Landes Beijing (Peking) muß besonders hervorgehoben werden. Hier finden 2008 die Olympischen Spiele statt, und man bereitet sich intensiv darauf vor. Nicht nur die Sportstätten und andere Bauten werden errichtet, auch mehrere neue U- und S-Bahn-Strecken entstehen. Mit Vorschußlorbeeren ist man generell zurückhaltend. Ein neuer U-Bahnhof wird nicht schon Monate vor seiner Fertigstellung pompös gefeiert, und noch dazu von Leuten, die nie mit diesen Zügen fahren, sondern seine Inbetriebnahme wird sachlich mitgeteilt.

Auch dieses Mal besuchten wir den Tian An Men, den Platz des himmlischen Friedens. Es war kurz nach dem 55. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober. Gemeinsam mit den Beijngern, Jungen, Alten und Kindern, mit vielen Besuchern aus allen Teilen Chinas, die täglich den riesigen Platz bevölkern, nahmen wir die Atmosphäre in uns auf. Hier war 1949 das neue Kapitel im Leben des chinesischen Volkes aufgeschlagen worden. Unsere Gefühle über den Besuch dieses historischen Ortes waren mit Nachdenklichkeit verbunden. Denn uns stand auch, ob ausgesprochen oder nicht, der 55. Jahrestag der DDR vor Augen, der nur noch in der Erinnerung begangen werden konnte. So haben wir die Bedeutung des Jubiläumstages der VR China noch tiefer erfaßt.



Nach Arafat

Die Dämonisierung des nationalen Führers der Palästinenser, die jahrzehntelang im Mittelpunkt der israelischen Propaganda gestanden hatte, wird sogar nach seinem Tod fortgesetzt. Es scheint, daß 37 Jahre Okkupation fremder Territorien unsere Gesellschaft bestialisieren und ohne Sinn für Anstand gelassen haben. Minister und Fischhändler, Fernseh-Ikonen und Universitätsprofessoren, „Linke“ und ausgesprochene Faschisten versuchten einander in äußerster Vulgarität auszustechen. Niemals war die gewaltige Kluft in den Auffassungen der beiden Völker sichtbarer als am Tag von Arafats Beisetzung. Während israelische Kommentatoren und „Experten für Araberfragen“ – fast ausnahmslos Veteranen der verschiedenen Geheimdienste – den verstorbenen Führer als ein wahrhaftiges Monster, als Inbegriff der Grausamkeit, Heimtücke und Korruption beschrieben, explodierten Hunderttausende in Ramallah in einem Ausbruch von Emotionen, der die Beerdigung ins Chaos zu stürzen drohte. Wenn die israelische Armee nicht alle Palästinenserstädte an diesem Tag abgeriegelt und isoliert hätte, wären mehr als eine Million Menschen dort gewesen. Gush Shalom, die einzige israelische Organisation, die offen mit dem palästinensischen Volk trauerte, beschloß die Entsendung einer Abordnung zur Beisetzung. Wir alle, Frauen und Männer, trugen auf der Brust ein Abzeichen, das die israelischen und palästinensischen Flaggen zeigte. Der schiere Druck der Menge splitterte uns auf. Während der Stunden der Beerdigung fühlten wir uns vollständig sicher, auch wenn ringsum

Tausende Schüsse in die Luft abgefeuert wurden, um der Trauer und dem Schmerz Ausdruck zu verleihen. Hunderte von Gesten der Dankbarkeit und Freundschaft wurden uns von Palästinensern aller Altersstufen und Lebenslagen entgegengebracht. Ich befand mich in der Mitte des Gedränges, als der Helikopter mit dem Sarg aus Kairo eintraf. Zusammen mit palästinensischen Ministern, religiösen Würdenträgern und Diplomaten am Grab stehend, wurde ich mir sehr lebhaft des ganzen Maßes der Emotionen der gewaltigen Menge bewußt, als der Hubschrauber in unserer Nähe niederging. Ich erinnerte mich an Nassers Beisetzung im Jahre 1970, als die Massen vorwärts drängten und buchstäblich den Körper ihres geliebten Führers den Soldaten entrißen. Ich hatte das Gefühl, solches werde sich jeden Augenblick auch hier ereignen. Und es geschah tatsächlich. Kein arabischer Führer – und sehr wenige Politiker von Weltgeltung – besaßen eine solche Liebe und Bewunderung bei ihrem Volk wie dieser Mann. Die Palästinenser vertrauten ihm, stützten sich auf ihn, ließen ihn all die großen Entscheidungen treffen, die Mut erforderten, bezogen von ihm die Stärke, um die unerträglichen Bedingungen unter einer brutalen Okkupation herauszufordern. Jetzt, plötzlich, unglaublicherweise fanden sie sich vereinsamt wie Waisen in einer Welt, die durch den Tod eines Mannes verändert worden war, der eine große Lücke hinterließ. Was wird sich nun ereignen? Arafat brachte sein Volk vom Rand der Vergessenheit an die Schwelle der Unabhängigkeit. Aber die Schlacht für die Befreiung

ist noch längst nicht vorbei. Die neue Führung wird sich all den Problemen gegenübersehen, mit denen Arafat konfrontiert war, ohne dessen turmhohe Autorität zu besitzen.

Im Augenblick sind die Palästinenser in ihrer Entschlossenheit vereint, der Welt zu zeigen, daß sie diese Krise in einer zivilisierten und verantwortlichen Art meistern können. Das wäre eine Chance für Israel gewesen (und die Vereinigten Staaten, natürlich), ein neues Kapitel in den Beziehungen mit dem palästinensischen Volk aufzuschlagen.

Was hätte getan werden können? Es wäre eine Geste des guten Willens möglich gewesen wie die Massenentlassung palästinensischer Gefangener, unter ihnen der hoch angesehene Fatah-Führer Marwan Barghuti, der fünfmal zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde. Man hätte den Belagerungszustand aufheben und die militärischen Operationen zumindest reduzieren sollen. Es wäre um die Ankündigung von Friedensverhandlungen gegangen.

Der erste Test war zweifellos die Beisetzung selbst. Arafat hätte nach seinen eigenen Wünschen in Jerusalem beerdigt werden wollen. Daß es in Ramallah geschah, wird nur den Willen der Palästinenser stärken, so lange zu kämpfen, bis sie ihn dort aufs neue beisetzen können. Israels Justizminister Tommy Lapid, ein Rechts-extremist, der sich als Liberaler ausgibt, schwang sich in neue Höhen der Gemeinheit, als er erklärte, daß „jüdische Könige, aber nicht arabische Terroristen in Jerusalem begraben werden“. Menachem Begin, ein Terrorist, der ein „König“ wurde, hat sein Grab in Jerusalem gefunden, was als Präzedenzfall dienen könnte.

Am wichtigsten ist jetzt die Befähigung der Palästinenser, Wahlen für einen neuen Präsidenten abzuhalten. Bei meiner letzten Unterhaltung mit Arafat vor wenigen Wochen (damals sah er übrigens recht gesund aus) ging es um Wahlen. Wir stimmten darin überein, daß sie undurchführbar seien, solange die israelische Armee routinemäßig potentielle Kandidaten ermorde und die Bewegung zwischen Städten und Dörfern fast unmöglich mache. Wie werden sich Kandidaten – wenn sie am Leben bleiben – ihren Wählern vorstellen können? Wie werden sie Material verteilen, Treffen abhalten und über Politik debattieren können – mit Panzern im Hintergrund und kanonentragenden Helikoptern über sich?

Diese Situation muß sofort geändert werden. Alle Truppen müssen zumindest von den Gebieten, die die Palästinenserbehörde verwaltet, abgezogen werden. Die Bewegungsfreiheit ist wiederherzustellen, die Erschießungskampagne muß enden, und internationale Beobachter sind einzuladen.

Wird das passieren? Vermutlich hat Ariel Scharon absolut kein Interesse daran, einer demokratisch gewählten Palästinenserführung, die sich internationaler Legitimität und weltweiten Respekts erfreut, gegenüberzusitzen.

Uri Avnery
Übersetzt aus „The Guardian“, Sydney

Wie ich Afghanistan wiederfand

Täglich wird die Schranke am Checkpoint Torcham, dem afghanisch-pakistani-schen Grenzübergang, gelegen am Khai-berpaß, um 7.30 Uhr Ortszeit geöffnet. Ist man rechtzeitig da, kommt man auch entsprechend zügig weiter Richtung Djalal Abad und Kabul. Auf der pakistani-schen Seite sieht es ziemlich öde aus. Vor etwa einem Jahr gelang es, ohne Paß, nur mit Bakschisch, die Grenze zu passieren, wobei Schläge mit einem Kabel eher die Regel denn die Ausnahme waren, wenn der Reisende sich weigerte, den geforderten Betrag zu entrichten. Diesmal, im Frühjahr 2004, kann jeder nach kurzer Durchsuchung die Grenze ohne solche Zumutungen überschreiten. Wer einen gültigen Paß besitzt, erhält einen Stempel und kann ohne Probleme oder Verzögerung weiterfahren. Die afghanische Seite ist zu meiner Überraschung mit viel Liebe zum Detail und Geschmack ausgestaltet worden. Verschiedene einheimische Pflanzen und Blumen säumen die Straße. Checkpoint und Zollbehörde sind frisch gestrichen, darüber weht die Fahne des neuen Islamischen Staates Afghanistan. Bis Djalal Abad ist die Straße asphaltiert, von dort nach Kabul besteht sie nur aus Schotter und Schlaglöchern, trotzdem rasen die Autos, was das Zeug hält. Hier und da liegen umgekippte Fahrzeuge, wenn man Pech hat, wird die Straße dadurch länger versperrt. Will man am Zielort beim Empfang von seinen Angehörigen erkannt werden, muß man sich vorher entstauben. Hat man bei der Fahrt den Mund nicht geschlossen, so knirschen einem die Sandkörner zwischen den Zähnen.

Auf der Straße von Maschale Kamar bis zur Hauptstadt der Provinz Nangrahar, Djalal Abad, einer Strecke von insgesamt etwa 70 km, erlebt man in besonderer Weise die Pracht des Frühlings. Blühende Mohnfelder, so weit das Auge reicht.

In der Hauptstadt Afghanistans ist der Beobachter, der sie aus alter Zeit kennt, schockiert. Kabul ist eine dreckige, stinkige, laute und von Staub und Rauch bedeckte Stadt, aber zum größten Teil nur ein Trümmerhaufen neben einem Militärcamp. In der Hauptverkehrszeit ist man zu Fuß fast schneller als mit dem Auto, da die Straßen von Fahrzeugen überquollen. Die Afghanen können nicht verstehen, warum die Ausländer der über 900 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) jeweils allein in ihren Wagen sitzen, was erheblich zum Verkehrs-Gau beiträgt. Autos aller PS-Stärken und Fabrikate bewegen sich auf den schmalen, für diese Dichte völlig ungeeigneten Straßen. Fährt gerade ein LKW vorbei, stößt er dermaßen Rauch und Gestank aus, daß man Erstickungsängste bekommt. Würden die PKWs und LKWs, die Kabul vergiften, einer TÜV-Untersuchung unterzogen, erhielten über 90 % keine Plakette zur weiteren Betriebserlaubnis. Inzwischen hat die Verkehrsbehörde die Zulassungen offiziell beschränkt. Durch

Bakschisch ist es aber dennoch möglich, auch diese Maßnahme zu umgehen. Von meinem Bruder wurden 800 \$ verlangt, die er niemals wird bezahlen können. Automobile sind inzwischen zum Statussymbol vieler Afghanen avanciert. Sie stehen hinter der Tür des Hauses, selbst wenn sie nicht gebraucht werden und nicht zugelassen sind. Die Leute fahren zum größten Teil ohne Führerschein und Fahrpraxis zu den nächsten Verwandten in ihrer Nachbarschaft. Viele Viertel Kabuls, aber auch die Hauptstraße „Djade Maiwand“, die in ost-westlicher Richtung die Altstadt durchtrennt und ehemals mit Laternen versehen und von Akazien-Bäumen gesäumt war, liegen immer noch in Trümmern. Am Rande dieser einstigen Prachtstraße, vor den von den Islamisten 1992 bis 1996 zerbombten Häusern, bieten fliegende Händler mit kleinen Wägelchen und solche in selbst errichteten Hütten ihre Waren an. Sie werden regelmäßig von Polizisten „besucht“, die von ihnen Provision kassieren, ansonsten vertreibt man sie von einer Ecke an die andere.

Im Stadtteil Schahre Nau, einem Wohnort der wohlhabenden Kabulis, ist ein kitschiges Chinarestaurant entstanden, das bei den vielen jungen Männern aller Nationen, die sich in Kabul aufhalten, sehr beliebt ist. Auch Afghanen, die es sich leisten können, sind dort willkommen. Die Gäste werden von als schön bezeichneten Asiatinnen bedient. Nach dem Essen können sich die Besucher in andere Räumlichkeiten zurückziehen und sich mit den Frauen amüsieren. Das Restaurant, das kaum verhohlen ein Puff ist, dient auch als Begegnungsstätte von Angehörigen der International Security Assistance Force (ISAF) mit Einheimischen. Es kommen aber auch afghanische Zuhälter und Frauenhändler dorthin, die für ISAF-Männer und andere Ausländer die Prostitution organisieren. Es wird gespielt und nicht nur Wasser getrunken,

inzwischen eine Normalität im neuen Islamischen Staat Afghanistan.

Die Sicherheitslage im ganzen Land, aber auch in der Hauptstadt, kann man in dem Satz zusammenfassen: Niemand ist sicher! Weder Leben noch Gut. Jeden Tag und jede Nacht werden in und um Kabul Menschen terrorisiert, entführt und umgebracht.

Das Leben in Kabul ist teuer, auch für diejenigen, die das Glück haben, eine Arbeit bekommen zu haben. Waren aus aller Welt animieren zum Kauf. Konsumgüter sind zum Konkurrenzobjekt unter den Wohlhabenden geworden. Man gibt damit an und verbirgt nicht, was man hat. Das arme Afghanistan ist ein Abnahmeparadies für Industrieprodukte aus aller Herren Länder. Sogar die Intellektuellen sind von diesem Virus befallen. Daher erklärt sich der Wunsch, mit allen Mitteln zu Geld zu kommen. Die Oberärztin der gynäkologischen Abteilung des Rabeae-Balchi-Krankenhauses in Kabul hat mit ihren Ärztinnen vereinbart, so weit wie eben möglich den Patientinnen eine Behandlung im Krankenhaus zu verweigern, weil da angeblich keine Medikamente vorhanden seien. Statt dessen sollten diese in die Privatklinik der Oberärztin mit der Bezeichnung „Schinwari Sada“ überwiesen werden. So werden nur Patientinnen behandelt, die über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen. Das Serum für die im Rabeae-Balchi-Krankenhaus zu Operierenden müssen die Angehörigen selbst besorgen; es sei denn, daß zufällig jemand von einer NGO vorbeikommt und es zur Verfügung stellt. Die Frauen, die zur Geburt ihrer Kinder in das Hospital eingeliefert werden, bleiben einfach im Kreißaal liegen. Nicht wenige von ihnen gebären ihre Kinder ohne jede fachliche Aufsicht. Mir wurde berichtet, daß dort die Ärztinnen nach einer Operation von den Angehörigen der Patientin verlangten, ihnen Kebab zu bringen. Als die Ärztinnen sich um das Kebab-Buffer versammelten, gab es niemanden, der sich um die Frischoperierte gekümmert hätte; sie starb unbeaufsichtigt.

Dr. Matin Baraki



Aus „Der Funke“, Hamburg

Das große Schweigen über Falludscha



Aus:
„Solidaire“,
Brüssel

Die Reaktion der bürgerlichen deutschen Medien auf die US-Offensive gegen die 300000-Einwohner-Stadt Falludscha ist ein politischer Skandal. Ihre weitgehende Zerstörung erschien den tonangebenden Fernsehanstalten, Rundfunksendern und Tageszeitungen lediglich eine Notiz am Rande wert. Die Sprachregelung der US-Kriegspropaganda wurde weitgehend übernommen, das brutale Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung verschwiegen. Verfolgte man die Ereignisse durch den Filter der deutschen Medien, hätte man glauben können, es handle sich um eine routinemäßige Polizeiaktion gegen „Terroristen“ und nicht um die Eskalation eines Besatzungskrieges, der immer offener zum Massaker an der Zivilbevölkerung geworden ist. Vergleicht man die Falludscha-Berichterstattung mit jener zu Beginn des Irakkrieges im Frühjahr 2003, fällt der Unterschied besonders deutlich ins Auge. Damals stellten alle großen Fernsehkanäle ihre Programme um und brachten stundenlange „Specials“ über den Krieg. Die ARD sendete jeweils nach den Hauptnachrichten wochenlang einen 15- bis 45-minütigen „Brennpunkt“. Diese ausführliche Berichterstattung ermöglichte es den Zuschauern, sich ein eigenes Urteil zu bilden, und trug so maßgeblich zum Ausmaß der Antikriegsdemonstrationen bei. Obwohl der Angriff auf Falludscha die umfassendste Militäroffensive seit der Eroberung Bagdads war und jene an Rücksichtslosigkeit noch weit übertraf, gab es diesmal keine vergleichbare journalistische Berichterstattung. Am zweiten Tag der Offensive konzentrierten sich sämtliche Nachrichtensendungen auf den 15. Jahrestag des „Mauerfalls“. Im heute-journal des ZDF folgte ein langer, ermüdender Bericht über den grotesken Streit um den „Tag der Deutschen Einheit“, bevor dann kurz auf Falludscha eingegangen wurde. Natürlich in der offiziellen Sprachregelung der US-Regierung. Nicht besser war es am folgenden Abend in Uli

Wickerts Tagesthemen. Sie begannen mit einem zehnminütigen Bericht über die Wiederwahl des sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt. Irak war Wickert noch nicht einmal einen selbständigen Report, geschweige denn einen Kommentar wert. Lediglich in der Zusammenfassung der Nachrichten wurde mit wenigen Sätzen darüber berichtet. Man mußte auf andere Sender wie die britische BBC umschalten, um einen Eindruck vom Ausmaß und der Erbarmungslosigkeit der Offensive zu erhalten. Zwar gab auch diese die regierungsamtliche Version der Ereignisse wieder, aber die Bilder ihrer „eingebetteten“ Journalisten ließen zumindest erahnen, welche Hölle die Besatzungstruppen in Falludscha entfesselt hatten. Sie zeigten den pausenlosen Beschuß von Wohnhäusern und Moscheen, man brachte zahlreiche Interviews mit Kommandeuren vor Ort, deren rabiate Sprache einem das Blut in den Adern gefrieren ließen. „Kill, kill, kill“ war das häufigste Wort, das sie immer wieder hemmungslos in die Kameras brüllten. Ähnlich zurückhaltend wie die großen Fernsehprogramme berichteten auch die bürgerlichen deutschen Tageszeitungen. Der Angriff auf Falludscha blieb ohne Schlagzeilen. In der Regel beschränkten sie sich auf eine kurze Zusammenfassung von Agenturmeldungen auf den Nachrichtenseiten, wobei sie die offizielle Wortwahl kritiklos übernahmen. Die einzige Ausnahme unter den überregionalen Blättern bildete die „Frankfurter Rundschau“, die relativ ausführlich und kritisch informierte. In der Wochenzeitung „Die Zeit“ erschien am vierten Tag der Operation ein Hintergrundartikel, der das mörderische Vorgehen der US-Soldateska als Rachefeldzug darstellte und die Behauptung zurückwies, er richte sich gegen ausländische Terroristen und nicht gegen den Widerstand der einheimischen Bevölkerung. Doch solche Artikel bildeten die Ausnahme. Veröffentlichten Zeitungen

überhaupt Kommentare, begrüßten sie in der Regel die Offensive und erteilten der US-Regierung Ratschläge, wie sie diese möglichst wirkungsvoll zu Ende führen könne. So empfahl die „Süddeutsche Zeitung“ den Pentagon-Militärs, die Stadt möglichst schnell zu erobern. „Mit Verhandlungsangeboten sind die Rebellen von Falludscha ebensowenig zu erreichen wie mit dem Versprechen von Wiederaufbauhilfe“, hieß es dort. „Der Widerstand kann nach der fehlgeleiteten Entwicklung der vergangenen 18 Monate tatsächlich nur militärisch gebrochen werden. Das birgt viele Risiken und nur eine Hoffnung: Es möge schnell gehen. Ein rascher Sieg der US-Truppen im Verbund mit der neuen irakischen Armee könnte Signalwirkung für das ganze Land haben.“

Die „taz“, die ansonsten kaum über Falludscha berichtete, erteilte den US-Truppen den freundschaftlichen Rat, nicht allzu viele Unbeteiligte umzubringen. „Zunächst besteht die Herausforderung darin, die Stadt zu erobern, ohne daß dabei viele Zivilisten ums Leben kommen“, empfahl „taz“-Kommentator Karim el-Gawhary. „Sollte das mißlingen, würden die USA zwar über kurz oder lang Falludscha niederringen, zugleich aber im ganzen Land viele neue Falludschas schaffen. Die Rebellen wissen das. Sie werden deshalb versuchen, der US-Armee hohe Verluste zuzufügen – in der Hoffnung, daß die Amerikaner dann wild um sich schießen.“ Die „taz“ folgte hier einem Propagandamuster, das so alt ist wie der Kampf von Kolonial- und Besatzungsarmeen gegen Partisanen. Nicht die Angreifer, die mit hochmodernen Waffen eine dicht besiedelte Stadt in Schutt und Asche legten, waren für die zivilen Verluste verantwortlich, sondern der Widerstand, der sich mit uralten Panzerfäusten und Kalaschnikows zur Wehr Setzenden. Er habe die US-Armee dazu verleitet, „wild um sich zu schießen“. Es fehlt nur noch, daß die „taz“ dem irakischen Widerstand vorwirft, er verwende die Zivilbevölkerung als „menschliche Schutzschilde“.

Die Gleichgültigkeit, mit der die Medien der BRD auf das Gemetzel in Falludscha reagierten, war derart auffällig und gleichgeschaltet, daß sie nicht auf ein Versehen oder die Linie einzelner Redaktionen zurückgeführt werden kann. Dabei fehlte es nicht an Berichten, daß in Falludscha Kriegsverbrechen größten Ausmaßes begangen wurden. Sie sind mit jenen der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg vergleichbar.

Der Reporter der „Chicago Tribune“, der mit US-Einheiten vorrückte, meldete, ein Verband für psychologische Kriegsführung sei hinter ihnen hergefahren und habe über Lautsprecher Wagners „Walkürenritt“ gespielt – die Musik, mit der Francis Ford Coppola in „Apocalypse Now“ ein Massaker an vietnamesischen Zivilisten untermalt.

Peter Schwarz

Ist in der GUS der Kapitalismus tatsächlich restauriert worden?

Anfang des vergangenen Jahrhunderts hat sich Lenin bei der Analyse der gesellschaftlichen Situation in der Welt, insbesondere in Rußland, und beim Aufbau einer Partei zur Veränderung dieser Situation auf die Marxsche Theorie gestützt. Er war aber weit entfernt von einer einfachen Wiederholung der Marxschen Behauptungen. Als Marxist hat Lenin nicht daran gezweifelt, daß der Kapitalismus eine notwendige Etappe in der Entwicklung der Gesellschaft ist, die alle Länder durchlaufen müssen, natürlich auch Rußland. Das waren Grundlagen seiner politischen Entscheidungen. Ungeachtet dessen, wer was damals über den Kapitalismus in Rußland sagte, erarbeitete Lenin als wahrer marxistischer Wissenschaftler schon in seinen ersten Schriften eine Analyse der Gegenwart. Und erst nachdem er die Entwicklung des inländischen kapitalistischen Marktes wissenschaftlich nachgewiesen hatte, ging er im weiteren davon aus, von einer bestätigten Tatsache aus.

Wir befinden uns in einer komplizierten Lage. Die GUS durchlebte wesentliche gesellschaftliche Veränderungen, die von keinen Theorien vorausgesagt wurden. Die Ereignisse auf dem Territorium der Sowjetunion seit Anfang 1990 hatten große Auswirkungen auf die politische und ökonomische Denkweise. Auch das Verhalten zum Marxismus hat sich erheblich verändert. Nicht wenige der ehemals „treuen Marxisten-Leninisten“ sind jäh und plötzlich „sehend“ geworden und nennen den Marxismus heute nur noch eine Utopie. Dagegen betrachtet die überwiegende Mehrheit ernstzunehmender Wissenschaftler Marx nach wie vor als den bedeutendsten Gelehrten des letzten Jahrtausends. Als solcher hat er alle Gesellschaftswissenschaften unauslöschlich beeinflusst. Nicht nur seine Nachfolger, auch seine Gegner bewegen sich bis heute in seinem Kreis von Begriffen und Problemen. Darauf sollte sich auch die Analyse der erlebten Vorgänge stützen.

Auf diesem Gebiet ist die Situation „in den Weiten der GUS“ recht traurig. Analysen sind meistens rein idealistisch. Irgend jemand hat irgend etwas nicht verstanden, irrte bei der Kursfestlegung, bewegte uns böswillig in die falsche Richtung usw. Selten erfolgt ein materialistisches Herangehen, basierend auf der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Und wenn man sich daran erinnert, werden die Produktivkräfte auf Technik beschränkt, was natürlich keine einigermaßen richtigen Schlüsse zuläßt, da ja die wichtigste Produktivkraft, der Mensch, nicht berücksichtigt wird.

Die Rechten und die Linken vertreten Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen. Also ist es nur natürlich, daß sich die Erklärungen der Gründe dessen, was uns passierte, wesentlich unterscheiden, genauso wie die Rezepte für die Zukunft.

Dagegen aber sind sich die Linken und die Rechten rührend einig in dem Urteil, daß eine Restaurierung des Kapitalismus erfolgt ist. Und wenn das auch die einen erfreut die anderen betrübt, die Tatsache selbst ruft bei keinem Zweifel hervor. Nur sind entsprechend der Marxschen Theorie des Kapitalismus solche Behauptungen nicht nur fehlerhaft, sie haben sogar einen antiwissenschaftlichen Charakter. Denn es ist schon ein „sonderbarer Kapitalismus“, gar nicht ähnlich jenem, mit dem sich Marx beschäftigte. Das stört keinen, auch nicht viele heutige „Marxisten“. Marx hatte den Kapitalismus als Produktionsweise tiefgründig analysiert. Diese Analyse sollte, so wie es seinerzeit Lenin getan hat, als Grundlage für Schlußfolgerungen über die heutige Produktionsweise dienen. Es gibt viel Fluchen und Schluchzen – eine in Marxschem Sinne durchgeführte Untersuchung fehlt. Das, was jetzt existiert, entspricht nicht den wichtigsten Charakteristika dieser gesellschaftlich-ökonomischen Formation, kann also keinesfalls im marxistischen Sinne als Kapitalismus betrachtet werden.

Was ist Kapitalismus? Die Frage ist keinesfalls müßig: Privateigentum, Markt, Ausbeutung sind nicht nur dem Kapitalismus eigen. Kapitalismus ist primär das Kapital. Und was ist Kapital? Derjenige, der wirklich Marx gelesen hat, konnte nicht daran vorbeikommen, daß an unterschiedlichen Stellen, in verschiedenem Zusammenhang vielfach und beständig wiederholt wird: Das Kapital ist ein selbstwachsender Wert. Aber über was für ein „Wachstum“ kann man bei uns sprechen, wenn in den letzten 15 Jahren das gesellschaftliche Produkt halbiert wurde und die Produktivkräfte mehr zerstört sind als im Ergebnis des Krieges? Dieser Wert wächst, laut Marx, nur auf Grund einer einzigen Quelle – der Erzeugung von Mehrwert durch Ausbeutung der Arbeitskraft. Dabei ist heute allein in der Ukraine eine Menge Arbeitskraft überflüssig. Nach einigen Quellen schuften sieben Millionen der Aktivsten als Tagelöhner im Ausland, und im Lande selbst herrscht noch große Arbeitslosigkeit! Irgendwie beeilen sich unsere „Bourgeois“ nicht allzu sehr, diese Arbeitskraft auszubeuten ...

Nun ja, wird man sagen, aber unsere Neureichen werden doch immer reicher! Stimmt, aber wodurch? Kommen wir wieder zu Marx. Der Wert eines Produkts besteht nicht nur aus dem durch lebendige Arbeit geschaffenen Wert. In der hochtechnologischen Gesellschaft ist sein größter Teil ein übertragener Wert der vergegenständlichen Arbeit, das heißt, der früher geschaffenen Produktionsmittel. Und genau durch das „Verzehren“ dessen, was in Jahrzehnten harter Arbeit des gesamten sowjetischen Volkes geschaffen wurde, werden die „neuen“ Russen, Ukrainer, Kasachen usw. reich.

Gibt es Investitionen? Ja, aber nur kurzfristige, solche, die für die „Nutzung“ der vorhandenen Infrastruktur notwendig sind. In die Infrastruktur selbst wird nichts investiert, sie wird nur aufgefressen, die Produktionsmittel werden verbraucht, die Arbeitskraft wird nicht in vollem Umfang reproduziert, weder quantitativ noch qualitativ.

Gibt es Ausbeutung? Aber natürlich, sogar der karge Lohn wird nicht regelmäßig gezahlt. Diese Parasiten werden alles verzehren, darunter auch uns alle (allein die Ukraine ist um ein ganzes Norwegen kleiner geworden, von Rußland gar nicht zu reden) und alles, was sie erbeuten können, wird im Ausland angelegt oder hierzulande veruntreut. Die Herrschaften würden am liebsten ganz ohne Arbeiter auskommen, wenn es möglich wäre, alle Produktionsmittel ins Ausland zu verkaufen, aber das geht leider nicht. Es müssen Erzeugnisse gefertigt werden. Ohne Arbeiter kann aber der Wert der Produktionsmittel nicht auf ein Produkt übertragen werden. Also muß man notgedrungen dieses „überflüssige Element“ akzeptieren. Um vom restaurierten Kapitalismus zu sprechen, müßte man nachweisen, wie bei uns der nach Marx bestimmende kapitalistische Prozeß, die Kapitalbewegung als selbstwachsender Wert, verläuft. Dabei existiert bei uns so ein Prozeß gar nicht.

Wie auch früher hat die Nomenklatura das Sagen. Natürlich hat sich die heutige „Elite“ im Vergleich zu ihr „modifiziert“. Die Statistik (für Rußland, aber in anderen Regionen ist es ähnlich): Kader der „alten Garde“ zählen in der Präsidentenmannschaft 75 %, in den Parteienspitzen 57 %, als „Elite der Regionen“ 82 %, in der Regierung 74 % und in der „Business-Elite“ 61 %. Eine recht ansehnliche Vererbung! Und gerade der Nomenklatura als einer bestimmten sozialen Gruppe gehört die politische und ökonomische Macht und nicht den „Oligarchien“. Und wenn irgendein Gussinski, Chodorkowski oder, sagen wir mal, Lasarenko sich einbildet, ein Kapitalmagnat nach westlichem Muster zu sein, wird ihm „sanft“ gezeigt, daß er irrt. Kann man sich vorstellen, daß zu Beginn des vorigen Jahrhunderts Rockefeller verhaftet worden wäre oder daß man Rothschild zu emigrieren hätte zwingen können? Sehen Sie. Wir aber sind von der bürgerlichen Propaganda gefangen und wiederholen wie die Papageien: „Allmacht des Kapitals“. Bei uns existiert eine ganz primitive Parasitenwirtschaft, die die materielle Hinterlassenschaft der Sowjetunion ausschlachtet.

Was ist denn das für eine Restaurierung? Referat von L. A. Griffen auf einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz in Kiew, 5.–6. 5. 2004

**Aus „Kommunist“, 5/2004
Übersetzung: Dr. Peter Tichauer**

Das Weiße Haus im Griff religiöser Fanatiker

Das Gebaren der sogenannten Neocons in den USA erinnert mehr an Dürers Bild der Apokalyptischen Reiter als an die pragmatisch verbrämte „Interessenpolitik“ eines Henry Kissinger. Unter Beobachtern der Bush-Administration macht mittlerweile das Wort vom „kalten Staatsstreich“ und vom schleichenden Übergang zum „Caesarismus“ die Runde. In die verbalen Absetzbewegungen gestandener Vertreter amerikanischer Hegemonialpolitik vom alten und neuen Präsidenten haben sich inzwischen Träger bemerkenswerter Namen eingereiht: Paul O'Neill, John Dean, Richard Clarke, Joseph Wilson, Zbigniew Brzezinski, Madeleine Albright, Colin Powell u. a. Hierbei handelt es sich nicht um Personen, die die Vormachtstellung der USA in Frage stellen. Sie sehen vielmehr die reale Gefahr, daß die hemdsärmelige „Saloon“-Politik der Ultrarechten im Nahen und Mittleren Osten gerade diesen Platz der westlichen Hauptmacht untergräbt und die derzeitige Weltordnung in eine gefährliche Schieflage zum strategischen Nachteil der USA bringt.

Bushs Außenpolitik beruht auf einer explosiven Gemengelage aus Imperialismus, Faschismus, Chauvinismus und religiösem Fundamentalismus. Der US-Religionsforscher Professor Lawrence Meredith von der University of the Pacific im kalifornischen Stockton hat bereits im Juni 2003 auf den starken Einfluß religiöser Überzeugungen auf die Außenpolitik der republikanischen Administration aufmerksam gemacht: „In gewisser Weise fühlt sich George W. Bush als Führer der USA von Gott berufen. Diese Einstellung ist aber auch in der amerikanischen Bevölkerung weit verbreitet. Amerika ist – wie der Text in der Nationalhymne schon sagt – für viele das Land der freien Menschen. Wenn auch nur unbewußt – in der Politik äußert sich das so: Falls die islamischen Staaten in Richtung Freiheit wollen, führen wir sie dahin. Und wenn nicht, dann auch. Viele denken, wir müssen Israel beschützen, weil dort Jesus ein zweites Mal auf die Erde zurückkehren wird.“ Die christlich-fundamentalistische Rechte sieht Bush als Wegbereiter dieser Wiederkehr. Auf den enormen und bedrohlich wachsenden Einfluß einer Hunderte Millionen Dollar schweren christlich-fundamentalistischen Lobby in der amerikanischen Gesellschaft machte jüngst die Direktorin des Einstein-Forums in Potsdam, Susan Neiman, Professorin für Philosophie an den Universitäten Yale und Tel Aviv, aufmerksam. („Die Zeit“, „Rechts und fromm“, 7. 10. 2004)

Besonders beunruhigend ist der Einfluß der christlichen Rechten auf die US-Außenpolitik. Susan Neiman betrachtet gerade sie als die treibende Kraft hinter der Ablehnung internationaler Verträge sowie der Washingtoner Nahostpolitik. Bushs persönliche Bekehrung vom Nichtsnutz und Alkoholiker zum gläubigen Politiker

ist oft thematisiert worden. Der durch ihn als Zugeständnis an die Fundamentalisten eröffnete „Kreuzzug“ gegen die Ungläubigen liege in Gottes Absicht. Die US-Medien bedienen in gefährlicher Weise fundamentalistische Heilserwartungen bei einer großen Zahl von Durchschnittsamerikanern mit fast schon massenpsychotischen Auswirkungen. Politische Elemente einer internationalen Rechtsordnung, das Erbe der europäischen Aufklärung, weltlicher Humanismus und Feminismus, das Konzept, des „Ewigen Friedens“ usw. werden systematisch mit dem Bannfluch des „Antichristlichen“ sowie der „biblischen Sündhaftigkeit“ belegt. Der besondere Haß richtet sich gegen die Vereinten Nationen als vermeintliche Brutstätte des Marxismus.

Besonders gefährlich sind jene Gruppen, für die es als gesichert gilt, daß die jetzige Generation das Ende der Geschichte erleben wird. Einer der wichtigsten Gründe dafür sei die Errichtung des Staates Israel, denn die letzten Tage der Menschheit sollen mit der Rückkehr der Juden ins Heilige Land anbrechen.

Der Krieg im Nahen Osten ist für die Fundamentalisten kein Grund zur Besorgnis, sondern Erfüllung einer biblischen Vorhersage: Erst wenn die Juden Groß-Israel wieder in Besitz genommen haben, geht die Prophezeiung in Erfüllung, erfolgt die Wiederkehr Jesu. Teil des göttlichen Planes ist, daß die Juden nach Erfüllung ihrer Mission mit anderen Ungläubigen die Reihen der ewig Verdammten füllen werden. Susan Neiman zitiert offizielle Quellen, nach denen die amerikanische Isrealpolitik mehr von den Fundamentalisten als von irgendeiner anderen Gruppe bestimmt wird. Die christlichen Zionisten haben sich „mit dem für sie typischen Geschick und viel Geduld“ jahrzehntelang

organisiert. Sie konnten so gegenüber anderen Gruppen der gespaltenen jüdischen Gemeinde in den Vereinigten Staaten einen bestimmenden Einfluß auf die Nahost-Politik der Bush-Administration gewinnen. Nach Auffassung des „Wall Street Journal“ ist die Ursache des geringen Drucks des republikanischen Weißen Hauses auf Israel im Einfluß des christlichen Zionismus zu suchen. Nach Neimans Worten unterstützen die USA „die starrsinnigste Regierung, die Israel in den letzten Jahrzehnten hatte, unbeirrt vom wachsenden Zorn unter den Muslimen, ungeachtet der zunehmenden Bedenken in der übrigen Welt“. Nach Ansicht der Dichterin und ehemaligen Englischprofessorin Betty Sue Flowers hat die Unterstützung der israelischen Rechten durch die christliche Rechte nichts mit dem Holocaust zu tun: „Jetzt geht es um die Zukunft, das himmlische Reich. Wichtig sind die Juden nur als Teil des göttlichen Plans, die Christen ins Heilige Land zu führen. Die Palästinenser tauchen dabei überhaupt nicht auf dem Radarschirm auf.“

Neiman zitierte den jahrelang in den USA lebenden Theologen Geiko Müller-Fahrenholz: „Mich als Christen beunruhigt zutiefst, mit welchem Zynismus der Tod der Schöpfung akzeptiert wird, als wäre alles Leben vom Bösen vergiftet und müßte im weltvernichtenden Feuer gereinigt werden. Das ist in frommen Triumphalismus gekleideter Nihilismus!“

Das Anwachsen des religiösen Fundamentalismus ist jedoch nicht auf die USA beschränkt. Nach Aussagen eines deutschen Religionswissenschaftlers gibt es auch in den christlichen Kirchen der BRD eine schleichende und beunruhigende Zunahme dieser Ideologie. (Deutschlandfunk, 11. 10. 2004: „Tag für Tag. Aus Religion und Gesellschaft“) **Dr. Erhard Kegel**



Das Institut für nationale Wiedervereinigung hat kürzlich ein Memorandum veröffentlicht, in dem die Wahrheit über die geheimen Nuklearexperimente in Südkorea offengelegt wurde. Dabei sind die USA benannt worden, die diesen Plan ersonnen, betreut und ausgeführt haben. Das Memorandum wies darauf hin, daß die südkoreanischen Politiker Vier-Punkte-Prinzipien zu ihren diesbezüglichen Aktivitäten entwickelt hätten. In der Zwischenzeit sei eine Farce inszeniert worden, die zusätzliche Inspektionen durch die IAEA gestatten sollte. Dies alles war darauf ausgerichtet, die öffentliche Meinung in Südkorea selbst und in der Welt zu beruhigen. Die Entwicklung von Atomwaffen in Südkorea sei von den dortigen Politikern lange Zeit geheimgehalten worden. Sie gehe auf das Militärregime unter Chun Doo Hwan und Roh Tae Woo zurück. Bereits in den frühen 90ern habe Südkorea eine umfangreiche Forschung auf dem Gebiet der Kernenergie betrieben. Es habe schon damals eine Entwicklungsbasis und 20 große Institute, die 15000 Personen beschäftigten, darunter mehr als 1500 promovierte Forscher, besessen. Das Taedok-Forschungsgebiet, das sich auf einem Territorium von über 8,4 Millionen Phyong (ca. 2 1/2 km²) erstreckte, befand sich im südkoreanischen Taejon und werde als das Hauptquartier für die Entwicklung von Atomwaffen bezeichnet. Das ist es in der Tat. Dieses Atomforschungszentrum verfügt inzwischen über 77 Institute und Bildungseinrichtungen, einschließlich des südkoreanischen Atomenergieinstituts, des Wissenschaftlichen Instituts für Verteidigung und des Hanjoner Atomenergiezentrums. Diese drei Einrichtungen bilden die Grundlage für die Nuklearentwicklung Südkoreas. Derzeit sind dort mehr als 20 000 Forschungskräfte tätig. Südkorea verwies darauf, schon in den 90ern jährlich 200 Tonnen Nuklearbrennstoff für 11 Atomreaktoren, einschließlich zweier Forschungsreaktoren, und im Jahr 2003 rund 350 Tonnen Nuklearbrennstoff für 19 Atomreaktoren verbraucht zu haben. Die südkoreanischen Politiker haben systematisch die Erzeugung von Atomenergie erhöht. Gegenwärtig sind in Südkorea 20 Atomreaktoren einschließlich des Hana-Reaktors in Betrieb. Letzterer ist ein Mehrzweckversuchsreaktor mit vier Überdruckschwerwasserreaktoren und 15 Überdruckleichtwasserreaktoren. Die Grundplanung für eine Atombombe war bereits im Jahre 1975 abgeschlossen. Der Plan wurde vom Wissenschaftlichen Institut für Verteidigung für eine 20-kg-Plutoniumbombe komplettiert.

Durch die Bereitstellung auswärtiger Technologie eignete sich Südkorea nicht nur die Planungsgrundlagen für Leicht- und Schwerwasserreaktoren, sondern auch den Plan und die Produktionstechnologie für Nuklearbrennstoff an. Im Jahr 2001 wurde eine neue Rakete mit 300 km Reichweite, ausgerüstet mit 500 kg schweren Sprengköpfen, als verbesserte Boden-Boden-Hyonmu-Rakete bekannt. Südkorea ist nun bestrebt, die Langstreckenrakete Chonryong zu entwickeln, um damit die Tiefen von Nordkorea treffen zu können. Die Rakete soll 500 km Reichweite besitzen. 1993 startete Südkorea einstufige Raketen KSR-I und 1998 eine zweistufige Rakete KSR-II.

Vereinbarung mit Südkorea über Atomenergie. „Seit dieser Zeit sind die USA in die Forschung und Entwicklung von Atomenergie in Südkorea einbezogen. Sie haben alle Aspekte der nuklearen Entwicklung dort unter ihre Kontrolle gebracht, indem sie jährliche Treffen des Atomenergiekooperationskomitees anberaumen. Die Vereinigten Staaten waren seit langem über die Entwicklung von Atomwaffen in Südkorea informiert. Das ist durch einen Bericht unter dem Titel: „Die Welt im Jahr 2010“ bewiesen, den das Institut für strategische Studien der US-Akademie für Verteidigung im Jahre 1987 veröffentlichte. Darin heißt es, daß Südkorea bis zum Jahre 2010 etwa 500 Atomwaffen besitzen

Warum spricht niemand von Südkoreas Atomwaffen?

In der Nuklearfrage zeigten sich Südkoreas Doppelstrategie und die Doppelstandards der USA für beide Teile Koreas. Washington unterzeichnete 1956 die

werde. Ein Bericht unter der Überschrift: „Einschätzung der Gefahr der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen“ aus dem Jahre 1993, der im Auftrag des

Technischen Überprüfungsressorts des US-Kongresses ausgearbeitet wurde, stellt fest, daß Südkorea, Australien, Kanada, Belgien und andere Staaten zu jenen zählen, die AVLIS-Technologie anwenden. Die USA listeten im Jahre 1992 nicht weniger als 65 duale Güter auf, die zur Entwicklung von Atomwaffen oder atomaren Substanzen dienen könnten. Die Ausrüstungen und Gerätschaften, die Südkorea bei seinem kürzlich enthüllten Urananreicherungs experiment verwandt hat, stehen auf dieser Liste. Die IAEA war informiert, daß der Atomforschungsreaktor Südkoreas schon 1985 rund 700 kg Natururan als Nuklearbrennstoff verbraucht hat. Diese Aufsichtsbehörde fand in den Jahren 1998 und 2003 Spuren der Gewinnung von Plutonium in südkoreanischen Atomreaktoren. Während der gemeinsamen Planung der Reaktoren 3 und 4 des Ryonggwanger Atomkraftwerkes hat die US-Technische Verbrennungsgesellschaft ungefähr 200 technische Daten übermittelt, die für die Planung, den Test und die Produktion von Atombomben notwendig sind.

Aus einem Bericht der Nachrichtenagentur KCNA vom 27. Oktober 2004

Übersetzung aus dem Englischen: Brigitte Queck



Aus: „The Guardian“, Sydney

Portugal: Veränderungen an der Spitze der PCP

Der 17. Parteitag der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP), der Ende November in Almada stattfand und dessen Delegierte rund 80000 Parteimitglieder vertraten (1975: 200000), stellte wichtige Weichen. Unter dem bisherigen Generalsekretär Carlos Carvalhas, der auf ein erneutes Antreten verzichtete, war die einst mit dem legendären, heute 91jährigen Alvaro Cunhal grandiose Höhen erreichende Partei in ideologische Turbulenzen geraten. Ihr Einfluß und ihre gesellschaftliche Wirksamkeit sanken. Darüber konnten auch die begeisternden Avante!-Feste mit Jahr für Jahr Hunderttausenden Teilnehmern nicht hinwegtäuschen.

Eine zu sozialdemokratischen Positionen neigende Gruppe von Politbüromitgliedern um den früheren Fraktionsvorsitzenden Carlos Brito – sie wurde vor einigen Jahren ausgeschaltet, behielt aber Einfluß vor allem in Kreisen der Parteintelligenz – machte der PCP offensichtlich zu schaffen. Andererseits formierte sich aus Trotzkisten und anderen Ultralinken ein neuer „Linksblock“, der die Partei von der anderen Flanke aus angriff und ihr bei Wahlen nicht wenige Stimmen abzog. Hinzu kam, daß die Zugehörigkeit Portugals zur EU, die aus politischem Kalkül erhebliche Mittel in das schwach entwickelte südeuropäische Land hineinpumpt, zu deutlichen Veränderungen in der Klassenstruktur sowie in der sozialökonomischen Gesamtlage der iberischen Republik führte. Diesem mehrfachen Druck war die bisherige Parteiführung nicht gewachsen. Sie wich immer mehr vor ihm zurück. Obwohl sich die PCP niemals vom Marxismus-Leninismus lossagte, traten gewisse Unschärfen auf. Die Partei verlor an Profil und internationaler Reputation.

In einer dem Parteitag vorausgehenden prinzipiellen und programmatischen Diskussion, die in den Spalten des Zentralorgans „Avante!“ stattfand, äußerte auch der namhafte kommunistische Publizist Miguel Urbano Rodrigues seine Meinung. Die Vorstellungen einiger Genossen, man könne „im Rahmen des in Portugal herrschenden Systems und unter Ausnutzung formal-demokratischer Institutionen einen Wechsel im Kräfteverhältnis erreichen, der den Weg zu einer fortgeschrittenen Demokratie eröffnet“, sei eine Utopie. „Ohne ein revolutionäres Ziel, den als Alternative unersetzbaren Sozialismus“, gehe es nicht. Miguel Urbano Rodrigues forderte, der derzeitigen defensiven Strategie, die eine Schwächung des Wählerpotentials der PCP bewirkt hat und neue Rechtsabweichungen hervorbringt, ein Ende zu setzen. Der „einfache Austausch eines Generalsekretärs“ reiche nicht aus. Da sich die Sozialistische Partei (PS) in eine gewöhnliche neoliberale Partei verwandelt habe, mache es keinen Sinn, auf

eine aus Neuwahlen hervorgehende „linke Mehrheit in der Versammlung der Republik“ zu hoffen. Notwendig sei ein ernsthafter Kampf gegen die verschiedenen Regierungen der Bourgeoisie und deren Subordination unter den Imperialismus. Alle Formen der politischen Einbindung müßten zurückgewiesen werden, um das Parlament wieder zu einer Tribüne der frontalen Anprangerung des Systems und der Massenmobilisierung zu machen. Es gehe in der strategischen Perspektive um einen radikalen gesellschaftlichen Wandel. Die Führung unter Carlos Carvalhas habe indes eine reformistische Perspektive gewählt, ohne sich dessen kollektiv bewußt gewesen zu sein.

Der 17. Parteitag bekräftigte, daß der Marxismus-Leninismus die ideologische

Basis und die Handlungsgrundlage der PCP sei. Er bekannte sich zum demokratischen Zentralismus. Um den Kampf gegen fraktionelle Kräfte wirksamer führen zu können, stärkte er die Organe der Parteikontrolle. Er wählte den 57jährigen Jeronimo de Sousa – einen erfahrenen Klassenkämpfer mit Gewerkschafts- und Parlamentshintergrund – zum neuen Generalsekretär. 1996 war er Präsidentschaftskandidat der Partei gewesen. Im 176köpfigen Zentralkomitee wurde eine Reihe von Veränderungen – auch aus Altersgründen – vorgenommen. Die Partei vollzog eine klare Abgrenzung zur sogenannten Europäischen Linkspartei. Politische Beobachter sprechen von einer Stärkung der Linie Cunhals in der PCP.

K. S.

Uruguay: Sieg ohne dramatische Konsequenzen

Zum ersten Mal in der Geschichte Uruguays hat eine vor 33 Jahren gegründete Linkskoalition die Wahlen zum Parlament und für die Präsidentschaft der Republik gewonnen. Am 31. Oktober siegte der Bewerber der Frente Amplio – sie wurde inzwischen durch weitere linke Sektoren erweitert – mit 50,69 %, was eine zweite Runde unnötig machte. Die Kandidaten der beiden großbürgerlichen Parteien des Landes – der Nationalpartei (Blancos) und der Colorado-Partei – mußten sich mit 34 % bzw. 10 % begnügen. Am 1. März 2005 wird die neue Regierung unter dem früheren Bürgermeister der Hauptstadt Montevideo Tabaré Vazquez in ihr Amt eingeführt. Der 64jährige Onkologe kann sich auf eine linke Mehrheit in Kammer und Senat stützen – ein Vorteil, den Chiles Allende-Regierung in den Jahren 1970 bis 1973 nicht besaß.

Die Frente Amplio (Breite Front) wurde 1971 von Sozialisten, Kommunisten und linken Christdemokraten gegründet. Auch Persönlichkeiten, die die beiden traditionellen Parteien – seit Uruguays Unabhängigkeit im Jahre 1925 im Wechsel an der Macht – verlassen hatten, gehörten dazu. Die motorische Kraft war damals die KP unter ihrem international hoch angesehenen Ersten Sekretär Rodney Arismendi. Heute stellt auch die einstige Stadt-Guerilla (Tupamaros) einen Sektor der Breiten Front dar. War diese 1971, als sie auf Anhieb 18 % errang, mit einer Plattform tiefgreifender ökonomischer Veränderungen in die Wahlen gegangen, so ist sie heute – bei geringerem Einfluß der Kommunisten – weniger anspruchsvoll. 1971 hatte General Liber Seregni, der langjährige Führer der Frente Amplio, die Notwendigkeit eines echten Wandels der Strukturen unterstrichen, der die

Ausschaltung der herrschenden Klassen, weitgehende Verstaatlichungen und eine Agrarreform umfassen sollte.

Während der faschistischen Militärdiktatur, die 1973 in Uruguay errichtet wurde und erst 1985 ihr Ende fand, gingen viele Aktivisten der Breiten Front durch die Gefängnisse, waren der Folter ausgesetzt oder entzogen sich der Verhaftung durch die Flucht ins Exil.

Der Sozialist Tabaré Vazquez ist nicht der Vertreter einer Politik des radikalen gesellschaftlichen Wandels. Er will die Armen unter den 3,3 Millionen Uruguayern – sie bilden ein Drittel der Bevölkerung – jedoch besserstellen. Von der künftigen Regierung sind keine Wunder zu erwarten. Wirtschaftsminister soll Senator Danilo Astori werden. Vazquez und er haben vor kurzem in Washington mit dem Internationalen Währungsfonds verhandelt und Uruguays hohe Auslandsschulden bedingungslos anerkannt. Es ist damit zu rechnen, daß sich Montevideo stark auf Brasilien orientiert, dessen Präsident Ignacio Lula – nach anfänglich hochgeschraubten Erwartungen – auf „linke Eskapaden“ verzichtet hat.

Dennoch wird sich die Politik Uruguays vom bisherigen Staatskurs deutlich unterscheiden. Vazquez will die im April 2002 abgebrochenen Beziehungen zu Havanna wiederherstellen. Die noch im Amt befindliche Regierung unter Präsident Batlle hatte in den beiden letzten Jahren der UNO Resolutionen unterbreitet, die „Menschenrechtsverletzungen“ in Kuba verurteilten.

Alles in allem: ein Sieg linker und demokratischer Kräfte ohne dramatische Konsequenzen.

R. F., gestützt auf „Peoples' Voice“,
Kanada

Was treiben die Franzosen an der Elfenbeinküste?

Nach tagelangen Protesten der Bevölkerung der Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire) schoß die französische Armee am 8. und 9. November in die Menge. Es gab 64 Tote. Die Republik in Westafrika – eine frühere Kolonie Frankreichs, deren Wirtschaft und Infrastruktur heute durch 240 Niederlassungen von Konzernen des früheren „Mutterlandes“ kontrolliert werden – mißt 233 462 Quadratkilometer und hat Grenzen mit Liberia, Guinea, Mali, Burkina Faso und Ghana. Weltgrößter Produzent von Kakao (40 %) und in der Kaffeeerzeugung an 10. Stelle, erreicht die Elfenbeinküste ein um das Doppelte höheres jährliches Bruttoinlandsprodukt (640 Euro) als alle seine Nachbarstaaten. Früher ein Paradebeispiel für „Prosperität“, tobt in dem Land seit Oktober 2002 ein blutiger Bürgerkrieg, zu dessen „Befriedung“ französische Truppen entsandt wurden. Dem Konflikt liegen, vordergründig betrachtet, künstlich geschürte ethnische Differenzen zugrunde.

Um der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung Herr zu werden, spielte die Regierung auf der Tastatur des Nationalismus, denn 2,25 der 16,9 Millionen Landesbürger (15 % der Einwohnerschaft) wurden in der Kolonialzeit aus Burkina Faso „importiert“. Das hatte in der

Vergangenheit keine Rolle gespielt. Die herrschende Klasse aber erfand nun den Begriff der Elfenbeinküstler. Sie hetzte die „Alteingesessenen“ gegen die „Ausländer“ auf. Es gab eine Reihe von Massakern, was schließlich zum Bürgerkrieg führte. Anfang der 90er Jahre wurde eine „Aufenthaltsgenehmigung“ für „Ausländer“ eingeführt, die teuer bezahlt werden mußte. Die Devise „Teile und herrsche!“ funktionierte hervorragend. Der gegenwärtige Präsident Gbagbo gewann mit ihrer Hilfe die Wahlen im Jahre 2000. 1993, als der Kakaopreis gegenüber 1984 um das Fünffache fiel, brach eine schwere Wirtschaftskrise aus, die zur rapiden Verschlechterung der Lebensbedingungen des Volkes führte. Das Existenzniveau der Massen, das weit höher gewesen war als in den meisten anderen Ländern Schwarzafrikas, sank in kürzester Zeit dramatisch ab. Die Kindersterblichkeit (bis fünf Jahre) betrug 2002 nicht weniger als 176 auf 1000 Lebendgeborene.

Die Elfenbeinküste ist von großer Bedeutung für die französischen Kapitalisten. Das Land erhielt 2001 rund 41 % der Direktinvestitionen Frankreichs in seinen einstigen Afrikakolonien. Auch die USA sind an der Elfenbeinküste enorm interessiert. Der frühere Leiter der Afrikaab-

teilung im State Department Kantsteiner erklärte im Januar 2002: „Das westafrikanische Öl und besonders das aus dem Golf von Guinea bezogene besitzt strategischen Wert. Das Wort strategisch bedeutet, daß 15 bis 20 % unserer Erdölimporte in den nächsten drei bis vier Jahren aus dieser Region kommen werden.“ Die ökonomische Kontrolle über das Gebiet aber läuft über die Elfenbeinküste.

Frankreich ist auf „Ruhe und Ordnung“ bedacht und hat deshalb ein Abkommen zwischen den verschiedenen ethnischen und politischen Gruppen erzwungen. Es kam im Januar 2003 zustande. Dennoch ist der Konflikt nicht beigelegt. Vordergründig drückt er sich in der Teilung des Landes zwischen „Rebellen“ und Regierungstruppen aus. Er ist von Paris dazu genutzt worden, seine militärische Präsenz an der Elfenbeinküste zu verstärken, um die massiven ökonomischen Interessen der französischen Konzerne wirksamer verteidigen zu können. Offiziell wird diese damit begründet, man müsse „das Leben und die Sicherheit dort ansässiger eigener Bürger“ schützen.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel und „Initiative Communiste“, Paris

Ein Schuß, der nach hinten losging

Das Wetter war naßkalt an jenem 24. Februar 1977. Gegen die großen Fenster in München schlug der Schneeregen, und mißmutig blickte der Texter hinaus, da er an den Heimweg durch den Matsch dachte. Sicher: Drinnen war es hell und warm. Doch wie sollte ein Mensch bei diesem Wetter eine fesselnde Anzeige für Motorräder texten, die nach Frühling, lauer Luft und Schräglage klang?

Seufzend beugte er sich wieder über den Schreibtisch, drehte den Druckbleistift in der Hand. „Suzuki – die Sportkanone!“ stand da. Bereits seit einiger Zeit betreute seine Agentur „Herrwerth & Partner“ eine Anzeigenserie für den Heppenheimer Importeur der japanischen Marke, die die neuen „GS“-Modelle unter die zweiradfahrende Kundschaft bringen sollte. „Suzuki – die Sportkanone Kaliber GS 400“ hatte unser Mann bereits das kleinere Motorrad betextet. Die Anzeige würde am 6. April in der Zeitschrift „MOTORRAD“ erscheinen.

Doch nun ging es um die 63 PS der 750-cm³-Maschine. Eine Vierfarbseite sollte in der Nummer 8/77 geschaltet werden, am 20. April. Und der Abgabetermin war sechs Wochen vorher. Der Text mußte also noch heute stehen! Die GS 750 war in

Testberichten das schnellste Motorrad ihrer Klasse ... „Die Sportkanone Kaliber 750“? Nein, das war als Headline zu schwerfällig. Da hellte sich das Gesicht unseres Texters auf; der Bleistift flog übers Papier. Das war's: „Suzuki – die Sportkanone für Scharfschützen!“ Unser Mann heftete einen Merkzettel an den Text: „Abgabetermin beim Verlag: 4. März!“ Der Feierabend war gerettet. Am Donnerstag, dem 7. April, hat sich der Winter längst verzogen. Die Straßen in Karlsruhe sind trocken, die Luft ist allerdings noch kühl. Auf einem Parkplatz in der Hoffstraße hält ein Chauffeur die Tür eines dunkelblauen Mercedes auf, zwei Männer nehmen auf den Rücksitzen Platz. Der Fahrer setzt sich ans Steuer, und der Wagen biegt in die Straße ein. In wenigen Augenblicken werden alle drei Männer sterben. Ein Motorrad wird neben den Mercedes fahren, der Sozius wird mit einer Maschinenpistole den PKW durchsieben, und mit hoher Geschwindigkeit wird sich die Maschine vom Tatort entfernen. Einer der drei Toten ist Siegfried Buback, Generalbundesanwalt. Das Motorrad ist eine Suzuki GS 750. Als das geschieht, läuft die Tiefdruckrotation von Gruner & Jahr in Itzehoe auf vollen Touren. Sie

druckt die Nummer 8 von „MOTORRAD“. Mit der Vierfarbanzeige auf Seite 28: „Suzuki – die Sportkanone für Scharfschützen!“

Dieser Schuß geht für Suzuki nach hinten los. Obwohl weder die Werbeagentur, erst recht nicht der Importeur in Heppenheim etwas für die unglückliche zeitliche Abfolge können, trommeln die Medien los. Immerhin herrscht in der BRD die schwüle Atmosphäre einer beispiellosen Terroristenhysterie; wenige Monate zuvor haben Ulrike Meinhof und drei andere in Stuttgart-Stammheim den Tod gefunden, der Verdacht eines staatlichen Mordes konnte nie ausgeräumt werden.

Der Moderator des Südwestfunk-„Reports“, Franz Alt, schießt als Dritter in dem Drama: Suzuki schlachte den Mord zu Werbezwecken aus, behauptet er, der es besser wissen könnte. Die „Stuttgarter Zeitung“ gar scheut nicht davor zurück, den Anzeigentext falsch zu zitieren: „7. April: Ermordung des Generalbundesanwalts Buback von einer Suzuki aus.“ Die „freien“ Medien haben ihre Scharfschützen-Story gehabt und basteln schon an der nächsten. Desinformation hat in Westdeutschland wieder einmal Hochkonjunktur.

Hans Dölzer

Zu Gast im Atelier

Walter Lauche – ein gefragter Maler der DDR, der heute eher in den Hintergrund gedrängt worden ist – hat sich vor allem durch eindrucksvolle Porträts und einprägsame Landschaften profiliert. Immer öfter kamen Stilleben hinzu. Seinen Bildern gibt er bisweilen einen tiefgründigen politischen Inhalt. Als wir Walter Lauche, der eines Tages den „RotFuchs“ bei uns bestellt hatte, Mitte Oktober in seinem alten Bauernhaus in Neu-Rietz bei Treuenbrietzen besuchten, staunten wir nach dem Durchschreiten des Eingangstors nicht schlecht: Eine „Ausstellung“ besonderer Art überrascht hier die Eintretenden. Postmortal wird Verlorenes quicklebendig vorgeführt: Fotos und Dokumente erinnern an sozialistische Zeiten, an die DDR und ihren stärksten Politiker Walter Ul-



Porträtfoto: Armin Neumann



bricht. Auch Lenin begrüßt die Hereinschauenden.

Im Atelier lernten wir viele der neueren Arbeiten Walter Lauches kennen, darunter eine Serie von eindringlichen Musiker-Porträts. Der Maler bezieht aus den Kämpfen unserer Zeit manche Anregungen. Wir reproduzieren zwei seiner jüngsten Bilder. **K. S./A. N.**

▲ **Der Richter und sein Henker**

Das Gesicht der herrschenden Klasse ►

Martin Hellberg – späterer Schauspieler und Intendant, Theater- und Filmregisseur, Pädagoge und Schriftsteller – erblickte als Martin Heinrich am 31. Januar 1905 in Dresden das Licht der Welt. Er erlernte zunächst das Schlosserhandwerk. Nach seiner Ausbildung als Schauspieler war er 1924 bis 1933 am Staatstheater Dresden engagiert, wo sein Weg an der Seite von Hans Otto, Victor de Kowa, Erich Ponto, Erna Berger und anderen begann. 1933 mit Berufsverbot belegt, schlug er sich über zehn Jahre durch. Nach seinem Wirken an der Schauspielschule in München in den Nachkriegsjahren wurde er 1949 zum Generalintendanten der Staatstheater Dresden berufen. Seine Klassiker-Inszenierungen machten von ihm reden, aber auch die von ihm initiierten Shakespeare-Tage und die „Wochen der zeitgenössischen Dramatik“. Zu Beginn der fünfziger Jahre wandte sich der erfolgreiche Theatermann einem ihm

zer“ (1955), das an Originalschauplätzen mit rund 5000 Statisten gedreht wurde. An dem zweieinhalbstündigen Filmopus schätzten die Kritiker unter anderem die glanzvoll geführten Massenszenen. Letzte anspruchsvolle und erfüllende Filmrollen erhielt der Künstler im Alter. Herausragend war sein Goethe in dem Film „Lotte in Weimar“ (1975), den der Regisseur Egon Günther mit Lilli Palmer nach dem Roman von Thomas Mann drehte. Jene Aufgabe war für den gestandenen Interpreten der künstlerische Höhepunkt seines Lebens. Er spielte Goethe nicht, sondern er verkörperte den Geheimrat aus Weimar. „So ist bei Hellbergs Goethe jede kleinste, leiseste, scheinbar zufällig, leicht und launisch gesetzte Nuance von letzter, ich muß sagen: klassischer Gültigkeit, ist Extrakt und Konzentration, eine nicht mehr weiter kürzbare Formel“, meinte ein Filmkritiker. Die Mann-Verfilmung „Lotte in Weimar“ erlebte ihre Welt-

zwölfteligen Fernsehserie „Märkische Chronik“ von Bernhard Seeger übernahm Hellberg die Rolle des Pfarrers, zumal er schon den Pastor Himmelsknecht in Rudi Strahls Film „Ein irrer Duft von frischem Heu“ gespielt hatte. Ende 1989 war Hellberg noch in einer Nebenrolle in der Fernsehserie „Die gestundete Zeit“ zu erleben. 1982 hatte er letztmalig ein klassisches Theaterstück inszeniert. Es war Schillers „Wilhelm Teil“ am Deutschen Nationaltheater in Weimar. Bereits als Generalintendant in Schwerin und Wismar 1962/63 begann Hellberg sein autobiographisches und künstlerisches Fazit zu ziehen. Er besichtigte gleichsam sein Zeitalter als Charakterdarsteller in Dresden und anderen Städten neben anderen bedeutenden Mimen, als Theaterregisseur und Generalintendant in Dresden und Schwerin, seine Bemühungen um die Schauspielkunst in den Nachkriegsjahren, sein Wirken als Pädagoge in München und Babelsberg und seine große Zeit als Filmregisseur bei der DEFA. Martin Hellberg reflektiert in drei beachtenswerten Memoirenbänden sein Leben und Mitwirken an der deutschen Theater- und Filmgeschichte während eines Dreivierteljahrhundert (1905–1981), vorrangig in der DDR. „Die bunte Lüge“ (1974), „Im Wirbel der Wahrheit“ (1978) und „Mit scharfer Optik“ (1982) zeugen von den Höhen und Tiefen eines vielseitigen und engagierten Künstlerlebens im 20. Jahrhundert. Beinhaltet der erste Band die Erinnerungen des Schauspielers bis 1933, so der zweite Band die des Theatermannes bis 1951 und der dritte die des Filmmenschen bis 1981. Der Zeitzeuge Martin Hellberg – für den Arbeit stets Lebenselixier war – verschleiert in seinen Büchern nichts, erzählt schwungvoll, geistreich, mit Sinn für Humor und der Fähigkeit, sich selbst in Frage zu stellen, von seinen Höhepunkten und Niederlagen. Martin Hellberg starb am 31. Oktober 1999 in Bad Berka. Sein Lebenswerk ist aus der deutschen Theater- und Filmgeschichte des 20. Jahrhunderts nicht wegzudenken.

Dieter Fechner

Zum 100. Geburtstag von Martin Hellberg

ungewohnten künstlerischen Metier zu – der Filmkunst. Herausragend waren zunächst „Das verurteilte Dorf“ (1952) und „Geheimakten Solvay“ (1953) sowie seine streitbaren Klassiker-Adaptionen bei der DEFA. „Kabale und Liebe“, „Emilia Galotti“, „Minna von Barnhelm“, „Der Richter von Zalamea“, „Die schwarze Galeere“ und „Viel Lärm um nichts“ fanden damals eine breite Resonanz. In dreizehn Jahren führte Hellberg bei fünfzehn DEFA-Filmen Regie, verkörperte auch selbst manche Rolle, wie den Musiker Miller in „Kabale und Liebe“. Einen besonderen Höhepunkt bildete sein Filmkunstwerk „Thomas Münt-

uraufführung während der Filmfestspiele in Cannes, an denen Lilli Palmer, Martin Hellberg und Egon Günther teilnahmen. Die Goethe-Rolle war für Hellberg gleichsam eine Wende, aus der er Zukunftsglauben schöpfte. Der international geschätzte ungarische Regisseur Istvan Szabo verpflichtete Hellberg für die Rolle des großen Theaterregisseurs Max Reinhardt in dem erfolgreichen Film „Mephisto“ nach dem Roman von Klaus Mann. Hellberg verkörperte mit Vehemenz den legendären Theatermann, der die deutsche Bühnengeschichte in den zwanziger Jahren Berlins nachhaltig prägte. In der

Mit dem „RotFuchs“ verbundene Genossinnen und Genossen stehen vor bedeutsamen Jubiläen. Ihre runden oder halbrunden Geburtstage sind uns Veranlassung, ihnen unsere herzlichen Grüße und guten Wünsche zu übermitteln.

WIR GRATULIEREN

Wilhelm Trippler aus Abtsdorf (**13. Januar**) und
Hildegard Lenk aus Chemnitz (**14. Januar**)
zu ihren **85. Geburtstagen**.

Paul Fiedler aus Berlin
wird am **13. Januar** sein **achttes** Lebensjahrzehnt vollenden.

75 Jahre alt werden

Erhard Haugk aus Zwickau (**1. Januar**),

Günter Marx aus Erfurt (**5. Januar**) und

Heinz Hoffmann aus Strausberg (**28. Januar**).

Auch die Riege der 70jährigen erhält Verstärkung.

OMR Dr. Günther Lange
aus Neuenhagen (**7. Januar**),

Edeltraud Werner aus Berlin (**18. Januar**),

Prof. Dr. Harry Conrad aus Dresden
(**23. Januar**) und

Dr. Gerhard Steinmüller aus Schulzendorf
(**23. Januar**)

sind hier die Neuzugänge.

Und schließlich:

Edmund Peltzer aus Leipzig (**11. Januar**)
kann mit **60** als Jungveteran gelten.

Alles Gute, liebe Genossinnen und Genossen!

Die materialistische Geschichtsauffassung, wie sie in der DDR erarbeitet, erstritten und verbreitet wurde, ist mit dem Wirken von Philosophieprofessor Hermann Scheler (1911–1972) verbunden. Viele ältere Philosophen, Historiker und andere Geisteswissenschaftler, auch jene, die zur Soziologie und anderen Fächern überwechselten und noch heute, vorwiegend außerhalb von Universitäten, tätig sind, verdanken ihm Ausbildung und Anregungen auf dem Gebiet des Historischen Materialismus.

Hermann Scheler ist auch als damaliger Professoren-Typ interessant. Aus einer Thüringer Arbeiterfamilie stammend, schloß er sich 1928 bis 1933 zunächst der SPD, dann verschiedenen anderen nichtorthodoxen linken Gruppen der Arbeiterbewegung an. Seine Mitarbeit galt der Naturfreunde- und Freidenkerbewegung. Der illegale antifaschistische Widerstandskampf brachte ihm 1935 die Verurteilung zu vielen Jahren Zuchthaus ein. 1945 wurde er von den Amerikanern aus dem KZ Mauthausen befreit. Dem folgte die aktive Teilnahme am antifaschistischen Neuaufbau als Funktionär in Ostdeutschland bzw. der DDR.

1950 wurde er auf Grund seiner politischen Tätigkeit vor 1933 aus dem zentralen Parteiapparat der SED entfernt. Aber Scheler war nicht böse, dadurch die Möglichkeit zur Laufbahn eines Hochschullehrers an der Berliner Humboldt-Universität zu bekommen.

Ihn beschäftigten hauptsächlich philosophische Probleme von Krieg und Frieden, Fragen des Atheismus und der Religion sowie in wachsendem Maße geschichtsphilosophische Fragen. Der Aufbau des Sozialismus in der DDR war für ihn historisch gerechtfertigt und „gesetzmäßig“, ein widerspruchsvoller Übergang von der Spontaneität zur Bewußtheit im Geschichtsprozeß. Hermann Scheler stützte sich bei seinen philosophischen Ableitungen besonders auf Lenin sowie auf Friedrich Engels. Seine stark deduktive Methode war Ausdruck des Ausschlusses der Philosophen vom politischen Quellenmaterial und von Entscheidungsprozessen. Hinzu kam die Unterentwicklung des kritischen Potentials der marxistischen Philosophie in der DDR.

Scheler war ein anregender und persönlich beeindruckender Lehrer, der seinen Spielraum ausschöpfte.

Auf Grund seiner Lebenserfahrungen glaubte Scheler nicht so recht an die Möglichkeiten der Herausbildung eines „neuen Menschen“ im Sozialismus. Aber er hatte ein weites Herz mit Verständnis für die Schwächen der Menschen. Dabei gab es Grenzen: Daß Macht auch korrumpiert, hatte und hätte er wohl nie bestritten. Leider lehnte er die Entwicklung einer marxistischen Anthropologie ab.

Scheler war ein interessanter Philosoph der DDR von persönlicher moralischer Integrität. Aber nicht nur das. Was er z. B. zum imperialistischen Krieg in der Epoche bis 1945 zu sagen hatte, ist angesichts neuer Erfahrungen mindestens

Der Philosoph Hermann Scheler

methodisch noch auf Anregungen hin prüfenswert.

Das Gedenken an solche Persönlichkeiten der DDR-Philosophie wirft mit der historischen Würdigung auch andere Fragen auf: Die Überholtheit bestimmter philosophischer Konzeptionen oder ihre Neufassung und Weiterentwicklung sind das eine – das hat es in der Philosophiegeschichte immer gegeben. Aber das administrierte völlige Verschwinden von

marxistischen und atheistischen Professoren von den ostdeutschen Universitäten raubt den heutigen Studenten Möglichkeiten des Vergleichs von verschiedenen Inhalten und Qualitäten der Lehrer und ihrer Lehren. Das war und ist nicht zu ihrem Vorteil und kein Merkmal wirklich demokratischer Streitkultur und Hochschulpolitik.

Prof. Dr. phil. Frank-Reiner Rupprecht

Kampfplatz Berlin

Die Nachkriegsgeschichte Berlins unter alliierter Besetzung ist bis heute Gegenstand zahlreicher Fachpublikationen. Zu diesem Thema hat nun ein Intimkenner einen weiteren Beitrag geliefert: Joachim Mitdank, Mitarbeiter des DDR-Außenministeriums seit Ende der fünfziger Jahre, von 1968 an ein Jahrzehnt Leiter der Abteilung Westberlin, danach Botschafter in Finnland, dann in Großbritannien und Irland. In seinen Lebenserinnerungen beschreibt der Autor überzeugend seine persönliche Annäherung an das Berlin-Thema, beginnend mit dem Studium an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät 1950. Anschaulich werden Etappen des Kalten Krieges in der Viersektorenstadt: der Zerfall des Alliierten Kontrollrats, die separate westliche Währungsreform vom 20. Juni 1948 und ihre Übertragung auf Berlins Westsektoren, die Installation zweier Stadtverwaltungen unter Ernst Reuter und Friedrich Ebert. Aufschlußreiche Angaben belegen, daß die „Frontstadt“ für westliche Geheimdienste wie für wirtschaftliche Interessenten an qualifizierten östlichen Arbeitskräften ein wahres Dorado darstellte, das erst mit dem Mauerbau vom 13. August 1961 ein Ende fand. Höchst aufschlußreich sind auch Mitdanks Aufstellungen hoher, nie beglichener Postschulden der USA und Großbritanniens für benutzte Telefonkabel der Deutschen Post sowie westliche Einsprüche Mitte der siebziger Jahre gegen die Ausdehnung der Stadtgrenzen in Richtung Hellersdorf/Marzahn.

Bedrückend wirken die diversen Belege, nach denen der sozialistische deutsche Staat über die Jahrzehnte in Moskau als Faustpfand sowjetischer Großmachtinteressen behandelt wurde. Der Leser erhält Einblicke in den Aufbau und die Wirkungsweise eines mit dem Beginn der Ära Brandt installierten Geheimkontakts Moskau-Bonn, durch den – an der DDR vorbei – Entscheidungen zu deren Lasten getroffen wurden. Höchst interessant sind auch die von Mitdank in der Endphase der DDR registrierten wachsenden Besorgnisse insbesondere der Briten vor einem wiedervereinigten Deutschland nach Bonner Vorgaben; London wünschte der Regierung Modrow mehrfach Glück beim Vorhaben der Gestaltung einer „anderen

DDR“. Dankenswert an diesen Erinnerungen ist der Abdruck von 40 Dokumenten zur Berlin-Problematik, die dem Leser Tiefenschärfe für den Inhalt oft nahezu endloser Verhandlungen bieten. Sollte zwischen den Vertragspartnern eine „Grenze“ und der „Grenzverlauf“ (Ost) oder aber eine „Sektorengrenze“ bzw. „innerstädtische Grenze“ (West) fixiert werden? Den in jeder Hinsicht bemerkenswerten Erinnerungen ist ein breites Leserspektrum zu gönnen. Marginale Korrekturen sollten in wünschenswerten Neuauflagen berücksichtigt werden. So konnten (S. 15) „Ende 1968 geheime Verhandlungen mit der Regierung Brandt/Scheel“ seitens der Sowjetunion noch nicht geführt werden – diese Regierung trat erst nach den BRD-Wahlen vom 28. September 1969 ihr Amt an. Der Alliierte Kontrollrat hatte seinen Sitz nicht (S. 115) in der „Eisenstraße“, sondern vielmehr in der Potsdamer Straße 186 sowie der Elßholzstraße 32. Die Feststellung, die SPD sei in Berlin/West von 1984 bis 1981 „in ununterbrochener Folge Regierungspartei“ gewesen und habe immer den „Regierenden“ im Schöneberger Rathaus gestellt (S. 187), bedarf einer Einschränkung: Vom 22. Oktober 1953 bis zum 5. Dezember 1954 wurde die Stadt von einer CDU/FDP-Koalition unter Walter Schreiber (CDU) regiert.

Dr. Norbert Podewin

(Joachim Mitdank: *Berlin zwischen Ost und West, Erinnerungen eines Diplomaten*; Kai Homilius Verlag 2004, Edition *Zeitgeschichte*, Bd. 14, 337 S., 24,80 Euro)

2. Lesertreffen in Güstrow

Am 11. Dezember trafen sich 17 „RotFüchse“ aus Güstrow und Teterow zum zweiten Mal in Güstrow. In einer freimütigen und offenen Diskussion wurde über Schritte zur weiteren Verbreitung des RF und über Vorbereitungen zur Bildung einer Regionalgruppe des RF-Fördervereins beraten.

An der Aussprache nahmen Kommunisten und Sozialisten mehrerer linker Parteien und Parteilose teil. Einig war man sich, daß die Bestrebungen weitergeführt werden sollen, auch im Herzen Mecklenburgs eine Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins aufzubauen.

Dr. Siegfried Stein

Die Nacht war lang. Der mdr hatte einen Film über das ND-Gebäude am Franz-Mehring-Platz angekündigt, vielleicht aber kein so reines Gewissen und ihn deshalb in die letzten Minuten vor Mitternacht verlegt. Immerhin, den Titel paßte man dem Termin an: „Spuk der Vergangenheit“. Meine Neugier war höchst persönlicher Natur: Ich hatte die Grundsteinlegung jenes Hauses miterlebt und Jahrzehnte meinen Schreibtisch darin zu stehen gehabt. In der preiswerten Kantine (die wurde weder gezeigt noch erwähnt)

Staatsblatt, das Mitteilungsblatt. Das war auch nach dem Verständnis von Presse, was damals herrschte, der kollektive Organisator. Klingt heute irre, ja. Man hatte tatsächlich die Vorstellung von einem schönen mechanischen Kreislauf: Da oben sitzt jemand, der so erleuchtet ist, und der bringt dann seine Ideen in das Volk, und das Volk spielt dann irgendwelche guten Leistungen und Ideen wieder zurück. Also eine ganz naive Vorstellung eigentlich ...“ Beim Vorübergehen am alten Schreibbüro: „... Die Manuskripte mußten ja alle ab-

Der hatte mal in der Druckerei gearbeitet, gegenüber dem „Spuk der Vergangenheit“ gewohnt und mit dem Fernglas die das Haus Betretenden und Verlassenden rein persönlich überwacht, war auch mal bewinkt worden, erinnerte sich – verwirrt –, wann wo in welchem Raum welche Orden angelegt werden mußten. Und – Gipfel seiner Späße – wie er als Schwuler mit 250 frauentagsfeiernden Damen vier Stunden auf einem Spreadampfer zu verbringen hatte. Er sei nahe dran gewesen, in die – natürlich schmutzige – Spree zu springen. Ein Pförtner gab Auskünfte über die heutigen Mieter, ein Mieter über andere Mieter. Und die dort jetzt Mietraum nutzenden Kommunisten ließen revolutionäre Lieder zur Gitarre erklingen. Das sorgte für Spuk-Entspannungsphasen und frischte die Erinnerung an die „Plaza“-Zeiten auf.

Nein. Mehr war nicht. Auch keine Auskunft darüber, was aus dem Haus demnächst wird, nachdem Treuhand und Deutsche Bahn aus den verschiedensten Gründen das Weite gesucht haben und das ND dort wieder zu Hause ist.

Sorgen plagten mich nur, was geschehen könnte, wenn die tapfere Irmtraud eines Tages abermals in das Gebäude einziehen sollte. Wird sie in dieser Spukumgebung je wieder Buchrezensionen schreiben können? Und etwa nicht nur Harry-Potter-Werke bewerten?

Fragen über Fragen ...

Ich aber weiß nun, wo ich ein Leben lang was getrieben habe. Vor allem – laut Gutsche – wie viele bedauernswerte ND-Leser ich über Jahrzehnte malträtierte. Ich bin mir allerdings nicht sicher, ob es sich deswegen lohnte, mir eine Nacht um die Ohren zu schlagen. **Dr. Klaus Huhn**

Das Spukhaus am Franz-Mehring-Platz

hatte ich meine Mahlzeiten eingenommen und manche Fete im Blauen Salon erlebt. Aber nun sollte ich endlich erfahren, wo ich tatsächlich logiert hatte. Ich, das letzte lebende Gründungsmitglied des ND, sollte am Abend meines Daseins erfahren, wo ich was getan hatte. Das erklärte meine Spannung.

Da die Wartezeit länger wurde, blätterte ich in einem der unübertroffenen Annemarie-Lange-Bücher über die Geschichte Berlins und fand auch auf Seite 765 einige Zeilen über das Haus, das einst dort gestanden hatte: Das Varieté „Plaza“. 3000 Plätze und demzufolge schwer zu füllen. Man nahm auf den billigen Stühlen 30 Pfennige, und die Manager „brachten ihre abgespielten Operetten in die Plaza und hatten im Vertrag nur drittrangige Kräfte zu engagieren, um das Publikum nicht zu verwöhnen und anspruchslos zu halten“. Die Quelle war angegeben, und ich markierte vorsichtshalber die Seite.

Dann endlich blendete der „Spuk der Vergangenheit“ auf. Ich mußte nicht lange warten, um dahinterzukommen, daß man sich strikt an die alte „Plaza“-Regel gehalten hatte: mit einer Ausnahme drittrangige Kräfte. Die Ausnahme war der unverwundliche Walter Grenzbach. Der als „roter Onkel“ Titulierte hielt die ND-Stellungen in allen Etagen des Hauses und hatte nicht mal Hemmungen, „Das Kapital“ für die Geschenke unterm Weihnachtsbaum hervorzuholen und auch sonst Marx zu empfehlen. Ein redlicher ND-Erbe. Hut ab.

Natürlich ging es gar nicht um das Haus, sondern ums ND, und um das ins rechte Licht zu rücken, hatte man eine gewisse Irmtraud Gutsche engagiert. (Siehe oben).

Hier einige Verkündigungen von ihr: „Wenn man das ND von damals verstehen will, da muß man einfach lesen, was in der Kopfzeile stand. Da stand nicht Zeitung, stand nicht unabhängige Tageszeitung, sondern da stand Organ, Organ des Zentralkomitees, also nicht mal Organ der SED, sondern Organ des Zentralkomitees, und eigentlich hätte man sagen müssen, Organ des Politbüros. Als solches wurde das ND auch verstanden, das war das

geschrieben werden, sogar dpa, Quatsch, ich sage jetzt dpa, ADN-Meldungen, wenn die kamen, mußten die abgeschrieben werden. ...“ (Beleg für den unmenschlichen Zwangsstaat, aber unzutreffend) „... Der Reiz war, daß man nicht so ein armer entfremdeter Mensch gewesen ist, der früh die Zeitung aufschlägt und das Gefühl hat, er kriegt eine Ohrfeige verpaßt, sondern der wußte, wie alles zusammenhing. ... Es herrschte in diesem Haus ein ausgesprochen freizügiges Klima ... Wenn du die ganzen Sachen kennst und siehst, wie irrsinnig das läuft, dann konntest du manchmal denken, dir platzt der Kopf und du wirst wahnsinnig. ... Das war das Spannungsfeld, das Gefühl der Ohnmacht einerseits ... und daß du andererseits am nächsten Morgen aufwachst und denkst: Ich könnte ja ... Und dann geht's ja vielleicht sogar ... Das waren Empfehlungen, wo die Tagesordnung bekanntgegeben wurde für den Parteitag, der 89 oder 90 stattfinden sollte, und da stand schon drin, daß Erich Honecker wiedergewählt wird. Das war so was von gruselig für mich, als ich das gelesen habe, richtig körperlich gruselig. Am nächsten Morgen konnte ich nicht mehr reden, und da habe ich festgestellt, daß ich hier eine Geschwulst habe ... Irre ... Ich will das jetzt nicht so ganz unbedingt in Zusammenhang bringen, aber es war gruselig. ... Eine jüngere Generation, die sich in den Startlöchern befindet und endlich loslaufen kann. Ich denke, daß ich damals auch dieser Generation angehörte, die dachte ... ja, und es war dann schnell vorbei ...“

Viel mehr war schon nicht zu erleben. Was dem „Plaza“-Film nicht fehlen durfte, war ein Spaßmacher, aber da war auch nur einer aus der dritten Reihe verfügbar.



Leserbriefe an RotFuchs



Als Langzeitarbeitslose mußten auch wir – meine Frau (52 Jahre) und ich (55 Jahre) – ALG II beantragen. Der Bescheid, der uns dann im November erreichte, war für uns ein Schock! Bisher bezogen wir zusammen rund 1000 Euro Arbeitslosenhilfe. Auf einmal sollten wir gar nichts mehr erhalten, obwohl wir kein Vermögen besitzen, arbeitswillig sind, uns ständig beworben haben und ebensooft – oder besser gesagt, regelmäßig – Absagen erhielten. Die erste Frage war natürlich: Wovon sollen wir ab 1. Januar 2005 unsere Miete bezahlen (366,85 Euro), wenn wir keinerlei Einkommen haben? Wir wollen arbeiten, aber dieser Staat läßt uns nicht. Man predigt zwar das Märchen vom 1. Arbeitsmarkt, hört jedoch täglich in den Nachrichten, wie viele Arbeitsplätze auf diesem vernichtet werden. Statistiken belegen: 1000. Der Direktor der Agentur für Arbeit Leipzig, Dr. Lothar Meyer, versicherte erst jüngst im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, daß über die 1-Euro-Jobs Langzeitarbeitslose wieder auf dem 1. Arbeitsmarkt Fuß fassen sollen. Welche Ironie!

Damit ich überhaupt noch das Gefühl habe gebraucht zu werden, übe ich seit einiger Zeit einen 165-Euro-Job aus. Es bestünde die Möglichkeit, mit einer gewissen finanziellen Unterstützung meines „Arbeitgebers“ durch den Staat, diese Beschäftigung in einen Vollzeitarbeitsplatz umzuwandeln. Anfragen bei der Agentur für Arbeit blieben jedoch erfolglos. Das Ansinnen wurde abgelehnt. Ich habe aus dem ganzen Akt nur einen Eindruck gewinnen können: Es geht überhaupt nicht darum, Arbeitslose in Lohn und Brot zu bringen (Wo denn auch?), sondern um die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosen, die von staatlicher Seite Armut verordnet bekommen. (...) Ich habe das Gefühl, daß wir, die wir sowieso nichts haben, für die gegenwärtige Gesellschaft nur eine Rechengröße darstellen. Aber in Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Rolf Kasper, Leipzig

Als ehemaliger DDR-Bürger, der viele Jahre in der Ukraine tätig war, möchte ich den Lesern meine Meinung zu den dortigen Ereignissen sagen. (...) Immer wenn die Rechten gewinnen, ist alles korrekt, doch wehe, sie verlieren, dann ist das Geschrei im Westen und bei den Geldleuten der Ukraine, die sich so schamlos am Volksvermögen bereicherten, groß. Dann dürfen sogar Kriminelle zu Kämpfern für Demokratie, Recht und Freiheit mutieren. Ein Beispiel: Die Wortführerin des unterlegenen Oppositionskandidaten Juschtschenko, die Parlamentsabgeordnete Julia Timoschenko, die zu den reichsten Frauen der Ukraine gehört, rief ihre Anhänger zur Blockade von Hauptstraßen, Eisenbahngleisen, Flughäfen und öffentlichen Gebäuden sowie Armee und Polizei zum Ungehorsam auf, um das Wahlergebnis im Sinne der Opposition zu verändern. Man stelle sich vor, USA-Präsidentschaftskandidat Al Gore hätte vor vier Jahren so reagiert, als George W. Bush auf höchst zweifelhafte Art zum Präsidenten bestimmt wurde. Gore erkannte das Wahlergebnis notgedrungen an. Doch extrem rechte und machtbessene Politiker der Ukraine scheinen da anders zu denken, weil sie die volle Unterstützung des Westens spüren. Und den stört keineswegs, daß Frau Timoschenko als ehemalige stellvertretende Ministerpräsidentin des jetzigen Wahlsiegers Janukowitsch wegen Steuerhinterziehung und Urkundenfälschung entlassen werden mußte, weil sie zwischen 1995 und 1997 als Chefin des Energiekonzerns EESU Erdöl im Wert von 80 Millionen Dollar am ukrainischen Zoll

vorbeischmuggelte und sich persönlich bereicherte. So also sehen die Kämpfer für saubere Wahlen aus, die im Westen viel Sympathie genießen.

Werner Fiedler, Nordhausen

Nicht spaßig, aber von einem gewissen Unterhaltungswert ist die Mitteilung der Bundesanwaltschaft des Herrn Nehm über die „Verhinderung eines Anschlags auf Allawi“, den Statthalter der USA in Irak. Alle Kostgänger des „Anti-Terrorkampfes“ versammelten sich vor den Kameras und Mikrofonen. Sie kolportierten, daß die „Attentäter“ einen „Molotowcocktail“ auf diesen hochgeehrten Staatsgast werfen wollten, weshalb das Treffen mit Exil-Irakern abgesagt worden wäre. (...)

Am nächsten Tag war der „Molotowcocktail“ in den Nachrichten nicht mehr zu finden, aber vier „Verdächtige“ wurden bereits verhört. Aus Indiskretionen ging hervor, daß alle Vernommenen die Anschuldigungen ins Reich der Phantasie verwiesen haben.

Ach ja, noch ganz nebenbei: „Die Bundesregierung erwägt die Ausbildung von irakischen Sprengstoffexperten in Deutschland ...“, hieß es. Ist das die eigentliche Nachricht, die hinter dem Rauchvorhang deutscher Terrorhysterie verkündet werden sollte?

Gerd Brunecker, Berlin

Mit Aufmerksamkeit haben wir die von der Redaktion angeregte Diskussion zu „Wende oder Konterrevolution“ verfolgt. (...) Wir stimmen mit jenen überein, die die Beseitigung des sozialistischen Staates auf deutschem Boden als Konterrevolution charakterisieren. Für die Wiedererrichtung der kapitalistischen Herrschaft ist „Wende“ ein verharmlosender Begriff. Er taugt allenfalls noch zur Bezeichnung des Verhaltens jener, die sich plötzlich von einst überzeugten Kommunisten zu Mitläufern, Irregeleiteten oder Opfern gewendet haben. (...)

Für eine umfassende, differenzierte marxistisch-leninistische Analyse der in diesem Zeitabschnitt wirkenden politischen und sozialen Kräfte ist noch viel Arbeit zu leisten. Dazu müssen Archive geöffnet werden, nicht nur die der DDR.

Werner Walde u. Kurt Winter, Cottbus

Die Begeisterung, die uns alle, die wir den Sozialismus in der DDR aufgebaut haben, erfaßte, hat Prof. Dr. Kundel richtig beschrieben. Sie läßt nicht den Schluß darüber zu, wie erfolgreich und wie weit fortgeschritten wir waren, ob nur bis zum „Frühsozialismus“ oder darüber hinaus. Auch ist die Antwort auf die Frage, „ob die Bolschewiki dann nicht zu leichtfertig waren, als sie die sozialistische Revolution begannen“, nicht mit der Antwort auf die Frage identisch: „Frühsozialismus oder nicht?“ Wir unterstellen, daß der Begriff „Frühsozialismus“ nicht „zu früher Sozialismus“ impliziert, sondern eben heißen soll: „Sozialismus in seinen Anfängen“. So jedenfalls begegnete ich ihm in Diskussionen. Und übrigens, den Vorwurf „Diktatur“ können wir getrost hinnehmen, denn wir hatten uns bewußt für die Diktatur des Proletariats entschieden, weil ohne sie die unvermeidliche Übergangsperiode nicht möglich wäre. Daß wir sie von Anfang an auf eine breitere soziale Basis und ein breiteres Bündnis im Rahmen der Nationalen Front gestellt haben, als es den Bolschewiki möglich war, ist zugleich der markante Unterschied. Daß wir die Übergangsperiode historisch weiter ausdehnen mußten, als den theoretischen Vorstellungen unserer Klassiker entsprach, lag in der Natur der Zeit. Das führte aber eben auch zu den unterschiedlichen Entwicklungsstufen des Sozialismus bei uns. (...)

Ich sehe in der Benennung „Frühsozialismus“ – wenn sie nicht prähistorisch gemeint ist – keine Schmälerung unserer erbrachten Leistung, die in mannigfaltiger Hinsicht dem heutigen Zustand der BRD überlegen ist. (...) Für mich ist es unerträglich, daß sich die PDS schwertut, mit berechtigtem Stolz auf die Taten zu verweisen, die von vielen

ihrer Mitglieder in jener Zeit erbracht wurden. Wenn man das, was wir in der DDR errungen haben – von der Kinderversorgung über sichere Lehrstellen und Arbeitsplätze bis zur kostenlosen Gesundheitsbetreuung und umsorgtem Altwerden – als „Frühsozialismus“ bezeichnet, dann sagt das nur, wo Deutschland heute stünde, wenn es den reifen Sozialismus hätte.

Horst Joachimi, Berlin

Ich halte den Beitrag „Wie Quellas Frau Schickedanz zu ihren Milliarden kam“ von Dr. Manfred Böttcher (RF 83) für sehr informativ. Ein wichtiger Gesichtspunkt gelangte dabei allerdings nicht zur Sprache: Der sogenannte innerdeutsche Handel. Denn der Handel zwischen der DDR und der BRD galt als innerdeutsch, da die BRD die DDR völkerrechtlich nicht anerkannte. So kam es, daß der Handel zwischen den beiden deutschen Staaten zollfrei abgewickelt wurde. Die BRD kaufte Produkte zu Dritte-Welt-Preisen in der DDR ein und vermarktete sie dann unverzollt und höchst gewinnbringend, häufig mit dem Aufdruck: Made in Germany. Dabei gab es eine Einnahmemaximierung, die noch heute viele goldene Nasen – auch die von Frau Schickedanz – zum Glänzen bringt.

Bei dem Wohlstandsgelände zwischen DDR und BRD spielten natürlich auch valutapolitische Gesichtspunkte eine große Rolle: Die Währungen sogenannter hochentwickelter Länder waren seitens des Westens überbewertet, ihre Kaufkraft in den eigenen Ländern viel geringer als in Zweit- und Drittwelt-Ländern, was noch heute der Fall ist. Inzwischen wird in EU-osterweiterten Ländern billig gekauft oder produziert bzw. direkt aus der immer näher rückenden Dritten Welt importiert. Dadurch gibt es bei den Konsumenten, die für die Verwaltung der Arbeit und die Produktion überflüssig wurden (Einführung von Computer- und Robotertechnologie) einen Kaufkraftschwund, der sich als Stagnation des Konsumverhaltens niederschlägt. Hier gräbt sich der Kapitalismus langfristig selbst das Wasser ab, oder er benötigt Kriege als „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“.

Die USA sind ein hervorragendes Beispiel: Präsident Nixon schrieb in seinem politischen Testament, es gäbe nur dann eine Supermacht, wenn diese ökonomisch eine sei. Die USA sind, betrachtet man ihre negative Außenhandelsbilanz und ihre astronomische Staatsverschuldung, nach der Nixon-Definition keine wirkliche Supermacht. Die Ölindustrie und der militärisch-industrielle Komplex besitzen in den Vereinigten Staaten die absolute Macht. Der Dollar wäre im Prinzip kaum das Papier wert, auf dem er gedruckt ist, könnte man nicht Öl dafür kaufen. Der Petro-Dollar stellt so lange die Absicherung der US-Währung dar, solange das OPEC-Kartell sich nicht für den Euro als Ölabrechnungswährung entschieden hat. Dann gäbe es eine neue Reservewährung der Welt ...

Frank-Reginald Evertz, Sibiu (Rumänien)

„Rote Segel“ – eine Gruppe von Lenin-Pionieren aus einem Moskauer Stadtbezirk, die ich bei meinem letzten Rußland-Aufenthalt im vergangenen Sommer kennenlernte, sucht aktiven Kontakt zu gleichgesinnten Schülern im Alter von neun bis siebzehn Jahren in Deutschland. Es geht um Korrespondenz, Erfahrungsaustausch und Begegnungen. Die Moskauer Pioniere leben die Tradition der 1922 in der Sowjetunion gegründeten kommunistischen Kinderorganisation, der am 23. Mai 1924 der Name „Wladimir Iljitsch Lenin“ verliehen wurde. Durch interessante und vielseitige Tätigkeiten achten und pflegen sie die revolutionären Traditionen. In Diskussionsrunden wird über aktuelle politische und gruppeninterne Dinge gesprochen. Die Pioniere organisieren Konzerte für Veteranen, helfen alten und hilfsbedürftigen Menschen, beteiligen sich am sportlichen und kulturellen Wettstreit. Zum aktiven Pionierleben gehören Exkursionen zu historischen und revolutionären Gedenkstätten wie z. B. der

Festung Brest, die 1941 von den sowjetischen Truppen heldenhaft verteidigt wurde. Die Fahrt in diesen Sommerferien führte sie nach Karelien. Abends saß man dann bei Gitarrenmusik am Lagerfeuer. (...)

Interessierte linke Kinderorganisationen und Kinder mit ihren Eltern, die sich der Idee des Kampfes der Arbeiterklasse verpflichtet fühlen, können sich zur Kontaktaufnahme an die Redaktion wenden.

Cilly Keller, Berlin

Der „Thüringer Allgemeinen“ vom 9. 11. 04 war zu entnehmen, daß die Stiftung zur „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ weitere 55 Millionen Euro aus dem einstigen SED-Vermögen erhält. (...) Über die neuerliche Finanzspritze werden sich die „SED-Aufarbeiter“ sicher sehr freuen. Nicht so erfreut dürften darüber jene unter den zuletzt 2,3 Millionen SED-Mitgliedern sein, die Monat für Monat mit ihren nicht geringen Mitgliedsbeiträgen über viele Jahre zum SED-Vermögen beigetragen haben. Von 1946 bis 1989 kam da allerhand zusammen. Die Gegner der SED plündern nun die Töpfe anderer, und alles ist „rechters“.

Als ehemaliges SED-Mitglied und heute langzeit- arbeitsloser Produktionsarbeiter, der 28 Jahre das SED-Vermögen gemehrt hat, wäre ich damit einverstanden, daß diese 55 Millionen Euro den Opfern der kapitalistischen Geldddiktatur, den schwer sozial Gebeutelten und Abgezockten zugute kommen. Den Ärmsten dieser Gesellschaft wäre damit mehr gedient als mit Haß- und Hetztrakaten über SED und DDR. (...)

Übrigens: Wie groß wäre wohl der Aufschrei gewisser „Demokraten“ gewesen, hätte die VR China beim Anschluß Hongkongs in gleicher Weise die Mitglieder der dort bestehenden bürgerlichen Parteien enteignet? **Herbert Freiberg, Erfurt**

Anfang November bekam eine gute Bekannte von ihrem Sozialamt einen offiziellen Bescheid, daß ihr das Blindengeld zum 1. Januar 2005 gestrichen werde. Man kann sich vorstellen, wie entsetzt sie war. Später stellte sich auf Nachfrage heraus, daß der Bescheid auf einem Versehen beruhte. Es war nämlich ein allgemeiner Text (einschließlich Rechtsbelehrung) ohne Prüfung des Einzelfalles an eine größere Zahl von Betroffenen verschickt worden. **RA Prof. Dr. Erich Buchholz, Berlin**

Im November-„RotFuchs“ wurde ein interessanter Artikel von Horst Joachimi „Staatsterrorismus – Wesen des amerikanischen Jahrhunderts“ veröffentlicht. Ich stimme allen Aussagen zu, wenn sich „amerikanisch“ auf US-amerikanisch bezieht. (...) Zu Amerika gehören 35 Staaten unterschiedlicher Größe. Sie sind im Verlauf der fünf Jahrhunderte nach der Conquista entstanden. Drei von ihnen, nämlich Kanada, die USA und Mexiko, bilden das geographische Nordamerika. Mexiko sowie die süd- und mittelamerikanischen Staaten nennt man Lateinamerika. Das rührt wohl vom Gebrauch romanischer Sprachen her. Je nach Bedarf wird die Karibik geographisch eigenständig gesehen oder Lateinamerika zugeschlagen. (...) Die Geschichte der lateinamerikanischen Länder ist geprägt von europäischer Eroberung mit Glasperlen, Feuerwasser, Kreuz und Schwert. In den Jahrhunderten kämpften sie permanent um ihre Unabhängigkeit. Kaum daß sich die Vereinigten Staaten von Amerika zusammengefunden hatten, begannen sie die Befreiungskämpfe der Lateinamerikaner gegen die spanische Krone zu unterstützen. Ergebnis: Errichtung der Ägide der USA über den gesamten Kontinent. Seitdem sprechen die Beherrscher des Kontinents von der Freiheit Amerikas so, als würde es die anderen gar nicht geben.

Wolfgang Herrmann, Dreesch

Die Opposition in der Ukraine erwartet von der EU eine „parteilichere“ Stellungnahme gegen die moskautreue Regierung, hieß es am Beginn der

Kiewer Krawalle. Schließlich hat die US-Regierung die Wahlen in der Ukraine als undemokratisch abgelehnt. Was man unter Demokratie zu verstehen hat, versucht man ja seit geraumer Zeit den Irakern mit Bomben, Granaten und Schmiergeldern einzutrichtern. Wahlen sind immer „demokratisch“, wenn „Demokraten“ gewählt werden. Und wer „Demokrat“ ist, das bestimmen die USA mit George W. Bush an der Spitze. Für sie ist das Ganze nur ein Teile-und-herrsche-Spiel, für das „alte Europa“ eine Frage von Krieg und Frieden im Herzen des Kontinents. Wer vermag die Abenteurer noch zu bändigen? **Ulrich Farin, Bramsche**

Titel sind keine Schande, vor allem nicht, wenn man sie ehrlich erworben und sorgsam gepflegt hat. Das gilt auch für einen Prof. Dr. phil. habil, der eine Professur für Marxismus-Leninismus innehatte. Schlimm wird es, wenn einer seine Titel als eine Monstranz vor sich herträgt, gleichzeitig aber sein Mäntelchen in den Wind hängt.

Da versucht ein Herr Michael Nier, geschmückt mit oben genannten Titeln, seine ideologische Verwirrung im „RotFuchs“ zu plazieren. In einem Brief an das u. a. freigeistige Hamburger Blatt „DER FUNKE“ (Dezember-Nummer) beklagt er sich bitter über Klaus Steiniger. „Er druckt von mir nichts, denn durch meine zeitweilige NPD-Mitgliedschaft stehe ich außerhalb der menschlichen Gesellschaft.“ Das ist einerseits untertrieben, denn immerhin war Herr Nier mal der Spitzenkandidat der Neofaschisten in Sachsen, und andererseits übertrieben, denn er selbst wähnt sich von der Gesellschaft verlassen. Der RF als „ein Organ tief betroffener DDR-Eliten“ wird den Äußerungen dieses Mannes wohl keine Zeile gönnen, hoffe ich. Ihm „kommt (es) so vor, als ob Klaus Steiniger nur eine politische Personalablage verwalten würde“. Offensichtlich wäre er gern dabei. Oder weshalb zieht er gegen die „sogenannten wissenschaftlichen Kommunisten“ zu Felde? Was war er denn selbst für einer? Die anderen „waren ein Graus, dogmatisch und borniert“. Weil das alles so schrecklich ist, versuchte sich Herr Nier durch eine „kleine Spende für den Bezug des Blattes“ in den „RotFuchs“ zu mogeln. „Das werde ich mir zukünftig sparen und lieber mal ein Heft der ‚Wirtschaftswoche‘ oder eine ‚Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung‘ kaufen.“ Recht so, soll der „RotFuchs“ doch untergehen, wenn er so kommunistisch bleiben will. (...)

Eine Zukunftsvision des Herrn Professors muß meine Tastatur noch ertragen. Natürlich erwartet auch er eine neue sozialistische Revolution. Aber: „Es wird eine Revolution ohne die traditionellen KPs sein, denn die haben sich historisch blamiert und viele ihrer Edlen die Fronten gewechselt.“ Blamiert, denke ich, hat sich Herr Nier. Und natürlich auch die Fronten gewechselt. Vielleicht zählte er sich gar zu den „Edlen“.

Richard Georg Richter, Cloppenburg

Im Potsdamer Landtag fand eine eigenartige Debatte statt. Dort ergriff unlängst die junge, direkt gewählte PDS-Abgeordnete Carolin Steinmetzer das Wort. In ihrer Rede bekannte sie sich zur Entwicklung in der DDR und verwies auf ihre unbeschwernte, sorgen- und angstfreie Kindheit. Sie ist heute 24 Jahre alt und weiß, wovon sie spricht. Dieses Bekenntnis schlug wie eine Bombe auf dem Hühnerhof ein. Unverschämtheit, wurde gerufen. Die Hähne der SPD- und CDU-Fraktionen krächten los, wie man ein solches Ei im Landtag legen könne. Selbst Herr Platzeck konnte die Rede nicht ungerügt lassen. Andere Gewählte hoben die Bedeutung des „Mauerfalls“ hervor und rühmten die gewonnene „Freiheit“. Leider entsprach die Freiheit, von der Carolin Steinmetzer Gebrauch gemacht hatte, nicht den Vorstellungen dieser Landtagsabgeordneten. Sie vergaßen, wo auch

sie aufgewachsen sind, wo sie schulisch gebildet wurden oder wo sie ihr Diplom erworben hatten.

Hans-Jürgen Völtz, Prenzlau

Wißt Ihr, wie es Spaß macht, endlich mal wieder was Ordentliches zu lesen? Meinen allerherzlichsten Dank dafür, daß Ihr den Mut und den Optimismus habt, mit dem „RotFuchs“ gegen den politischen Mainstream anzuschreiben; daß Ihr die Kraft und das Geld aufbringt, eine Zeitschrift zu produzieren, die sich mit Fug und Recht links nennen darf; daß Ihr die Alten ermutigt, die Historie (und nicht nur die der DDR) so zu beschreiben, wie wir sie erlebt haben (und nicht so, wie wir sie erlebt zu haben haben); daß Ihr mir das Vertrauen wieder gegeben habt, daß es noch eine linke theoretische Basis und eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der derzeit stärksten und organisiertesten linken Kraft in Deutschland (der PDS) gibt. (...)

Ich wünsche Euch und mir weiterhin spannende und fundierte Informationen, beleuchtete Zusammenhänge und produktive Kritik – auch am linken Zeitgeist. **Uwe Radtke, Bautzen**

Zu der von Dr. Rudolf Dix vorgeschlagenen Art des Buchstabierens des Wortes Deutschland habe ich einen Einwand. Unter „L“ heißt es, daß es sich um inkompetente Politiker handele. (...) Die Kampagne des Sozialabbaus ist jedoch mit viel Raffinesse und Hintertriebenheit aufgebaut. Sonst würden sich nicht so viele Menschen hinter Licht führen lassen. An Intelligenz mangelt es denen nicht, auch nicht an Kompetenz. Sie sind sehr kompetent bei der Wahrnehmung der Belange des Kapitals. (...) Wer seine Gegner unterschätzt, ist auf die nächsten Schläge nicht gut vorbereitet.

Günther Wassenaar, Reinsdorf-Dobin

Der Stadtrat meiner Heimatstadt Zwickau stimmte am 24. 11. 2004 mit dem Votum aller Fraktionen der Privatisierung der Städtischen Nahverkehrsbetriebe zu. Auch die PDS-Stadtratsfraktion gab ihr Ja – trotz des Protests der an der Sitzung teilnehmenden SNZ-Beschäftigten. Mir zeigte das, wie weit diese Partei nach rechts gerückt ist. Mit demokratischem Sozialismus hat eine solche Haltung nichts zu tun. **Hans-Georg Vogl, Zwickau**

Der Schöngeist des ND

Fast täglich ein Artikelpack zu dritt vom selbsternannten Schöngeist – doch wie heißt er?

Wer anders könnte es sein als H. D. Schütt?

Ach, wenn ihn bloß sein Ego nicht so ritt, dann blieben all die wirklich großen Geister verschont von seinem Kritikerkleister.

Ich bitte um Verständnis, wenn ich meinen Namen nicht nenne, um nicht ebenfalls von Herrn Schütt ausgeschmiert zu werden. **Ein treuer Leser**

In den Artikeln „Trendwende“ und „Nach Brandenburg ...“ (RF 82) gibt es Einschätzungen der PDS, durch die deren Führung massiv unterstützt wird. Man fällt den Marxisten in der Partei in den Rücken.

Die Anti-Hartz-Kampagne ist kein Verdienst der PDS. Sie ist erst recht spät auf den Zug aufgesprungen (Wahltaktik). Die Initiatoren waren und sind andere.

In Sachsen und Brandenburg erhielt die PDS auch Zuspruch als Abmahnung für die SPD. Er entsprang nicht eigener überzeugender Politik.

Die Aussage, daß die PDS-Führung diesmal nicht umgefallen und nicht in die „Koalitionsfalle“ gegangen sei, ist schlichtweg falsch. (...) Schon 1998/99 war klar, daß Bisky, Christoffers und leider auch Dagmar Enkelmann liebend gerne alles über Bord geworfen hätten, um mitregieren zu können. Lothar Bisky hat wenige Wochen vor den Brandenburger Landtagswahlen nach einer Beratung des Parteivorstandes mit PDS-Landesregierungsmitgliedern

aus Berlin und Mecklenburg-Vorpommern „Regierungsbeteiligungen der PDS als immanenten Bestandteil der Politik der Partei“ bezeichnet. (...) So war die Entscheidung der SPD in Brandenburg schon eine herbe Enttäuschung, aber noch tiefer konnte die PDS-Führung mit ihren Minimalforderungen nicht gehen, gegen den Willen der Basis. (...) Ich bin dagegen, Parteien pauschal zu verurteilen. Aber ich wende mich auch gegen die Unterstützung einer Partei durch unsere Zeitung.

Konstantin Brandt, Pinnow

Informationsgesellschaft

*Herr Wickert von den Klassenthemen,
Frau Will, Herr Roth, die auch noch kämen,
Die andern, die sich niemals schämen
Und jeden Tag mein Recht mir nehmen
Mit purer Wahrheitsheuchelei – Problemen,
Die Verstand nur lähmen.
Lauschst du den Nachrichtensirenen?*

E. Rasmus, Berlin

Im letzten Sommer waren wir wieder in Frankreich unterwegs. Im Loire-Tal hatten wir, fern von unserer brandenburgischen Heimat, ein unerwartet schönes Erlebnis. Als wir uns gerade auf der Autobahn zwischen Orleans und Tours befanden, tauchte vor uns ein Tankwagen der Sektmärke „Rotkäppchen“ auf. Es erfüllte mich mit großer Freude, daß im Spirituosenparadies Frankreich unser spritziges Getränk gute Aufnahme gefunden hat. (...) Ich überholte das Fahrzeug mit dem ostdeutschen Kennzeichen und erhob die geballte Faust zum Gruß aus dem Fenster. Mit Lichtzeichen und Hupen erwiderte der unbekannte Kraftfahrer das Signal. Meine Begeisterung darüber war so groß, daß ich die angesteuerte Autobahnabfahrt verpaßte. Doch das war mir dieser Augenblick wert.

Dr. Bernhard Majorow, Potsdam

Seit Monaten erhalte ich diese Zeitschrift und bin hocherfreut über ihren Inhalt, obwohl ich nicht immer alle Aussagen in den Artikeln teile. Auf jeden Fall begrüße ich es, daß hier die Geschichte der DDR, unverfälscht von unseren politischen Gegnern, wiedergegeben wird. Ich möchte Mitglied im Förderverein werden. Von Beruf bin ich Stellmacher, im zweiten Beruf Staatswissenschaftler. Als Offizier der DVP war ich langjähriger Leiter des Betriebsschutzes im VEB Filmfabrik Wolfen. Seit 1990 leite ich die Basisorganisation Wolfen-Altstadt der PDS.

Günther Lidke, Wolfen

Dr. Klaus Emmerich hat sich in einem Leserbrief an den RF zu den Minenfeldern an der türkisch-griechischen Grenze geäußert. Obwohl ich nur zeitweilig in Griechenland lebe, will ich dazu kurz meine Meinung sagen. Jeder Staat hat das Recht, das System der Grenzsicherung nach seinen eigenen Überlegungen zu regeln. Daß es zu Minenfeldern zwischen zwei NATO-Staaten kommt, ist aus historischen und politischen Gründen nicht verwunderlich. Wie wir wissen, hat die Türkei den Nordteil der überwiegend griechischsprachigen Insel Zypern vor Jahrzehnten widerrechtlich besetzt. Jetzt wurde dort sogar der Bau von Siedlungen mit NATO-Absegnung begonnen.

Daß die seinerzeitige Verminderung der Grenzen zwischen NATO und Warschauer Vertrag zum Absurdum erklärt wurde, ist nur eine Variante, um die Existenz der DDR nachträglich zu delegitimieren und die Story vom „Unrechtsstaat“ am Kochen zu halten.

Herbert Flegel, Asproklisi (Griechenland)

Positive Darstellungen des real existierenden Sozialismus wurden in den alten Bundesländern nicht nur herabgewürdigt, sondern auch in die Nähe der Verfassungsfeindlichkeit gerückt. Die damals zu Tausenden eingeleiteten Berufsverbote sind ein bedrohtes Beispiel dafür. Ich war zu der Zeit im öffentli-

chen Dienst beschäftigt und stand als Angestellter unter dem Schutz meiner Gewerkschaft ÖTV und so „nur“ indirekt unter dem Damoklesschwert des Arbeitsverbotes. Gefährdeter dagegen waren unsere verbeamteten Kollegen, die ihre demokratischen Rechte auf Meinungsfreiheit und politische Betätigung wahrnahmen. Ihnen drohten keine drakonischen Strafen, „lediglich“ Existenzängste, die mehr oder weniger von den Lebensgefährten der Betroffenen getragen wurden.

Hans R. Müller, Hamburg

Warum trifft das geflügelte Wort „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing“ so den Kern? Weil es viele der heutigen Volksvertreter charakterisiert, die in Vorständen und Aufsichtsräten sitzen. Daran sollen wir immer denken, wenn uns ihre Sirengesänge in den Ohren klingen. Sie singen, um an die Macht zu kommen oder um mit unserer Hilfe an ihr zu bleiben. Sie alle möchten sich an den Futternäpfen der Steuerzahler mittel- oder unmittelbar bedienen. Es geht also um sie und ihre Interessen und nicht um uns und unser Wohl und Wehe. Solange es diese Gesellschaftsordnung gibt, solange solche Leute die Macht im Staat ausüben, können wir nur darüber entscheiden, ob sie uns zuerst in die linke oder in die rechte Tasche greifen.

Albert Oehme, Gera

Warum wurde die SED 1989 nicht in den Kampf geführt?, fragte Dr. Adolf Eser im RF. Der Autor beantwortet die Frage selbst. Da der Sieg der Konterrevolution unabwendbar war, ist es der Besonnenheit der Politiker und Funktionsträger der DDR zu verdanken, die nach ihrer Sprachlosigkeit nun doch noch richtig gehandelt haben. Gewalt und Bürgerkrieg sind verhindert worden. Am Ende des Sozialismus in Europa hat dieser noch einmal gezeigt, daß er das menschlichere System ist.

Petra Reichel, Bad Kreuznach

Die Diskussion zur Frage der Konterrevolution zeigte, wie unverzichtbar es ist, den umfangreichen Erfahrungsschatz der Genosseninnen und Genossen zu heben und für die sozialistische/kommunistische Bildung zu nutzen. Ich würde es begrüßen, wenn weitere Themen im „RotFuchs“ in ähnlicher Weise diskutiert würden. Einige boten uns die „Feierlichkeiten“ zum 15. Jahrestag des Falls der Friedensgrenze (Mauer). Man könnte meinen, der 9. November 1989 sei der Tag Null der westdeutschen Geschichtsschreibung gewesen. Die Hintergründe, die die Errichtung der Mauer für die DDR und die anderen Partner des Warschauer Vertrages notwendig machten, werden in den bürgerlichen Medien verschwiegen.

Der Begriff Freiheit böte auch genügend Diskussionsstoff. Mehr und mehr merken wir, daß 1989/90 nicht die Freiheit des Volkes gemeint war, sondern derjenigen, die uns das DDR-Eigentum raubten, unsere Arbeitsplätze und Wohnungen zerstörten und sozialen Kahlschlag betrieben.

Schließlich denke ich an eine Debatte zur Herausarbeitung der Unterschiede zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie. Und im Zusammenhang hiermit über die Bedeutung des Wortes Volk. Von den herrschenden Ausbeuterklassen wurden die „Unterschichten“ als nicht zum Volk gehörig betrachtet, weshalb deren Forderungen weitgehend zu ignorieren waren und sind.

Margot Falk, Schulzendorf

Ich bedanke mich für Eure immer interessante und aufschlußreiche Zeitschrift. Alles Gute zum neuen Jahr und viel Erfolg für Eure weitere Arbeit – verbunden mit dem Wunsch, daß wir Linken uns im Kampf gegen das Großkapital zusammenfinden. Besonders gefallen hat mir Euer Bericht über die Milliarden der Frau Schickedanz.

Daß unsere DDR gefragt ist, stellte ich heute in Nürnberg in einer Buchhandlung fest. Dort wird

u.a. Fritz Selbmanns „Acht Jahre und ein Tag“ angeboten und gekauft. Es gibt doch auch bei uns viele Menschen, die sich mehr und mehr für die DDR interessieren und wissen wollen, was da wirklich gelaufen ist. Setzt Eure Aufklärungsarbeit fort!

Erich Schreier, Röhrenbach/Pegnitz

Der Abbau des Sozialstaates läuft auf vollen Touren. Der Zeitpunkt dafür wurde von den deutschen Oligarchen Hundt, Rogowski u. a. genau kalkuliert. Nur mit einem willigen SPD-Kanzler sind solche radikalen Einschnitte in das Sozialsystem möglich, weil auch die Gewerkschaft (DGB) mit dieser Partei eng verflochten ist. So bleiben von ihrer Seite der bitter nötige Druck und Widerstand aus, die in Jahrzehnten schwer erkämpften Arbeiterrechte werden nicht verteidigt. Dabei sind die bis zur Arbeitslosigkeit ganz nach unten Gefallenen und die durch Hartz-IV Betroffenen ja ihre früheren Kollegen und Gewerkschaftsmitglieder. Die DGB-Spitze reagiert darauf wie ein zahnlöser Tiger. Als es damals gegen die arbeiterfeindliche Politik von CDU-Ex-Kanzler Kohl ging, fuhren wir, aufgerufen durch die Gewerkschaften, zu einer Großdemonstration nach Bonn. Doch heute herrscht bei den obersten Gewerkschaftsführern das große Schweigen im Walde. Merken sie nicht, daß man auch ihnen den Ast absägen will, auf dem sie sitzen, indem man sogar den Flächentarifvertrag abzuschaffen versucht? Der von der Gewerkschaft prophezeite heiße Herbst fiel aus. Statt dessen erleben wir nur die vier Jahreszeiten der sozialen Kälte.

Werner Juhlemann, Geithain

Seit geraumer Zeit mache ich mir Gedanken über den Begriff „Arbeiterklasse“. Vor 150 Jahren (Marx) und vor 100 Jahren (Lenin) war die Definition klar. Vor 50 Jahren (genauer vor 53 für mich, der ich in der Sowjetunion studierte) wurde es schon komplizierter. Im Sozialismus, den wir erklärtermaßen hatten, gab es nur zwei Klassen – die Arbeiter und die Kolchosbauern. Dazwischen bestand eine Schicht diverser Intelligenz, zu der ja auch wir als Ingenieure in spe gehörten.

Nun war aber das Problem: Arbeiter sind alle, die mit ihrer Hände Arbeit Werte schaffen. Also ist derjenige, der eine Maschine aus vorgefertigten Teilen montiert, ein Arbeiter. Auch jener, der die Teile schmiedet oder dreht, ist einer. Und der dazu das Eisen fertigt bzw. das notwendige Erz fördert, ist es. Auch auf den Zeichner, der nach unseren Vorgaben die Teile standardgerecht nachmalt, trifft das zu. Nur ich, der Konstrukteur, der ja die Maschine erfunden bzw. entworfen hat, bin eine Zwischenschicht. (...)

Wiederum 50 Jahre später sind wir uns (zumindest die Marxisten-Leninisten) darin einig, daß zur heutigen Arbeiterklasse alle Lohnabhängigen gehören. Eine exakte Definition gibt es allerdings m. W. nicht. Problematisch wird es für mich mit dem „Wirken in großen Kollektiven, der gegenseitigen Abhängigkeit und damit starken Solidarität, der Erziehung zum Klassenkampf sowie der Schaffung der notwendigen Organisation und der Führungskader ...“ All das ist von Lenin vor 110 Jahren sehr exakt beschrieben worden und hatte natürlich auch seine volle Berechtigung.

Wie aber ist es in unseren Tagen? Ungeachtet dessen, daß der Klassenfeind ja die Arbeiter und die Kapitalisten abgeschafft hat (es gibt nur noch Geber und Nehmer!), sollten wir doch die objektiven Umstände untersuchen, den subjektiven Faktor genau herausarbeiten, um Schlüsse für künftige Kämpfe ziehen zu können.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin



Deutsche Leit(d)-Kultur

Grafik: Klaus Parche

**Am 14. Januar
um 16.30 Uhr**

findet in der Begegnungs-
stätte der Volkssolidarität,
Torstraße 203–205,
eine Veranstaltung der
Regionalgruppe Berlin statt.

Dr. Hartwig Strohschein

Zurück aus Venezuela und Kuba

Er schildert seine Eindrücke.

Gäste sind herzlich willkommen.

**Am 15. Januar
um 14.00 Uhr**
spricht Botschafter a. D.

Rolf Berthold
im „Schützenhof“,
Schützenhofstr. Jena-Nord,
im Rahmen der
Regionalgruppe Thüringen
über das Thema

Die Rolle Chinas heute

Der erfahrene Diplomat ist
unlängst von einer neuer-
lichen Reise in den großen
sozialistischen Staat Asiens
zurückgekehrt, den er Jahr
für Jahr besucht.

Für den **29. Januar** um
10.00 Uhr sind Mitglieder,
Leser und Interessierte in
die Zwickauer Begegnungs-
stätte der Volkssolidarität,
Hölderlinstr. 1, eingeladen.

Dr. Herbert Münchow,
Leipzig, spricht auf einer
Veranstaltung der Regional-
gruppe **Chemnitz-Zwickau-
Plauen** über das Thema

Zum historischen Subjekt

**bei der Überwindung des
Kapitalismus**

I M P R E S S U M

**Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe
Berlin Nordost begründet, ist seit dem
1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige
kommunistisch-sozialistische Publikation.**

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)

Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. Rudolf Druх
Dieter Fechner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Werner Hoppe
Hans Horn
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internetpräsentation:

WEBMASTER:
Dr. Hartwig Strohschein
rotfuchs.berlin@t-online.de
AKTUELLE RF-AUSGABE:

Iris Rudolph

PC-Systembetreuerin:

Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220160759

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.